



AKADEMIEGESPRÄCHE 2008/2009

was ist?

konservativ

links

liberal

grün

was ist ?

konservativ

links

liberal

grün

VORWORT

Zu den wesentlichen Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung gehört es, die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen und Fragenstellungen zu fördern und unterschiedliche Sichtweisen einem breiten Publikum zugänglich zu machen.

Dem will die Landeszentrale auch mit der vorliegenden Publikation Rechnung tragen. Sie geht zurück auf eine Veranstaltungsreihe des Frank-Loeb-Institutes an der Universität Koblenz-Landau, Abt. Landau, und der Evangelischen Akademie der Pfalz. In dieser Vortragsreihe wurden von Politikern auf der einen und Wissenschaftlern auf der anderen Seite die politischen Grundhaltungen beleuchtet, die die politische Landschaft der Bundesrepublik wesentlich bestimmen.

In Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Vortragsreihe, Professor Dr. Ulrich Sarcinelli und Volker Hörner, die gleichzeitig Herausgeber sind, veröffentlicht die Landeszentrale für politische Bildung die Vorträge und will damit einen Denkanstoß zu den gestellten Fragen

- Was ist konservativ?
- Was ist links?
- Was ist liberal?
- Was ist grün?

und den darauf gegebenen Antworten leisten.

Dr. Dieter Schiffmann
Direktor

Marianne Rohde
Stellv. Direktorin

INHALT

Seite

Einleitung	4
Autoren	8

was ist? konservativ 11

- Ministerpräsident a.D., Prof. Dr. Bernhard Vogel 12
- Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter 20

was ist? links 31

- Matthias Machnig 32
- Prof. Dr. Johano Strasser 52

was ist? liberal 63

- Hans-Jürgen Beerfeltz 64
- Prof. Dr. Hans Vorländer 74

was ist? grün 83

- Reinhard Bütikofer 84
- Prof. Dr. Lothar Probst 94

EINLEITUNG

„Orientierung und Entscheidung“, unter diesem Titel standen die „Akademiegespräche“ im Winterhalbjahr 2008/2009. Veranstaltet werden die „Akademiegespräche“ vom Frank-Loeb-Institut Landau an der Universität zusammen mit der Evangelischen Akademie der Pfalz im jährlichen Rhythmus. Sie finden regelmäßig im „Kulturzentrum Altes Kaufhaus“ in Landau statt. Auf vielfachen Wunsch werden die Vorträge der zum siebten Mal durchgeführten Veranstaltungsreihe in der vorliegenden Publikation erstmals dokumentiert.

Mit dem Titel „Orientierung und Entscheidung“ zielen die Beiträge der Veranstaltungsreihe zum einen auf die Orientierungskrise, in der wir uns, wie andere moderne Gesellschaften auch, nicht erst seit der aktuellen Weltwirtschaftskrise befinden. Schon vor Jahren haben Gesellschaftswissenschaftler in Publikationen entsprechende Signale gesetzt. So etwa Ulrich Beck schon vor mehr als zwei Jahrzehnten mit seiner Studie über die „Risikogesellschaft“, die er als Weg in eine andere Moderne verstanden wissen will. Zygmunt Baumann spricht vom „Ende der Eindeutigkeit“ und Jürgen Habermas von der viel zitierten „neuen Unübersichtlichkeit“. Schließlich hat Richard Sennett in seiner Studie „Der flexible Mensch“ die Folgen der individuellen, sozialen und politischen Folgen der Mobilitätsforderungen aufgezeigt. Diese und viele andere zeitdiagnostischen Einschätzungen sind Ausdruck einer tiefen Verunsicherung. Sie deuten – jede in ihrer Weise – die Ambivalenz der Moderne und der Leitbilder, die ihr zu Grunde liegen. Sie beschreiben einen wachsenden Orientierungsbedarf angesichts einer „aufgeklärten Ratlosigkeit“ (Habermas). Die Vergangenheit, vorausgegangene Erfahrungen oder die Besinnung auf Traditionen scheinen für das Verständnis der Gegenwart und für die auf Zukunft ausgerichtete Gestaltungsphantasie an Bedeutung verloren zu haben.

Zum anderen bietet aktuell auch das „Superwahljahr 2009“ mit seinen Kommunal-, Landtags-, Europa- und Bundestagswahlen hinreichend Anlass, sich auf die „Suche nach den politisch-weltanschaulichen Koordinaten“ (Untertitel) zu begeben. Bisweilen wird ja der Eindruck vermittelt, so etwas wie eine politisch-weltanschauliche Verankerung gebe es gar nicht mehr. Vielleicht leistet die

oberflächliche Wahrnehmung der empirischen Wahl- und Parteienforschung einem solchen Eindruck Vorschub. Die Stichworte dazu sind bekannt: Rückgang der Parteiidentifikation, also der gefühlsmäßigen mehr oder weniger dauerhaften Bindung an die Parteien; Abschwächung auch der Identifikation mit anderen weltanschaulichen Großorganisationen. Das gilt für die Kirchen, für die Gewerkschaften, wie überhaupt für alle Sinn vermittelnde und Orientierung gebende gesellschaftliche Institutionen. Gerade die Großorganisationen verlieren kontinuierlich Mitglieder. Institutionelle Bindungen werden schwächer und Menschen scheinen ihr Verhalten mehr und mehr an kurzfristigen Faktoren zu orientieren. Der Wechselwähler als Typus verkörpert dieses Verhaltensmodell, das man in der Sozialforschung auf irritierende Weise als rationales Verhalten bezeichnet.

Man lasse sich jedoch nicht täuschen. Völlig bindings- und orientierungslos ist der moderne Mensch keineswegs. Ideologien und Weltanschauungen im Sinne von festen Glaubenssystemen mögen brüchiger geworden sein. Sie schlagen nicht mehr so direkt auf das politische Verhalten durch wie noch vor Jahrzehnten. Gänzlich verschwunden sind sie deshalb aber nicht. So wie auch unsere grundlegenden politischen Konfliktlinien und wie Grundfragen politischer Ordnung sich nicht einfach auflösen: Die Frage etwa danach, wie die Wirtschaft ihre Leistungen für die Gesellschaft am besten erbringen und wie es dabei einigermaßen gerecht zugehen kann; welche Rolle dem Staat und welche Verantwortung nicht-staatlichen Akteuren zukommt; die Frage, wie die Freiheit des Einzelnen gewahrt werden und zugleich der staatliche Schutzauftrag realisiert werden kann; die Frage, wie gewährleistet werden kann, dass auch spätere Generationen einen lebenswerten Planeten antreffen. Das sind Fragen, die sich nicht allein aus der Pragmatik politischer Alltagszwänge beantworten lassen. Vielmehr geht es um Entscheidungsfragen, die Orientierung verlangen und die eine Suche nach den politisch-weltanschaulichen Koordinaten nahe legen, will man sich nicht im Gestrüpp kurzatmiger, alltagspragmatischer Antworten verlieren.

Im Mittelpunkt dieser Suche nach den politisch-weltanschaulichen Koordinaten stehen die vermeintlich überkommenen und dennoch viel gebrauchten politischen Richtungsbegriffe „konservativ“, „links“, „liberal“ und

„grün“. Diese galt es auf ihre Kernelemente und ihre Zukunftsrelevanz hin auszuloten. Im bewährten Arrangement waren jeweils zwei profilierte Vertreter zu Gast. Ihnen war die Aufgabe gestellt, aus unterschiedlichen Perspektiven den normativen Kern des jeweiligen politischen Richtungsbegriffes herauszuarbeiten.

Bernhard Vogel, langjähriger Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz und Thüringen und Vorsitzender der Konrad Adenauer-Stiftung sollte zusammen mit *Heinrich Oberreuter*, Politikwissenschaftler an der Universität in Passau und Direktor der Akademie für politische Bildung in Tutzing, skizzieren, was „konservativ“ ist. *Johano Strasser*, Mitglied der Grundwertekommission der SPD, Publizist und Präsident des deutschen PEN, sollte gemeinsam mit *Matthias Machnig*, erfahrener Wahlkampfstrategie der SPD und Staatssekretär im Bundesumweltministerium, bestimmen, was „links“ ist; *Hans-Joachim Beerfeldt*, ehemaliger Vizepräsident der Bundeszentrale für politische Bildung und seit vielen Jahren Bundesgeschäftsführer der FDP, war zusammen mit *Hans Vorländer*, Politikwissenschaftler an der Universität Dresden und ausgewiesener Kenner des Liberalismus, die Aufgabe gestellt, den Bedeutungskern von „liberal“ herauszuarbeiten. Schließlich sollten *Reinhard Bütikofer*, bis vor kurzem einer der Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, zusammen mit *Lothar Probst*, Politikwissenschaftler an der Universität Bremen, markieren, was politisch heute unter „grün“ verstanden werden kann.

Die acht Namen sprechen für sich. Es sind profilierte politische Exponenten und ausgewiesene Wissenschaftler der vier politischen Grundrichtungen. Mit der Kombination aus erfahrenem politischem Akteur und wissenschaftlicher Analyse wird die Frage nach dem Bedeutungsgehalt des jeweiligen politischen Richtungsbegriffs aus zwei unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Unter den Bedingungen der politischen Großwetterlage überrascht es nicht, dass keine geschlossenen, ideologischen oder wissenschaftlichen Entwürfe entstanden sind. Im Sichten und Abwägen der eigenen weltanschaulichen Herkunftsgeschichte sind eher offene, flexible Suchbewegungen nach gangbaren Wegen angesichts globaler Gefahren und Krisen vorgetragen worden. Dies scheint das derzeit Mögliche und Gebotene zu sein. Insofern belegen die unterschiedlichen Beiträge die angesprochene Diagnose. Sie erhellen als Deutungen und Annäherungen an die

Wirklichkeit die „Mühen der Ebene“ (Bert Brecht), in der sich unsere demokratische Gesellschaft und die Parteien zu bewähren haben.

Wenn die Diskurse dieser Akademiegespräche im begonnenen Superwahljahr darüber hinaus dazu beitragen, politische Alternativen erkennbarer zu machen und zur Auseinandersetzung mit den normativen Grundierungen der Parteien anzuregen, ist ein zentrales Anliegen der Reihe erreicht. Unser Dank gilt den Autoren der Texte für die Teilnahme an den „Akademiegesprächen“ und für die Bearbeitung der Redemanuskripte. Timo Werner M.A. hat sich um die redaktionelle und organisatorische Betreuung des Vorhabens verdient gemacht. Zu danken ist schließlich der Landeszentrale für politische Bildung. Sie hat es ermöglicht, diese Positionen als Anstöße zu vorausschauendem Nachdenken und zum Gespräch zu veröffentlichen.

Zur leichteren Lesbarkeit der Texte wurde auf umfängliche Literaturverweise ebenso verzichtet wie auf eine zu weit gehende stilistische Glättung und Vereinheitlichung. Aufgrund der Zusammensetzung der Autoren – zu jedem Thema eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens sowie ein Vertreter der Politik – vereint die Publikation Beiträge sowohl eher fachlich-wissenschaftlichen Charakters als auch eher politisch argumentierende Redetexte.

Ulrich Sarcinelli, Leiter des Frank-Loeb-Instituts Landau an der Universität
Volker Hörner, Direktor i. R. der Evangelischen Akademie der Pfalz

Landau im Mai 2009

DIE AUTOREN

Vogel, Bernhard, Prof. Dr., Ministerpräsident a.D. *1932

Studium der Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie und Volkswirtschaft in Heidelberg und München. Bernhard Vogel war von 1976-1988 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und von 1992-2003 Ministerpräsident von Thüringen. Bernhard Vogel ist Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Oberreuter, Heinrich, Prof. Dr. Dr. h.c. *1942

Studium der Politikwissenschaft, Geschichte, Kommunikationswissenschaft und Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Heinrich Oberreuter ist Lehrstuhlinhaber für Politikwissenschaft an der Universität Passau und Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Machnig, Matthias *1960

Studium der Soziologie, Geschichte, Anglistik und Erziehungswissenschaften in Wuppertal und Münster. Von 1999 bis 2002 war Matthias Machnig Bundesgeschäftsführer der SPD. In den Bundestagswahlkämpfen 1998 und 2002 koordinierte Machnig die Arbeit der Kampagnenzentrale der SPD. Seit der Bundestagswahl 2005 ist er Beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Strasser, Johano, Prof. Dr. *1939

Studium der Philosophie an der Universität Mainz und Habilitation in Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Johano Strasser ist seit 1973 Mitglied der Grundwerte-Kommission beim Parteivorstand der SPD. Seit 2002 ist Strasser Präsident des deutschen P.E.N.-Zentrums.

Beerfeltz, Hans-Jürgen *1951

Studium der Soziologie in Hamburg. Zwischen 1988 und 1992 leitete er das Büro von Otto Graf Lambsdorff. Von 1992 bis 1995 war Hans-Jürgen Beerfeltz Vizepräsident der Bundeszentrale für Politische Bildung. Seit 1995 ist er Bundesgeschäftsführer der FDP.

Vorländer, Hans, Prof. Dr. *1954

Studium der Politikwissenschaft und Rechtswissenschaften (Doppelstudium) sowie Philosophie und Germanistik an den Universitäten Bonn und Genf. Hans Vorländer ist seit 1993 Professor für Politikwissenschaft mit einem Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Technischen Universität Dresden.

Bütikofer, Reinhard *1953

Studium der Philosophie, Geschichte und Sinologie in Heidelberg. Von 1988 bis 1996 war Reinhard Bütikofer Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg. Ab Ende 1998 war er Bundesgeschäftsführer und Vorsitzender der Grundsatzprogrammkommission und von 2002 bis 2008 Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. 2009 kandidiert er für das Europäische Parlament.

Probst, Lothar, Prof. Dr. *1952

Studium der Fächer Deutsch, Geschichte, Politik an der Pädagogischen Hochschule Bielefeld sowie der Politik- und Kulturwissenschaft an der Universität Bremen. Lothar Probst war von 1985 bis 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2002 ist er Geschäftsführer des Instituts für Interkulturelle und Internationale Studien der Universität Bremen.

was ist ?

konservativ

**Ministerpräsident a.D.
Prof. Dr. Bernhard Vogel**

WAS IST KONSERVATIV?

I

Als Rahmenthema für die Akademiegespräche haben Sie in diesem Winterhalbjahr „Orientierung und Entscheidung. Auf der Suche nach den politisch-weltanschaulichen Koordinaten der Gegenwart“ gewählt. Sie hätten wohl kaum aktueller sein können.

Feine Haarrisse in unserem politischen System sind nicht mehr zu übersehen. Keine Krise, wie bei uns sehr schnell jedes Ereignis benannt wird, aber doch ein Grund zu wacher Aufmerksamkeit. Die wachsende Verdrossenheit gegenüber Politik und Politikern – inzwischen machen uns die Manager der Wirtschaft Konkurrenz – ist nur ein Anzeichen dafür. Ein anderes die schwindenden Mitgliederzahlen vor allem der beiden großen Volksparteien – die CDU feiert schon, dass sie weniger abnimmt als die Konkurrenz und deswegen mehr Mitglieder als die Konkurrenz hat –, aber auch die teilweise dramatisch zurückgehende Wahlbeteiligung, die Veränderungen im deutschen Parteiensystem, das Schwächeln der Volksparteien, die ein Stück Garantie für die Stabilität unseres Verfassungssystems gewesen sind! Und natürlich ganz aktuell die Bankenkrise und in deren Folge die sich anbahnende Weltwirtschaftskrise.

Die Suche nach Werten und Orientierungen ist gestaltet durch vier Zentralbegriffe: Konservativ, Links, Liberal und Grün.

Ich frage mich, Sie fragen mich und wir fragen uns, was darunter verstanden wird. Mich jedenfalls überrascht die Begriffswahl zunächst, denn von diesen vier Begriffen findet sich nur Grün auch im Namen einer politischen Partei wieder. Auch bin ich überrascht, dass der Begriff Sozialdemokratie nicht vorkommt, offensichtlich im Sammelbegriff Links mitgedacht wird und der Begriff Konservativ wohl der Partei – denn deswegen haben Sie mich eingeladen –, der ich angehöre, der CDU oder gar der Union als Ganzes zugeordnet werden soll. Mit dieser Zuordnung bin ich zunächst nicht einverstanden.

Die christlich-demokratische Union hat konservative Wurzeln – auch, aber nicht nur. Hinzu kommt, dass unsere politische Konkurrenz „konservativ“ als Kampfbegriff gegen die Union zu verwenden pflegt, mit der Absicht, unser Programm und unsere Politik auf diese eine Wurzel zu verkürzen. Das löst bei mir und bei vielen meiner Freunde eine natürliche Abwehrreaktion aus, ähnlich wie wir unsererseits gelegentlich von Sozialisten sprechen, wenn Sozialdemokraten gemeint sind. Offensichtlich ist diese Auseinandersetzung mit den Fundamenten unserer politischen und weltanschaulichen Koordinatensysteme zu dringlich, als dass man sie mit Alltagsbegriffen erledigen könnte.

Die Idee der Union – für Jahrzehnte die einzige, erfolgreiche Neugründung einer Partei nach 1945 in Deutschland und auch heute nach 60 Jahren immer noch die stärkste politische Kraft in Deutschland, im Bundestag und Bundesrat, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau – entstand im Grunde in den Gefängniszellen von Plötzensee, in den Konzentrationslagern, den Luftschutzkellern, den Gefangenenlagern und in den Schützengräben des Zweiten Weltkriegs.

Die ersten Gründungsmitglieder in Berlin, wie Andreas Hermes, erschienen noch in Häftlingskleidung, entschlossen, wenn sie noch einmal eine Chance bekommen sollten, dann wollten sie diese nutzen, besser als beim ersten Mal in der Weimarer Republik.

Die Konzentration darauf, Klassen, ob nun gesellschaftliche oder Konfessionsgruppierungen, zu überwinden, um eine Union der Regionen, der sozialen Schichten und vor allem der Konfessionen zu schaffen, war der eigentliche

Gründungsimpuls. Es begann mit einer ökumenischen Idee, lange bevor die Kirchen diese später aktiv aufgriffen.

Darum ist in allen Parteiprogrammen, die sich die Union gegeben hat, immer ein Bekenntnis zu den christlich-sozialen, zu den wertkonservativen und zu den liberalen Wurzeln nachzulesen. An dieser Programmatik der Gründungsväter und Gründungsmütter ist festgehalten worden, bis in das letzte Programm, bis in das Grundsatzprogramm der CDU von 2007 in Hannover. Da ich selbst an mindestens drei dieser Grundsatzprogramme in den letzten 30 Jahren mitgewirkt habe – ganz besonders aber an der jüngsten Fassung von Hannover – lege ich auf diesen Tatbestand besonderen Wert.

Es war notwendig, ein neues Programm zu schreiben, weil neue Herausforderungen neue Antworten verlangten. Die Globalisierung war im vorausgehenden Berliner oder gar im Ludwigshafener Programm kein Thema, nicht der Klimawandel oder die demografische Entwicklung, um nur drei Beispiele zu nennen. Aber an den Grundlagen der Union hat sich nichts geändert, die Motive der Gründer haben auch heute volle Gültigkeit. Das Wort konservativ findet sich im heute gültigen Programm dreimal – und zwar in den Anfangskapiteln.

Als Beleg möchte ich aus Absatz 3 des Grundsatzprogramms zitieren: „Die CDU hat konservative, liberale und christlich-soziale Wurzeln.“ Und in Absatz 4 heißt es: „Die geistigen und politischen Grundlagen der CDU sind in der Sozialethik der christlichen Kirchen, in der liberalen Tradition der Aufklärung, in der wertkonservativen Pflege von Bindungen und dem Wissen darum, dass der Staat nicht allmächtig sein darf, sowie im christlich und patriotisch motivierten Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu finden.“

Ein drittes Mal kommt das Wort konservativ in der Präambel in ähnlichem Zusammenhang vor. Die CSU weicht davon ein wenig ab. Sie überschreibt einen ganzen Absatz im sechsten Kapitel in ihrem ebenfalls im letzten Jahr verabschiedeten Grundsatzprogramm mit „Die CSU ist eine konservative Partei“.

II

Aber gleichwohl will ich natürlich die mir gestellte Frage zu beantworten versuchen. Wie schon gesagt: nicht als Professor – aber als Politiker.

Was ist konservativ? Ein Konservativer hat die Bibel, Goethe und ein Sparbuch, der Liberale zieht sich bunte Krawatten an und geht auf Gartenfeste, um zu zeigen, dass er irgendwie offen ist, sagt Harald Schmidt. Ganz so einfach ist es dann doch nicht, zumal ich in Schwierigkeiten käme, weil ich einerseits die Bibel mit mir zu führen pflege und andererseits bunte Krawatten trage.

Die Frage „Was ist konservativ?“ wird häufig gestellt, aber nur selten befriedigend beantwortet. Die gesamte Bandbreite der Strömungen, die als konservativ gelten, lässt sich nicht sinnvoll auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Hans Maier, mit langer Politikerfahrung und noch längerem Wissenschaftsengagement, sagt, zwar lege allem Konservativismus „eine bewahrende, erhaltende Absicht ... zugrunde. Aber was man erhalten will, wie man es erhalten will, ob gegen die Zeit oder mit ihr, ob in starrer Verteidigung oder beweglicher Anpassung – das macht die Unterschiede.“

Unterschiede, die sich nicht überbrücken oder einebnen lassen. Weil verallgemeinerungsfähige Antworten fehlen, sind – so kann man es im Staatslexikon nachlesen – zur Frage „Was ist konservativ?“ „wertneutrale Definitionen ... nicht möglich“. So jedenfalls kann man es im Staatslexikon nachlesen.

Der Begriff „konservativ“ löst Assoziationen aus, die positiv, aber auch negativ sein können. Man wünscht sich gerade in diesen Tagen „konservative Geldanlagen“ abgeschlossen zu haben. „Strukturkonservativ“ ist dagegen ein Schimpfwort und heißt nichts anderes als „Betonkopf“.

Die Unterschiede sind groß. Manche meinen – etwa mit Hinweis auf einen in der Tat bemerkenswerten Beitrag von Udo di Fabio in der FAZ – „konservativ“ sei zurzeit positiv konnotiert, worüber sich streiten ließe. Jedenfalls war

das nicht immer die herrschende Meinung. In der politischen Debatte hatte „konservativ“ einen Anklang von „reaktionär“. Er war ein Begriff, der nicht einfach einen weltanschaulich-politischen Standort markierte, sondern vor allem verwendet wurde, um Gegner entweder nachsichtig und mitleidig als nicht „ganz auf der Höhe der Zeit“ darzustellen oder gar um sie in die äußere rechte Ecke zu stellen.

In Deutschland der schlimmste Vorwurf, den man jemandem machen kann.

Die Versuche, den Begriff mit antiliberalen Traditionssträngen in Verbindung zu setzen, sind nicht aus der Mode gekommen: Günter Grass, der vergessliche Literatur-Nobelpreisträger, nannte Konrad Adenauer in einem FAZ-Interview „grauenhaft“ und sprach von einer „Spießigkeit, die es noch nicht einmal bei den Nazis“ gegeben habe.

Als kürzlich das Wochenmagazin „Der Spiegel“ beim Bundesminister des Inneren Wolfgang Schäuble nachfragte, wo seine politische Heimat zu verorten sei, und dieser antwortete, er sei „eigentlich gar kein richtiger Konservativer“, dann ist das erstens nicht unrichtig und zweitens eingeübte Vorsicht gegenüber unbewussten und bewussten Missdeutungen, drittens aber kein Anzeichen für einen „aufregenden Identitätswechsel“ innerhalb der Union, wie es der Spiegel-Autor vermutet hat. Weil einige Mitglieder der Grundsatzprogramm-Kommission das konservative Element in der Union vermissen, ist jetzt sogar „Der Spiegel“ auf der Suche nach Konservativen in der Union.

III

Wenn man verstehen will, was konservativ in unserem Sinne bedeutet, muss man sich auf das richtige Verständnis vom Menschen beziehen. Wer das christliche Verständnis vom Menschen als ein Geschöpf Gottes für konservativ hält, der nennt uns zu Recht konservativ.

Purer Wille zur Veränderung, vorbehaltloser Fortschrittseifer sind mit die-

ser Haltung ebenso wenig vereinbar wie sture Beharrung und perspektivloser Traditionalismus. Wer Änderungen will, trägt die Beweislast. Doch nicht nur das Neue, auch das Gegenwärtige unterliegt der kritischen Prüfung. Je nach den Umständen, den aufgegebenen Aufgaben und der jeweiligen Situation können Christliche Demokraten daher im politischen Handeln konservativ bewahrend oder progressiv gestaltend sein.

Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft vor 60 Jahren, die Verbindung von wirtschaftlicher Freiheit und Leistungsgesellschaft mit sozialem Ausgleich und Verantwortung war ohne Frage historisch etwas völlig Neues. Ludwig Ehrhard war am Tag nach der Währungsreform fraglos kein Konservativer. Progressiver, als er damals entschieden hat, ging es nicht.

In der DDR war es völlig anders: Der Marxismus-Leninismus war die Staatsideologie und hatte per Definition progressiv zu sein. Bei genauer Betrachtung lebte in der DDR aber ein Stück deutscher konservativer obrigkeitsstaatlicher Tradition fort und wurde von ihr auf die Spitze getrieben.

Auch in der PDS, wie ich über viele Jahre in den jungen Ländern erfahren habe, sind diese Tendenzen durchaus bis heute erhalten – das gilt natürlich ebenso für „Die Linke“. Ihr Beharren auf einer weltweit gescheiterten Ideologie ist nur eine Spielart von versteinertem Konservativismus.

Die Beispiele machen deutlich: die Begriffe bleiben relativ. Man muss dem Gefäß schon den richtigen Inhalt geben.

Wir stehen nicht für einen Marktliberalismus im Sinne des britischen Konservativismus der 1980er-Jahre, aber auch nicht für eine Verdammung von Marktwirtschaft und Wettbewerb. Wachstum und Beschäftigung werden gebraucht. Globalisierung ist nicht nur eine Gefahr, sondern vor allem für uns Deutsche eine große Chance. Beides trifft zu!

Der Markt ist nicht alles, er kann und darf sich nicht unbegrenzt selbst überlassen werden – weder in Deutschland, noch in Europa, noch weltweit. Die Misere der Weltfinanzmärkte ist kein Anlass, sich von der Sozialen

Marktwirtschaft zu verabschieden, sondern ist Anlass, sich auf sie zu besinnen und sie international verstärkt ins Gespräch zu bringen.

Der Kernsatz der Sozialen Marktwirtschaft lautet: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin!“

Die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft lässt sich meiner Ansicht nach nicht besser ausdrücken als in diesen wenigen Sätzen von Ludwig Ehrhard: Im Mittelpunkt steht der Mensch und nicht der Staat. Der Staat ist um des Menschen willen da und nicht der Mensch um des Staates willen. Aber dem Staat kommt die Aufgabe zu, dafür zu sorgen, dass jeder für sich selbst sorgen kann – noch einmal: „Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin!“

Konservatives Denken, so formuliert Manfred Hättich, der große Vorgänger des großen Heinrich Oberreuter, „wird virulent in Übergangszeiten, in denen tradierte Werte und Kulturgüter der Gesellschaft in Frage gestellt sind“. Erneuerung muss mit überlieferten Grundsätzen verbunden sein. Das ist konservativ. Insofern bin auch ich konservativ!

IV

Richtung und Orientierung werden heute von vielen schmerzlich vermisst. In Deutschland und anderen westlichen Ländern stehen aber gleichzeitig Bücher zum Thema „Werte“ weit oben auf den Bestsellerlisten. Die Dürftigkeit einer nur materialistischen Wohlstandsgesellschaft wird immer deutlicher. Sogar ein Jürgen Habermas wünscht sich keine endlose Säkularisierung.

Mit anderen Worten: Wir leben in einer Zeit, in der – mancher würde jetzt sagen trotz allem – Werte gefragt sind. Vor „Flachwurzlern“ hat kürzlich Alois Glück gewarnt und zitierte den erzliberalen Friedrich August von Hayek zitiert: „Es gab wahrscheinlich nie einen echten Glauben an die Freiheit und gewiss keinen erfolgreichen Versuch, eine freie Gesellschaft zu schaffen, ohne eine echte Ehrfurcht vor entstandenen Einrichtungen, von Bräuchen und

Gewohnheiten ... So paradox es klingen mag, eine erfolgreiche Gesellschaft wird in hohem Maße auch eine traditionsgebundene Gesellschaft sein.“

Das Wort Leitkultur, das in Deutschland gelegentlich verwendet wird, liegt mir nicht so sehr, obwohl es im Grundsatzprogramm meiner Partei vorkommt. Ich würde lieber von einer europäischen Leitkultur sprechen. Bei uns darf es keinen Platz für nationalistische Parolen geben. Europa bleibt unsere Zukunft. Aber wir sagen trotzdem oder gerade deswegen, dass deutsche Sprachfertigkeit und Grundkenntnisse von deutscher Geschichte, Politik und Kultur Voraussetzung für eine auf Dauer erfolgreiche Integration sind. Wir wollen, dass das Grundgesetz akzeptiert wird, und es sieht eben keine Scharia vor, sondern die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die von uns aufgebaute Rechtsstaatlichkeit.

In einer zwar unüberschaubaren, gleichwohl aber zusammenwachsenden Welt muss man die kleineren Lebensbereiche revitalisieren und stärken, um Vereinzelung und Orientierungslosigkeit wirklich entgegenwirken zu können.

Ich könnte, wenn wir uns nicht auf je eine halbe Stunde verständigt hätten, fortfahren. Aber ich fasse kurz zusammen: „Konservativ“ sein heißt, darauf zu achten, dass Bewährtes erhalten bleibt und verteidigt wird und dass Neues sich beweisen muss.

Das konservative Element war in der christlichen Demokratie nie das einzige oder gar das alleinige Bestimmende. Der Bezug auf die christliche Menschenwelt ist unser eigentlicher Markenkern. Ich habe es aus den genannten Gründen nicht so gerne, wenn man mich einen Konservativen nennt. Nicht, weil ich sonst für eine Berufung hier Schwierigkeiten kriege, sondern weil wir für die Zukunft in und außerhalb der Union erkennen sollten, dass wir Werte konservieren müssen, dies nicht nur eine Partei, sondern unsere ganze Gesellschaft tun muss, wenn wir fortschrittlich in die Zukunft gehen wollen.

Ich bekenne mich zu dieser Form des Konservatismus, auch wenn ich mich nicht gerne auf den Begriff verengen lassen möchte.

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

WAS HEISST HEUTE KONSERVATIV?

I

Als der Konservatismus begründet wurde, geschah dies, ohne dass der Begriff selbst verwendet worden wäre. Natürlich gab es Vorläufer. Aber zu Recht darf Edmund Burke mit seinen *Reflections on the Revolution in France* (London 1790) als Gründervater genannt werden. Diese *Reflections* bezogen eine Gegenposition gegen die französische Revolution. Aber den Begriff Konservatismus selbst gibt es erst seit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts.

Burke vorausgegangen waren durchaus frühe antiaufklärerische Strömungen, zu denen auch Rousseaus Kulturkritik gezählt wird. Gleichwohl: Konservatismus war ein Kind der Revolution und der Moderne. Er richtete sich gegen die Auflösung der feudalistischen ständischen Ordnung, gegen die Heraufkunft der Demokratie, gegen Säkularisierung und Aufklärung.

Dieses Verständnis des Konservatismus ist tot, auch wenn sich vielleicht noch vereinzelt Spurenelemente davon finden – oder solche Spurenelemente in freilich gänzlich gewandelter Form wiedererstanden sind. Wiedererstanden ist zum Beispiel die Privilegierung von Interessenträgern etwa in der Europäischen Union durch bevorzugte Beteiligung an Entscheidungsverfahren. Fragmente des Denkens in Ordnung, Strukturen und Institutionen haben selbst 1968 überlebt. Aber wie könnten ohne sie Gesellschaft und Staat „gemacht“ werden? Traditionell und eher konservativ ist hinsichtlich der Demokratie die Favorisierung des Repräsentativen gegenüber dem Plebiszitären; aber antideмократisch ist das nicht. Und ebenso wenig handelt es sich um eine grundsätzlich antiaufklärerische Position, wenn heute gegen zugespitzten „Säkularismus“

(Eberhard Jünger) und kalten wissenschaftlich-technischen Rationalismus argumentiert wird, die angesichts der aktuellen, von den „Lebenswissenschaften“ ausgehenden Herausforderungen die Humanität grundsätzlich bedrängen könnten – wie zum Beispiel Jürgen Habermas feststellt. Dieser, gewiss allen Konservativen unverdächtige Sozialphilosoph, hat diese Herausforderung in jüngster Zeit immer wieder festgestellt und zugleich empfohlen, sich der ethischen Arsenale aus den Argumentationsbeständen der Religionsgemeinschaften zu bedienen, die zur Verteidigung eben dieses Humanen geeignet erscheinen. Sie sind als Spurenelemente in der Gesellschaft ohnehin immer vorhanden geblieben.

D.h. Konservatismus als Weltanschauungssystem eines ebenso einseitigen wie großen „Anti“ gibt es nicht mehr. Vorbei ist auch der technokratische Konservatismus der 60er Jahre, der sich uneingeschränkt auf die technisch-industrielle Welt eingelassen hatte und den Politiker durch den Fachmann, die Politik selbst durch Sachzwänge abzulösen gedachte. Im Gegensatz dazu ist am weit verbreiteten Ökonomismus dieser Tage als einem generellen Gestaltungsmodell im Kern nichts konservativ. „Konservative“ wenden sich eher dagegen. Aber andere „Konservative“ haben sich darauf eingelassen, wie sich am Einfluss der Wirtschaft auf Bildung, Schulen und Hochschulen zeigen lässt, der aber gerade nicht die Humboldt'sche Tradition der Zweckfreiheit von Bildungsprozessen hochhält, sondern mit ihr bricht. Hier ließe sich noch am ehesten von einem Residuum des Denkens der 60er Jahre sprechen.

Keine Durchsetzungschance besitzt auch eine „konservative Revolution“ (Armin Mohler) im Sinne des nicht demokratiekonformen Denkens Weimarer Größen, so sehr in kleinen Zirkeln Carl Schmitt's ambivalentes Denken noch immer fortleben mag. Einer Renaissance geht auch der nationalromantische Ansatz nicht entgegen, den es im Widerstand gegen Hitler in einem Atemzug mit eher ständischen Konzepten gab. Daran, an alte Herrschaftsstrukturen sowie an den Machtstaat gab es keine Anknüpfungspunkte bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Was geschah eigentlich damals? In Wahrheit ist diese Bundesrepublik gegründet auf die Anknüpfung an die positiven Geschichtsquellen des Liberalismus und des Rechtsstaats im Geiste von 1848 und nicht zuletzt auf ein naturrechtliches Pathos der Freiheits- und

Menschenrechte. Udo di Fabio beschreibt die Startphase der liberalisierten Bundesrepublik wie folgt: „In der Regierung standen Adenauer und Erhard für gesellschaftspolitische Zurückhaltung, aber ordnungspolitische Progressivität. Konrad Adenauer brach als großer Reformers die alten und fatalen außenpolitischen Linien, er führte Deutschland gegen harten Widerstand in den Westen nach Europa. Ludwig Erhard brach ebenso entschieden mit dem alten Staatsinterventionismus. Seine soziale Marktwirtschaft und seine Bekämpfung einer kartellierten Wirtschaft setzten Energien frei, auch solche der sozialen Gleichberechtigung, von denen man im Obrigkeitsstaat lange geträumt hatte. Das war keine antirationale, volkstümelnde konservative Revolution, sondern eine weltoffene liberalkonservative Reform der deutschen Nachkriegsgesellschaft.“ (FAZ v. 26.7.2007).

Erst recht kann man heute nicht mehr aus der humanistischen Aufklärung und aus dem liberalen Verfassungsstaat aussteigen. Deswegen hat Deutschland auch kein Talent zum Neokonservatismus nordamerikanischer Prägung in all seinen Spielarten samt seiner wenig durchdachten, durchaus auch religiösen Motivation, die gelegentlich für wichtiger gehalten zu werden scheint als die Rationalität der politischen Entscheidung. Wir denken anders und moderner. Deswegen erhebt sich hierzulande angesichts des Ursprungs des Begriffs, der mit Reaktion verbunden ist, eher Verlegenheit, sich als konservativ zu bezeichnen.

II

Die Union fühlt sich mit diesem Begriff gewiss nicht hinlänglich charakterisiert. Sie versteht ihn zum Teil eher als Kampfbegriff gegen sich selbst. Sogar die CSU hat 25 Jahre gebraucht bis zu dem Bekenntnis, „auch“ eine konservative Partei zu sein. Im neuen Grundsatzprogramm von 2007 steht der Bezug zum Konservativen neben sage und schreibe sieben anderen Orientierungen wie z.B. christliche Verantwortung, soziale Verantwortung, Freiheit, Bewahrung der Schöpfung usw. Das verwundert auch nicht, wenn man an Gründerfiguren wie den Sozialkatholiken Adam Stegerwald oder den liberal und im Widerstand geprägten Josef Müller („Ochsen Sepp“) denkt.

Heute definiert diese Partei – im Übrigen unter der Kapitelüberschrift „Moderne wertorientierte Volkspartei – eher konservatives Element“ wie folgt: „Ihre Politik gründet auf der dauerhaften Wertordnung des abendländischen Denkens sowie dem geschichtlichen und kulturellen Erbe unseres Volkes. Tradition und Heimat, Sprache und Kultur geben den Menschen Geborgenheit und der Gemeinschaft Zusammenhalt. Die CSU misst das Neue am Bewährten und stellt Fortschritt in den Dienst der Menschen. Die CSU gestaltet eine langfristig orientierte, nachhaltige Politik zum Schutz des Lebens und für die Zukunft kommender Generationen.“ Die Zusammenfassung dieser Vieldimensionalität einer modernen Volkspartei hat im Grunde vor Jahrzehnten schon Franz Joseph Strauß gegeben, als er die sich selbst gestellte Frage, was heute konservativ heiße, wie folgt beantwortet hat: „Konservativ heißt, auf dem Boden des christlichen Sittengesetzes in der weitest möglichen Form seiner Auslegung mit liberaler Gesinnung an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.“ Welch eine Definition! Eigentlich kann man nur hoffen, dass sie tatsächlich auch umgesetzt wird.

All das ist nicht eindeutig, sondern ambivalent. Der politische Befund deckt sich mit wissenschaftlichen Urteilen, die sich mit abschließenden und schlüssigen Definitionen ebenfalls schwer tun.

Henning Ottmann, nach landläufiger Sicht selbst ein konservativer politischer Theoretiker und Philosoph, sieht den Konservatismus gerade durch seine ambivalente Stellung zur Moderne bestimmt: „Ein lebensfähiger Konservatismus hat demnach beides zu meiden: unversöhnliche Gegnerschaft zur Moderne, die kritiklose Anerkennung derselben. Je mehr sich der Konservatismus der unversöhnlichen Gegnerschaft nähert, desto mehr gerät er in die Gefahr, sich in eine literarisch manchmal attraktive, politisch aber kompromissunfähige Kultur der Trauer zu flüchten; er will dann in ‚Palästen wohnen, die längst schon verfallen sind‘ (G.-K. Kaltenbrunner). Je mehr er bedingungsloser Fürsprecher der Moderne wird, desto mehr verliert er die Fähigkeit, Kritiker der Kehrseiten des modernen Fortschritts zu sein. Konservatismus ist Kritik und Apologie der Moderne zugleich, und er ist in seinen besten Formen Versuch, jene nicht modernen Bedingungen der Möglichkeit moderner Freiheit zu bewahren, die diese aus sich selbst nicht garantieren kann.“ (Staatslexikon Bd. 3, 7. Aufl., Freiburg (u.a.) 1995, Sp. 640).

III

Was sind auf diesem Hintergrund die besonderen Herausforderungen? Es sind zunächst die grundlegende Pluralisierung und Individualisierung der Lebensformen, die das Denken in Ordnungen erschweren, der Tendenz nach Ordnungen auch auflösen; sodann die Globalisierung mit ihrem Anpassungsdruck (auch in Bezug auf Lebensformen im Sinne der Erweiterung wie der Bedrängung) und einer mit diesem Druck einhergehenden ordnungspolitischen Resignation.

Im Einzelnen: Man kann den Prozess der Individualisierung ebenso dramatisch wie amüsant beschreiben, wozu ich ein Zitat von Ulrich Beck – alles andere als ein Konservativer – verwende: „In der Suche nach Selbsterfüllung reisen die Menschen nach Tourismuskatalog in alle Winkel der Erde. Sie zerbrechen die besten Ehen und gehen in rascher Folge immer neue Bindungen ein. Sie lassen sich umschulen. Sie fasten. Sie joggen. Sie wechseln von einer Therapiegruppe zur anderen. Besessen von dem Ziel der Selbstverwirklichung, reißen sie sich selbst aus der Erde heraus, um nachzusehen, ob ihre Wurzeln auch wirklich gesund sind.“ Um den Begriff der Selbsterfüllung aufzunehmen: Autonomie, Selbstbestimmung in Freiheit und Verantwortung, ist ein durch und durch konservatives Credo. Allerdings ist Selbstbestimmung in Freiheit für viele, die dazu neigen, C-Parteien zu wählen, noch immer ein Reizbegriff, innerparteilich interpretiert, in gewisser Weise auch ein Spaltpilz zwischen aufgeklärter politischer Führung und weniger aufgeklärter Anhängerschaft. Gleichwohl richtet sich die konservative Frage heute mehr nach den Maßstäben: Gibt es noch ein verbindliches Gefühl für das, was richtig oder falsch ist – oder aristotelisch gefragt, für das, was gut ist im Sinne einer „sinnvollen“ Lebensgestaltung? Und ist es nicht auch im Sinne „konservativer“ Politik, Beiträge und Angebote dazu zu leisten, dass das Leben glückt?

Nachdrücklich stellt sich also die Frage nach Werten. So gesehen impliziert sie zugleich eine Absage an deren Beliebigkeit und Relativität – einer Relativität, nach der alle erstrebenswerten Güter als Werte definiert werden und sei es z.B. die materielle Gier. Doch in der Orientierung an einem normativen Über-

bau liegt kein konservatives Alleinstellungsmerkmal: Gerade die Großparteien zeichnen sich durch eine Wertekonkurrenz aus, die, man achte auf die den Programmen zu Grunde liegenden Grundwerte, in erheblichem Umfang aber um die gleichen Güter geht. Die Differenzen beginnen bei der Begründung von Menschenwürde und Freiheit. Wie weit geht man in die Überlieferung zurück? Genügt der Humanismus, genügt die Tradition der Arbeiterbewegung. Oder bemüht man sich auch z.B. um Aktualisierung der christlich-jüdisch-antiken Tradition. Je nachdem wird die Frage nach den Maßstäben andere Antworten finden. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat unter Bernhard Vogels Ägide eine bemerkenswerte Schrift („Im Zentrum Menschenwürde“, Berlin 2007) vorgelegt, ein Ethikmanifest, das die Gottesebenbüdigkeit des Menschen zum orientierenden Maßstab nimmt. Für den Umgang mit dem Leben in allen seinen Spielarten, für die Beurteilung der Ansätze und Ergebnisse der Lebenswissenschaften besitzt eine solche Orientierung immense Bedeutung. Die Gottesebenbüdigkeit des Menschen liefert einen Maßstab von erheblich größerer Reichweite als andere Begründungen für ethische Positionen, auch wenn man andere Begründungen für wertvoll hält.

Hinzuzufügen ist allerdings, dass die Existenz eines bemerkenswerten ethischen Memorandums keineswegs eindeutige Klarheit in der innerparteilichen Diskussion garantiert – im Gegenteil. Auch sie nähern sich diesem Gegenstand plural und kontrovers und in der Praxis mit wachsenden Verständnisdefiziten gegenüber transzendenten Erinnerungen. Sie kennen also keineswegs einigende Festlegungen auf weltanschauliche Eindeutigkeiten, auch nicht auf christlich inspirierte. Hinterfragt wird nicht die Menschenwürde, aber selbst in einer sich christlich nennenden Partei ihre klassische christliche Begründung – selbst bei aktiven, sich der Grundsatzarbeit widmenden Mitgliedern.

Daraus ergibt sich, dass selbst aus dem wachsenden Bedürfnis nach ethischer Orientierung in der Gesellschaft für unser Thema keine Klarheit zu gewinnen ist. Wenn mit Habermas gegen die kalte Moderne Argumente aus der Überlieferung der Religionsgemeinschaften ins Feld geführt werden sollen, geschieht dies unter deren Adaption an das Säkulare und gerade nicht unter Wiederbelebung neuer Verbindlichkeiten für das Spirituell-Religiöse. Aber selbst bei kleineren Problemen aus den großen moralischen Herausforde-

rungen unserer Zeit folgen aus der Beschwörung von Wertorientierung keine abschließenden Antworten. Im Grunde führt alles Fragen immer wieder auf die hoffentlich informierte und verantwortete Freiheit des Individuums zurück. Auch dafür findet sich im jüngsten Grundsatzprogramm der CSU ein schlagendes Beispiel. Dort heißt es (S. 77), dass Ehe und Familie für die Partei besonderen Rang hätten. Und ihr besonderer rechtlicher Status ihnen vorbehalten bleiben soll. Zugleich respektiert die Partei aber auch, „wenn in diesen Partnerschaften Menschen füreinander eintreten und verlässlich Verantwortung und Sorge füreinander übernehmen.“ In den Passagen zuvor schon war bei der Gestaltung von Erziehung und Familie – wie könnte es anders sein – die freie Entscheidung der Betroffenen nicht in Frage gestellt und ihre Wahlfreiheit gegen die Festlegung auf ein Modell verteidigt worden. Dieser sensible Gegenstandsbereich mag exemplarisch verdeutlichen, worauf es mit dem hier angedeuteten Konservatismus hinaus läuft. Die vermeintlich bequem orientierenden Geländer kennt er im Grunde nicht mehr. Im Brustton der Überzeugung vorgetragene kernige Statements verdunkeln diesen Sachverhalt und schaden mehr als sie nützen. „Merkmal des konservativen Denkens“, so heißt es in einem Leitgedanken der Hanns-Seidel-Stiftung, „ist die Orientierung an einem festen Wertefundament, auf dem gesellschaftliches Miteinander gestaltet und Zukunftsverantwortung wahrgenommen werden können.“ Nach allem, was erörtert worden ist, besteht dieses Wertefundament in der Autonomie des Individuums, in der Freiheit und Verantwortung zusammen gedacht sind. Das ist nicht wenig. Aber mit weltanschaulichen Gewissheiten hat das wenig zu tun, noch weniger vielleicht mit zeitgeistlichen Beliebigkeiten.

Als zweites Problem hatte ich die Globalisierung mit ihrem Anpassungsdruck und einer sie begleitenden Resignation benannt. Diese Resignation besitzt zwei Dimensionen. In der Literatur (z.B. Jean-Marie Guéhenno, *Das Ende der Demokratie*, München 1994) geht man davon aus, dass die normativen abendländischen Errungenschaften, deren Verbindlichkeit rechtlich abgesichert ist, an einen staatlichen Ordnungsrahmen gebunden sind. Da Nationen, Staaten und Politik im Gefolge der Globalisierung dahinfliehen und mit ihnen auch der notwendige Ordnungsrahmen, seien Recht und Demokratie keine ausschlaggebenden Größen mehr. Ein wenig im Sinne Böckenfördes könnte man zugespitzt fragen, ob denn Moral und Ethik durch

das Recht garantiert werden oder ob nicht umgekehrt beide erst erträgliches und gültiges Recht ermöglichen. Konstituiert der Staat Moral? Liegen nicht ethische Maßstäbe außerhalb seiner Verfügung und gehen sie nicht seiner bestimmenden Gewalt voraus? Eine zweite, angeblich globalisierungsbedingte Resignation liegt in der ordnungspolitischen Abstinenz. Für die in Sekundenbruchteilen in globalen elektronischen Netzen um die Welt schießenden Kapitalströme und Informationen gäbe es, so heißt es, keine Regulierungsmöglichkeiten. Regeln kämen immer zu spät oder sie wären die Ursache dafür, dass Kapital und Kommunikation einen Bogen um sie machten: Ausschluss von Modernisierung und Wachstum wären die Folgen. Dass dagegen immer auch die Möglichkeit einer global public policy verteidigt worden ist, muss hinzugefügt werden. Aber dahinter standen die schwächeren Bataillone, speziell in einer modernisierungstrunkenen und ökonomiehörigen Politik, die sich vielleicht konservativ dünkte, es aber in Wahrheit nicht gewesen ist; denn sie gab ihr soeben beschriebenes Fundament verantworteter Freiheit auf.

Dass die Globalisierung regulierungsresistent sei, ist eine Ideologie. Was in globalen Netzen die Erde umspannt und umkreist, muss immer territorial vor Anker gehen, um seine erstrebte Evidenz zu entfalten. Die Finanzströme hätten es sich auch gar nicht leisten können, die stärksten Märkte links liegen zu lassen. Die dramatische Entwicklung der letzten Tage hat den Irrtum der ordnungspolitischen Abstinenz all denen vor Augen geführt, die ihm erlegen waren, weil im zügellosen Drang nach Profit das ordoliberalen Konzept störte.

Länger als ein Jahr vor der Krise findet sich im Grundsatzprogramm der „Konservativen“ folgende Passage: „Die globale Wirtschaft braucht ordnungspolitische Leitplanken. Die CSU setzt sich für die Menschenrechte und für soziale Standards, insbesondere auch zum Schutz von Kindern, sowie für einen international abgestimmten Umwelt- und Klimaschutz ein. Notwendige Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb sind eine globale Wettbewerbspolitik, der Schutz geistigen Eigentums, der Kampf gegen Korruption und eine Politik für ein stabiles internationales Finanzsystem.“ (S. 63, Hervorhebung vom Verfasser). Ist das konservativ im Sinne der zumeist mit diesem Begriff verbundenen Interpretation der Realitätsferne?

Gerade die sich abzeichnende Situation verlangt eine neue, intensive ordnungspolitische Diskussion, welche die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft und ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen neu thematisiert. Dieses Verhältnis lässt sich nicht situationsabhängig definieren und nach dem Problemangebot auf dem Tagesmenü gleichsam „bestellen“. Man kann nicht heute den starken und morgen den zurückgenommenen Staat fordern. Man kann auch nicht, wie üblich, die Sicherheit vor sozialen Risiken dem Staat und kollektiven Sicherungssystemen aufbürden und die Selbstverantwortung dafür mehr oder weniger verneinen. Ohne dass wir dem Staat und der Politik wirklich vertrauen, hegen wir in Deutschland ein hohes Maß an Staatserwartungen, im Alltag und in der Krise. Geht es allerdings um Aspekte öffentlicher Sicherheit, verkehren sich die Erwartungen ins Gegenteil. Faktisch verwischen sich die Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Wirtschaft und Politik, wenn der Staat nicht mehr nur Rahmendaten setzt, sondern unmittelbar gestaltend in die Finanz- und die Realwirtschaft eingreift, damit Gestaltungsräume an sich zieht, gesellschaftliche und ökonomische Freiheiten beschneidet und riskant auf das eine oder andere Terrain vordringt, auf dem für ihn nicht nur Erfolgs-, Kompetenz-, sondern auch letztendlich Legitimitätsrisiken lauern. Dies gilt zumindest dann, wenn Erfolge ausbleiben oder Politik in Verantwortungsrollen gedrängt wird, die sie nicht ausfüllen kann oder die sie zum Mitakteur auf Spielfeldern macht, die ihr nicht zustehen. Im Grenzfall könnte dies von Angriffen in die Tarifautonomie bis zur Errichtung eines Versorgungsstaates reichen, welcher der Zivilgesellschaft, der Eigenverantwortung und dem Subsidiaritätsprinzip partiell den Boden unter den Füßen wegzuziehen vermöchte. Viel zu wenig wird eingesehen, dass ein solch überdehnter Staat nicht nur von Risiken, sondern auch von Freiheiten entlastet. An diesem Punkt fällt die Grenzziehung zwischen Konservatismus und Liberalismus nur dann noch leicht, wenn der Liberalismus die soziale Verantwortung abstreift.

IV

Ein Fazit könnte darauf hinweisen, dass die Antwort auf unsere Themenfrage in drei Problemkreisen zu finden ist.

1. Das Fundament des Konservatismus in seiner modernen Spielart ist seine Wertebasis, die auf Autonomie im Sinne verantworteter Freiheit hinausläuft und Angebote für ein geglücktes, selbst bestimmte Leben bereitzustellen versucht. Angebote sind keine Patentrezepte. Demnach ist dieser moderne Konservatismus nicht monolithisch, sondern in seiner Ausgestaltung und seinen Aussagen durchaus plural. Selbst insofern er sich parteilich formiert, kennzeichnet ihn unausweichlich innerparteiliche Pluralität.

2. Zu definieren ist die Rolle des Staates in der inneren und in der sozialen Sicherheit, der dem Individuum Geborgenheit, aber auch Selbstverantwortung ermöglicht und lässt.

3. In engem Zusammenhang damit und im Kontext aktueller krisenhafter Herausforderungen steht der grundsätzliche Problembereich des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Es lässt sich gewiss nicht mehr bestimmen wie zu Zeiten des liberalen Bürgertums, das sich selbst die mehr oder weniger freie Wirtschaft, dem Staat innere Ordnung und Politik überantwortete und das auf politische Partizipation nicht erpicht war. Diesen Schritt wird konservatives Denken heute nicht mehr mitgehen, weil es sich wie selbstverständlich die soziale und partizipatorische Dimension zu Eigen gemacht hat. Wo es diese Dimensionen vergäbe, wäre es politisch nicht mehr konkurrenzfähig.

Dies ist der Hintergrund für die aktuellen Problembewältigungen. Im Augenblick drängen sich, wahrscheinlich sogar mit guten Gründen, ehemals radikale Marktwirtschaftler in die Bankengeschäfte hinein oder verstaatlichen sie sogar. Sie werden an den Märkten aktiv und retten z.B. die Automobilindustrie. Und sie werden große Schwierigkeiten bekommen, sich vor den Rettungsansprüchen immer anderer Wirtschaftszweige selbst noch zu retten. Wir stehen vor einer großen ordnungspolitischen Herausforderung, die im allgemeinen Aktionismus von allen politischen Richtungen mehr oder weniger übersehen wird. Zu vermessen sind Augenmaß und Grenzbewusstsein. Es spricht nichts dagegen, dass der Staat Verantwortung übernimmt; aber doch nicht so, dass die Wirtschaft und die Banken keine mehr tragen oder aus ihr verdrängt werden.

was ist?

links

Matthias Machnig

WAS IST LINKS?

I

Ich will mit einer persönlichen Bemerkung beginnen, die zunächst biografisch eine Antwort geben soll, warum ich eigentlich links geworden bin. Ich bin Jahrgang 1960 und habe in den siebziger Jahren eine Art politische Grundsozialisation erfahren. Reinhard Mohr hat in seinem bemerkenswerten und lesenswerten Buch „Zaungäste“ (Zaungäste. Die Generation, die nach der Revolte kam. Frankfurt am Main 1992) auf das Dilemma dieser Generation hingewiesen. Die Hypothek dieser Generation bestehe darin, dass sie zu spät gekommen sei, den großen Aufbruch nur literarisch, filmisch, kulturell nachvollziehen könne, aber eben nicht dabei gewesen sei. Dies kann Vor- und Nachteile haben. Ich habe es immer als Vorteil empfunden, nicht alle Irrungen und Wirrungen der 68er miterlebt und mit vollzogen zu haben, aber an den politischen, intellektuellen und kulturellen Innovationen anknüpfen zu können.

Die 70er-Jahre waren auch eine Zeit, in der die Jusos die „wichtige“ Frage diskutiert haben; ob der Staat eigentlich der ideelle Gesamtkapitalist sei oder nur als solcher wirke.

Ich erwähne diese Debatte, weil sie exemplarisch für den Niedergang einer politischen Bewegung steht, die Politik häufig mehr als geschichtsphilosophisches Seminar, Politik als Fortsetzung der Geschichtsphilosophie mit anderen Mitteln verstanden hat. Sie hat aber eben auch politische relevante Bewegungen wie Frauen-, Umwelt-, Friedensbewegung hervorgebracht, ohne die eine politisch-kulturelle Modernisierung des Landes sehr viel schwieriger und langwieriger geworden wäre. In diese Zeit hineingeboren zu sein, heißt

nicht zwingend, Kind dieser Zeit zu sein. Vielmehr gab es andere Prägungen, die bedeutsamer waren als die Bewegungskultur der 70er-Jahre.

Es gab zunächst eine Milieuorientierung. Mein Vater war Facharbeiter mit gewerkschaftlicher Orientierung. Über das Milieu gab es einen Zugang zur Sozialdemokratie, nicht in Form von Mitgliedschaft, sondern durch Orientierung an Leitdiskursen, Leitbildern und Leitpersönlichkeiten der SPD.

Etwas Zweites war für mich biografisch sehr wichtig: Es gab eine sehr eindeutige antifaschistische Grundhaltung. Mein Vater und seine Familie waren „Vertriebene“, und trotz oder wegen „der Vertreibung“ gab es eine sehr klare Haltung zu Fragen wie Krieg und Frieden, Faschismus und deutscher Verantwortung.

Es gab nie einen Zweifel an deutscher Schuld und Verantwortung, der historischen Unvergleichlichkeit des Holocaust und seiner Politik des industriellen Mordens. Der 8. Mai war immer ein Tag der Befreiung, nicht der Niederlage. Und der Hinweis „man habe nichts gewusst“ galt als unakzeptabler Versuch, sich den Fragen nach persönlicher Verantwortung zu entziehen, der weder historisch noch lebensgeschichtlich für die „Vätergeneration“ vertretbar war.

Das Dritte war, dass dieses Facharbeitermilieu, aus dem ich stamme, Zugang, Aufstieg und Erfolg für sich und ihre Nachgeborenen suchte. Zugang zu Chancen, zu Bildung, zu Teilhabe, zu Karrierechancen, die in den 70er-Jahren eröffnet worden sind.

Das Vierte, für mich ein sehr wichtiger Bezugspunkt, das Ganze hatte eine kulturelle Dimension. Die Linke war die kulturell offenere, die neugierigere, die suchende, die ausprobierende, Tabu brechende politische Strömung gerade in kulturellen Kontexten.

All dies hat mich geprägt und dazu geführt, ein Linker zu werden, der im Übrigen erst nach dem Mistrauensvotum gegen Helmut Schmidt in die SPD eingetreten ist. Ich habe mich dann auch Anfang der 80er-Jahre schwer getan

mit meiner Partei angesichts der Diskussion z.B. über die Stationierung von Atomraketen in Deutschland. Ich bin 1982 Sozialdemokrat geworden und gehöre dieser Partei seit mehr als 26 Jahren an.

Ich glaube, dass diese kurze Schilderung wichtig ist, weil eines heute feststellbar ist: Diese biografischen Muster des Zugangs und der politischen Milieuprägung funktionieren immer weniger, mit der Konsequenz, dass der Begründungsaufwand, für politische Parteien, warum sich Menschen engagieren sollen, was eigentlich politische Richtungen sind, ihre Ziele und Wertvorstellungen, was Werteorientierung bedeutet, die auch zukunftsorientiert ist, schwieriger geworden ist.

II

Die zweite Vorbemerkung, die ich machen will: Ich wohne in Berlin und hier sieht man gegenwärtig etwas, was ich 20 Jahre nicht mehr erlebt habe. Man fährt an Litfaßsäulen vorbei, an denen Ankündigungen zu lesen sind für Veranstaltungen zur Einführung in das Werk von Karl Marx. Etwas, was ich noch kenne aus meiner Studienzeit in den 80er-Jahren. Dort war es durchaus selbstverständlich, solche Texte zu lesen. In diesen Tagen gab es eine sehr interessante Meldung: der Verkauf der so genannten „Blauen Bände“, also der Werke von Marx und Engels, sei deutlich gestiegen, einige Tausend Exemplare, die inzwischen wieder verkauft werden, nachdem der Markt und das Interesse dafür völlig eingebrochen war.

Dieser Ausflug nach Berlin und der Hinweis auf die Marx-Lektüre heißt nicht, man müsse Marx lesen oder gar verstehen, um links zu sein. Er ist für mich nur ein kleiner Indikator für die Suche in der Gesellschaft nach Grundorientierungen, die in unterschiedlicher Ausprägung und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen stattfindet. Die gegenwärtige ökonomische Krise, von der der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz glaubt, sie habe eine ähnliche einschneidende Wirkung wie der Fall der Berliner Mauer, wird diesen Orientierungsbedarf weiter erhöhen.

Dieser Band, der diskutiert, was konservativ, was liberal, was grün, was links ist, hat den gleichen Grund: Es gibt Klärungs- und Orientierungsbedarf, denn aus sich heraus bieten die Begriffe links, rechts, liberal und grün dies nicht mehr. Das ist ein gewaltiger Einschnitt. Seit der französischen Revolution galt die Dichotomie von links und rechts als prägend für die politische Kartografie und die damit verbundene Parteienlandschaft.

Heute gilt zunehmend: Weder liberal, noch konservativ, noch links, noch grün hat heute einen Orientierungs- und, einen Mobilisierungsgrad, der aus sich heraus Zustimmung organisiert.

III

Die Geschichte der politischen Linken ist eine Geschichte von Orientierungskrisen, von Orientierungsdebatten, von Spaltungen, von ideologischen Auseinandersetzungen und Neudefinitionsversuchen.

Gegenwärtig erleben wir die dritte grundlegende Orientierungskrise der politischen Linken in den letzten 30 Jahren. Die erste hat interessanterweise Ende der 70er-, Anfang der 80er-Jahre begonnen. Damals gab es in unterschiedlichen Ländern eine längere sozialdemokratische Regierungsverantwortung, zum Teil erstmalig wie im Fall der SPD oder der PS in Frankreich. Anfang der 80ziger Jahre endete diese Phase sozialdemokratischer Mehrheiten. In diesen Jahren wurden die Labour Party (1979), die Demokraten (1980), die SPD (1982) abgewählt und das linkssozialdemokratische Experiment in Frankreich (1984) endete.

Der Fordismus, also eine ökonomische Konstellation aus Massenproduktion und Massenkonsum, abgesichert durch technischen Fortschritt und Sozialstaat, geriet in die „Krise“. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, als fordistisch geprägte Organisationen, gerieten angesichts der Änderung von Produktionsstrukturen (vom Fordismus zum Toyotismus), Bedürfnisstrukturen, Lebenskulturen und Milieus mit in die Krise.

Die zweite Phase Anfang der 90er-Jahre stand im Zusammenbruch des Kommunismus, der den Kapitalismus von einer Systemalternative befreite.

Peter Sloterdijk¹ (Im Weltinnenraum des Kapitals, Frankfurt 2006) sah zwar die sozialistische Idee diskreditiert, aber ebenso sei klar für ihn, dass der Kapitalismus vielleicht weltweit gesiegt habe. Eigentlich sei er nur „übrig geblieben“ mit all seinen fragwürdigen Vorzügen und uneingelösten Versprechen. Allerdings wurden die Legitimationskosten nunmehr größer, weil das ideologische Gegenstück fehlte.

Peter Glotz (Die Linke nach dem Sieg des Westens, Stuttgart 1992, S. 52)² stellte schlicht fest, dass die Linke „in einer Strategie der Opposition stehen geblieben sei und nicht in der Lage war, eine Strategie der Konstruktion einer neuen Ordnung“ auf den Weg zu bringen. Manche sahen das Ende der Geschichte voraus, um es umso schneller zu dementieren. Wie auch immer, es dauerte bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre, bis die Sozialdemokratie in Europa wieder mehrheitsfähig wurde in Deutschland, Frankreich, Schweden etc.

Und die dritte Phase der ermatteten Sozialdemokratie in Opposition oder Regierung in Europa, gepaart mit der Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft im Bereich der politischen Linke. Immer wenn die deutsche Sozialdemokratie regiert hat, gab es eine Konsequenz: eine politische Partei, die sich links von der Sozialdemokratie etablierte. Das war in der Weimarer Republik mit SPD, USPD und KPD der Fall, und in den 80er-Jahren mit der Gründung der Grünen und jetzt mit der Linkspartei. Dieses gilt im Übrigen nicht allein für Deutschland. In Europa erleben wir eine Zunahme von Linksparteien. Das gilt für Schweden, das gilt für Dänemark, das gilt für Frankreich, das gilt für Spanien.

Der Trend zur Mitte als sozialdemokratische Antwort auf den Verlust von Mehrheiten begann in den 80er Jahren. Sie wurde unter der Überschrift „Dritter Weg“ geführt, also eine Positionierung zwischen klassischer Sozialdemokratie und Neoliberalismus. Diese „Triangulation“ (Dick Morris: The new prince, Los Angeles 1999)³, also das Zusammenführen unterschiedlicher Politikentwürfe zum Mehrheitserwerb hat 1985 in den USA mit der Gründung

des DLC, des Democratic Leadership Council begonnen, dessen 1. Vorsitzender Bill Clinton war.

Es wurde die Idee der New Democrats geboren. Das hatte Nachahmer in Form von „New Labour“ und der „Neuen Mitte“ der SPD. Der dritte Weg war der Versuch, Sozialdemokratie und Marktliberalismus miteinander zu verbünden. Politisch knüpft das Konzept an die Erfahrung an, dass politische Macht nur noch in punktuellen Bündnissen zu organisieren ist und nicht mehr auf strukturelle Mehrheiten bauen kann. Deswegen zielt der „Dritte Weg“⁴ (Anthony Giddens: Der dritte Weg. Die Erneuerung der Sozialdemokratie, Frankfurt 1999) als „progressive governance“ machtpolitisch im Kern auf die Mitte der Gesellschaft, um alte und neue Mittelschichten für die Idee und die Partei der Sozialdemokratie zu begeistern.

Der Dritte Weg setzte dabei auf eine neue Synthese von Gerechtigkeit und Modernisierung. Unter der Konstellation der New Economy hatte dabei die Balance von Sozialem und Ökonomie allerdings eine Schlagseite. Diese neue Synthese manifestierte sich u.a. in: der Verlagerung von Macht und Steuerungsleistung in die Gesellschaft hinein (Deregulierung), der Verlagerung von Verantwortung auf das Individuum (Workfare statt Welfare), und – damit zusammenhängend – in der veränderten Rolle des Staates („Aktivierender Staat“).

Das hat eine Zeitlang funktioniert: in Deutschland, in Großbritannien, in Schweden – ja in fast ganz Europa und in den USA. Heute müssen manche feststellen: Die Reformbilanz ist widersprüchlich.

Die Botschaft des dritten Weges war: „Sicherheit durch Wandel“⁵ (Franz Müntefering, Matthias Machnig (Hrsg.): Sicherheit im Wandel, Neue Solidarität im 21. Jahrhundert, Berlin 2001). Das heißt: Umbau der Sozialsysteme, damit wohlfahrtsstaatliche Leistungen auch in Zukunft finanzierbar sind.

Der Bedarf an Modernisierung der nationalen Wohlfahrtsregime besteht nach wie vor. Aber diese Botschaft hat weder Kraft noch Antworten auf die anstehenden Probleme. Sie hat eben dazu geführt, dass entweder

Traditionalisten und Sozialromantiker an Einfluss gewinnen oder aber konservative Parteien erfolgreich wurden – beides können wir in Deutschland zurzeit beobachten. Heute geht es um: „Wandel durch Sicherheit“.

Die Bereitschaft der Menschen, Veränderung zu unterstützen und zu tragen hängt davon ab, dass nicht falsche Sicherheit versprochen wird, aber deutlich wird, dass die Verantwortung nicht allein an den Einzelnen delegiert wird. Nicht der ermöglichende Sozialstaat, auch nicht der fürsorgende Sozialstaat, sondern der gewährleistende Sozialstaat ist die Aufgabe. Progressive governance (progressives Steuern) braucht progressive government (progressive Institutionen). Der Staat ist wieder rehabilitiert. Die Linke muss deutlich machen: Wir brauchen einen aktiven und einen gestaltenden Staat, der über die nötigen Ressourcen verfügt.

Alle Versuche der Mitteorientierung haben dazu geführt, dass Unklarheit bestand, rechts und links wurden beliebig, ohne Ausrichtung und Orientierung.

IV

Norberto Bobbio hat sich in seinem Buch „Rechts und links“ mit der politischen Orientierung der Linken auseinandergesetzt: „Die beiden Begriffe „rechts“ und „links“ sind keine absoluten Begriffe, sondern relative [...] noch sind sie innere Eigenschaften des politischen Ordnungssystems, es sind Orte des politischen Raums. Sie stehen für eine politische Topologie... Man ist nicht rechts oder links in dem Sinne, wie man sagt, man sei kommunistisch oder liberal oder katholisch. Anders ausgedrückt, rechts und links sind keine Wörter, die ein für alle Mal einen festgeschriebenen Inhalt bezeichnen; sie können je nach Zeit und Situation unterschiedliche Inhalte bedeuten. Für die politische Linke heißt das, sie kann niemals eine Institution von Dogmen, der 10 Gebote sein. Die Linke muss eine Organisation sein, die in der Lage ist, Räume des politischen Diskurses über politische Alternativen zu entwickeln, und auch neue Antworten, auch unter Rückgriff auf Themen und Erfahrungsfundus der eigenen Themen und Praxis, zu machen“⁶ (Norbert Bobbio: Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung, Berlin, 4. Auflage 2006, S. 71).

Gerade dies hat die neue Mitte in Regierungsverantwortung ausgeschlossen: Alternativen zur Regierungspraxis unerwünscht.

Die zweite Anleihe stammt von der französischen Soziologin Chantal Mouffe (Über das Politische, Wider der kosmopolitische Illusion, Frankfurt 2007)⁷. Sie versucht darin die politische Alternative, die politische Auseinandersetzung als Voraussetzung für Demokratie zu begründen. „Ich werde aufdecken, wie der konsensorientierte Ansatz, statt die Bedingungen für eine versöhnte Gesellschaft zu schaffen, zur Entstehung von neuen Antagonismen führt, die eine agonistische Sichtweise hätten verhindern können, indem sie diesen Konflikten eine legitime Ausdrucksform gegeben hätte. Auf diese Weise will ich demonstrieren, dass die Anerkennung der Untilgbarkeit der Konfliktdimension keineswegs das demokratische Projekt untergräbt, sondern vielmehr die „notwendige“ Voraussetzung ist, die Herausforderungen demokratischer Politik in den Griff zu bekommen. Wir erleben gegenwärtig keineswegs das Verschwinden des Politischen in der Dimension der Gegnerschaft, sondern dass heute das Politische vielmehr im moralischen Register ausgetragen wird. Mit anderen Worten: Es besteht immer noch eine Unterscheidung, die aber statt in politischen, jetzt in moralischen Kategorien definiert wird. Statt mit einem Kampf zwischen rechts und links haben wir es mit einem Kampf zwischen richtig und falsch zu tun. Ich meine damit, dass die politischen Fragen nicht nur technische Probleme sind, die von Experten zu lösen sind. Sie erfordern vielmehr immer Entscheidungen, d.h. die Wahl zwischen konfligierenden Alternativen“⁸ (Chantal Mouffe: S. 12/13).

Mouffe erklärt also zum Problem, was viele für eine Grundbedingung von Demokratie halten. Sie kommt zu dem Schluss, ein stärkerer Antagonismus zwischen rechts und links sei notwendig, um Klärungen herbeizuführen: Was sind die Richtungsfragen in einer Gesellschaft?

Die Linke war nie nur Programmpartei, sie war auch immer eine Bewegungspartei. Sie war dann politisch erfolgreich, wenn sie auch Bewegungspartei war, die Themen setzte, für Themen mobilisierte.

Die Sozialdemokratie ist heute weit davon entfernt, dies zu können. Zu einer politischen Linken, die Gestaltungskraft hat, gehört dies allerdings dazu. Wenn man eines aus dem amerikanischen Wahlkampf lernen kann, dann, dass Richtungsfragen Menschen orientieren, Menschen mobilisieren und Menschen begeistern. Barack Obama hat nichts anderes getan, als Richtungsfragen für die amerikanische Gesellschaft sehr klar zu identifizieren.

V

Die gegenwärtige ökonomische Krise, der „Crash des Kapitalismus“⁹ (Ulrike Schäfer: *Der Crash des Kapitalismus*, Frankfurt 2009), wird die Richtungsfragen in unserer Gesellschaft auf die Tagesordnung setzen. Es geht um die Frage einer postneoliberalen Ökonomie, die in der Lage ist, Wachstum, Bekämpfung von Armut und Hunger und die zivilisatorischen Herausforderungen (Klimawandel, Verlust von Biodiversität) ökonomisch zu beantworten. Dazu ist auch ein neues Verständnis von Globalisierung notwendig, und zwar einer Globalisierung jenseits „des Globalismus als Idee oder Ideologie“ (Rüdiger Safranski: *Wieviel Globalisierung verträgt der Mensch*, München, Wien 2003, S. 19).¹⁰ Denn Globalismus als Ideologie hat zur „Durchsetzung des Primats der Ökonomie“ geführt und ist „ebenso ökonomistisch wie es der Vulgärmarxismus einst war, er ist deshalb im gewissen Sinne die Wiederauferstehung des Marxismus als Managementideologie“ (ebenda: S. 22).¹¹ Die Folgen dieser Entwicklung sind in der gegenwärtigen Krise zu besichtigen: Kapitalvernichtung in einer bislang unbekanntem Größe, Massenarbeitslosigkeit und Staatsinsolvenzen.

Notwendig ist daher eine Neuorientierung linker Politik. Der Fetisch der Mitte muss aufgegeben werden, denn „eine politische Mitte gibt es nicht“ (George Lakoff, Elisabeth Wehling: *Auf leisen Sohlen ins Gehirn, Politische Sprache und ihre heimliche Macht*, Heidelberg, 2007, S. 67 f.).¹² Vielmehr muss die politische Linke wieder „sagen, was ist“ (Sigmar Gabriel: *Links neu denken. Politik für die Mehrheit*, München, Zürich, 2008, S. 66 f.).¹³ Sie muss die heutigen Brüche, Widersprüche und Zukunftsantworten formulieren, jenseits des Regierungspragmatismus. Die nächsten Jahre werden die Gesellschaft vor neue, bislang zum Teil unbekannte Herausforderungen stellen:

- Die Gestaltung des Finanzkapitalismus, seiner Transparenz, seiner Regulierung, seiner Ausrichtung auf Nachfrage und Zukunftsinvestitionen,
- die Bewältigung der Zivilisationsfragen, die mit den Stichworten Bevölkerungsexplosion, Klimawandel, Ressourcenknappheit und Verlust unserer natürlichen Lebensgrundlagen korrespondieren,
- die Rückkehr sozialer Klassenspaltung, die Entwicklung einer Zweidrittelgesellschaft (Peter Glotz), den Ausschluss wachsender Teile der Gesellschaft und die damit verbundenen Aufstiegsblockaden für bestimmte soziale Milieus,
- die Entgrenzung der Politik, also eine Entwicklung, in der gesellschaftlich relevante Entscheidungen nicht mehr in den dafür vorgesehen Institutionen und Verfahren getroffen werden, sondern in Wirtschaft und Wissenschaft und transnationalen Netzwerken ohne demokratische Legitimation und Beratung,
- die Aushöhlung der Demokratie durch einen Primat der Ökonomie, eine Übermacht der Märkte und die steigende Verweigerung demokratischer Legitimation durch die (Nicht-)Wähler.

Die Rhetorik des Sachzwangs und das Postulat der Alternativlosigkeit sind auf diese Herausforderungen keine Antwort. In Europa, auch in Deutschland, hat dies zu einer Ausdifferenzierung der politischen Linken geführt. Heute gibt es zwei europäische Linke: „Die eine von ihnen akzeptiert diesen Rückzug, sei es bereitwillig oder resignierend. Die andere versucht ihn zu bremsen, ohne dass sie große Hoffnungen hätte, den Prozess umkehren zu können. Diese beiden Schulen sind Gegner [...]. Europa braucht eine andere Linke.“ (Roberto Mangabeira Unger: *Wider den Sachzwang. Für eine linke Politik*, Berlin 2007, S. 7 f.).¹⁴ Dabei gilt es, die politisch entstandene Dichotomie von Protestlinke und Gestaltungslinke zu überwinden. Eine Linke braucht eine Politik neuer Balancen zwischen Staat und Markt, Wachstum und Gerechtigkeit, Solidarität, Verteilung und Eigenverantwortung, Nationalstaat und Weltgesellschaft. Sie darf aber auch nicht zurückfallen in alte linke Irrungen und Wirrungen, wie die linke Marktverneinung, linken Hyperetatismus mit einer überzogenen Steuerungseuphorie, linker Technikskepsis und linker Machtverachtung.

VI

Das linke Projekt muss sich [wieder...] als Emanzipationskonzept etablieren, die Befreiung des Menschen von Fremdbestimmung und Bevormundung. Eine solche emanzipatorische Entwicklung hat Voraussetzungen, wie z.B. ein ausreichendes Maß materieller Sicherheit, denn nur unter dieser Voraussetzung, können sich Menschen fair und gerecht begegnen. Dazu gehört uneingeschränkte Chancengleichheit bei der Entwicklung seiner Talente und Fähigkeiten. Und dazu gehört eine Politik der Generationengerechtigkeit, die sicherstellt, dass die Lebensgrundlagen auch für nachwachsende Generationen erhalten bleiben. Peter Glotz hat ein solches Projekt einer politischen Linken auf die folgende Formel gebracht: „... die Begrenzung der Marktlogik, vorsichtiger ausgedrückt, die Einbettung marktwirtschaftlicher Rationalität; die Sensibilisierung für die soziale Frage, d.h. die Förderung des Sozialstaats und bestimmter sozialdemokratischer Institutionen; die Umsetzung von Zeit in neue Freiheitsrechte, die faktische Gleichstellung der Frau; den Schutz von Lebenswelt und Natur; die Bekämpfung des Nationalismus.“ (Peter Glotz: Die Linke nach dem Sieg des Westens, Stuttgart 1992, S. 96).¹⁵ Eine solche Linke muss wieder zum Träger von Richtungsfragen und Richtungsdebatten werden. Sie muss das „Prinzip Hoffnung“¹⁶ (Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt 2004) und das „Prinzip Verantwortung“ (Hans Jonas: Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt 1984)¹⁷ miteinander verbinden. Pragmatismus als Prinzip reicht dazu nicht aus. Es fordert vielmehr Mut, Konfliktbereitschaft, Klarheit im Denken und Handeln. Und es bedarf einer intellektuellen Erneuerung. Die Linke darf sich nicht der „Diktatur der Alternativlosigkeit“¹⁸ (Roberto Mangabeira Unger. Ebd. S. 23) beugen, sondern muss wieder Ort des Diskurses, der Neugier und der Suche werden. Unsere Gesellschaft steht national und global vor vielen Richtungsfragen, die Richtungsantworten erfordern. Eine Linke ist nur dann wieder attraktiv, wenn ihr genau dies gelingt: Die richtigen Fragen zu stellen und schlüssige Antworten zu geben. Folgende wesentliche Richtungsfragen stehen in den nächsten Jahren auf der Tagesordnung.

Richtungsfrage: Markt und Staat: Wie viel Markt wollen wir, wie viel Staat brauchen wir, welcher Ordnungsrahmen ist erforderlich?

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass die Alchimie und die Alchimisten an den Finanzmärkten uns nicht nur hinters Licht geführt haben, sie haben Instabilitäten der Gesamtwirtschaft verursacht, die zu einer tiefen Krise geführt hatten. Die Balance zwischen Staat, Markt und Demokratie ist verloren gegangen mit der Konsequenz, dass der Staat entscheidenden Einfluss auf das volkswirtschaftliche Geschehen verliert. Es ist wenig sinnvoll, moralisch nach neuem Verhalten von Managern und Märkten zu rufen, solange die alten ökonomischen Spielregeln gelten. In einer Welt der harten ökonomischen Tatsachen und Gesetze kann eine solche Politik nicht funktionieren (Robert B. Reich: *Supercapitalism. The Transformation of Business, Democracy, and Everyday Life*, New York 2007).¹⁸ Notwendig ist ein politisch gesetzter Ordnungsrahmen für die globalen Finanzmärkte. Es müssen Mindeststandards der Transparenz, der Information, der Sanktionen und neuer institutioneller Verantwortung realisiert werden. Und wir brauchen eine Stärkung der Unternehmensmitbestimmung. Zudem bedarf es einer grundlegenden Neuausrichtung der makroökonomischen Politik, der bisherigen Überschussländer Deutschland, China und Japan, um die globalen ökonomischen Ungleichgewichte abzubauen. Das ist für ein Land wie Deutschland mit einem Anteil des Exportes von 47,5 % am Bruttoinlandsprodukt eine zentrale Frage. Die USA werden für eine Vielzahl von Jahren nicht mehr als ökonomische Konjunkturlokomotive zur Verfügung stehen, die sie lange Zeit durch die hohe Binnennachfrage waren. Die bisherigen Export-Überschussstaaten können sich nicht mehr auf die anziehende Weltkonjunktur verlassen. Sie werden verstärkt eigene Anstrengungen unternehmen müssen. Dazu gehört neben staatlichen Investitionsprogrammen eine Neuausrichtung der europäischen Geldpolitik. Die Finanzpolitik muss den expansiven Impuls solange aufrecht erhalten, wie die private Nachfrage für ein Beschäftigungsniveau unzureichend ist und sie muss die öffentlichen Investitionen über einen längeren Zeitraum auf hohem Niveau verstetigen. Dazu ist auch ein Paradigmenwechsel in der Lohnpolitik erforderlich. Die Verteilungsspielräume durch das langfristige Produktivitätswachstum müssen genutzt werden.

Um es auf eine kurze Formel zu bringen: Keynes is back. Also eine Politik, die auf einen Ausgleich der Leistungsbilanzüberschüsse setzt, die Binnennachfrage stärkt und Zukunftsinvestitionen in eine Neuwachstumskonstellation initiiert. Ein Element dabei ist eine ökologische Industriepolitik, die Wirtschafts-, Umwelt und Beschäftigungspolitik zusammenführt und in deren Zentrum Investitionen in die grünen Leitmärkte der Energie-, Mobilitäts-, Effizienz- und Life-Science-Technologien setzt. Dieser Green-New-Deal verbindet Innovations-, Wachstums-, Beschäftigungs- und Nachhaltigkeitspolitik. Das Marktvolumen der grünen Märkte in den nächsten Jahren ist gewaltig. Eine für das Bundesumweltministerium in Auftrag gegebene Studie beziffert das Weltmarktvolumen von Greentech auf 1.400 Mrd. Euro im Jahre 2008 und prognostiziert ein Marktvolumen von 3.100 Mrd. Euro im Jahre 2020. Für Deutschland würde dies eine Verdoppelung von gegenwärtig 220 Mrd. Euro auf 500 Mrd. Euro bedeuten und würde Greentech zum größten Wirtschaftszweig in Deutschland machen. Dies setzt allerdings eine ökologische Industriepolitik¹⁹ (BMU: Ökologische Industriepolitik, Berlin 2008) voraus, die eine Kombination aus öffentlichen Infrastrukturinvestitionen in Energie- und Ressourceneffizienz, Markteinführungsprogramme, wie das Erneuerbare-Energiengesetz, ökologische Standards für Produkte und Verfahren vorgibt und die Investitionen in Forschung und Entwicklung stärkt.

Eine solche Politik setzt eine Richtungsentscheidung voraus: keine Politik des Weiter-so, sondern eine Politik eines Global-New-Deal. Das ist sowohl ökonomisch als auch ökologisch notwendig und unvermeidbar.

Richtungsfrage Reichtums- und Einkommensverteilung: Damit ist eine klassische Frage wieder aktuell. Seit Mitte der 90er Jahre gibt es ein Ausdünnen der ökonomischen Mitte in Deutschland. Die Frage stellt sich, wie hoch der Anteil derjenigen ist, die im Maschinenraum der Wertschöpfung stehen. Wie hoch ist ein gerechter Anteil an der Wertschöpfung in Form von Löhnen und wie sieht insgesamt eine sozial gerechte und auch ökonomisch gebotene Einkommensverteilung aus?

Die jüngste Erhebung des DIW²⁰ (DIW: Ergebnisse des sozioökonomischen Panels, Berlin 2009) aus dem Januar 2009 verdeutlicht die Dimension

des Themas. Das schlichte Ergebnis lautet: die Ungleichheit der Vermögensverteilung wird immer größer, und Ostdeutschland verarmt zunehmend. 10 % der Bevölkerung verfügten über 61,1 % des privaten Vermögens, allein das Reichste 1 % hielt 23 % des gesamten Nettovermögens. Dagegen besaßen 70 % nur ganze 9 % des Nettovermögens. Das durchschnittliche Nettovermögen in Ostdeutschland beträgt nur 1/3 des westdeutschen Niveaus. Was sich wie Statistik anhört, ist nichts anderes als eine Wertefrage – mit starken ökonomischen Implikationen: Die Spekulationswelle auf den Finanzmärkten hat ihre Ursache auch in der hohen Liquidität von Teilen der Gesellschaft, die nach immer wahnwitzigeren Anlagenmöglichkeiten gesucht haben. Die Zeche dieser Exzesse zahlt nun die Allgemeinheit.

Armut ist in dieser Gesellschaft wieder zu einem Thema geworden. Bereits vor der Krise gehören 10 % unserer Bevölkerung zur Zone verfestigter Armut, aus der es häufig kein Entrinnen gibt. 25 % gehören zur Zone des instabilen Prekariats (Heinz Bude: *Die Ausgeschlossenen, Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*, München 2008).²¹ 1,5 Mio. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren leben in Deutschland, eine Zunahme um 50 % in den letzten 20 Jahren. Inzwischen hat etwa die Hälfte der Menschen in Deutschland Angst vor dem Verlust des erreichten Lebensstandards. Dies sind nicht allein statistische Größen. Die Betroffenen scheiden aus der Gesellschaft aus, sie verlieren den Anschluss und geben sich selber auf. Das schlimmste aber ist, dass dieser Ausschluss sich über Generationen verfestigt. Die aktuelle Krise wird diese traurige Statistik eher verschärfen. Und mit ihr werden Verteilungskonflikte zunehmen und zunehmen müssen. Es stellt sich nämlich die doppelte Frage, wer die Kosten für die schuldenfinanzierten Bankenrettungsmaßnahmen und Konjunkturimpulse sowie den gewachsenen Bedarf an Leistungen des Sozialstaats in Form von Arbeitslosen-, Krankenversicherungsbeiträge finanziert. Die Antwort einer politischen Linken muss eindeutig sein und sie darf nicht ideologisch sein. Neue Solidarität in Zeiten der Krise bedeutet, dass stärkere Einkommensgruppen mehr an finanzieller Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen müssen, als weniger starke. Denn Verteilungsfragen sind keine Ideologie-, sondern Gerechtigkeits- und Ökonomiefragen.

Richtungsfrage Solidarität und Eigenverantwortung: Der Sozialstaat ist das Kernprojekt der sozialdemokratischen Linken. Es war der Versuch, jenseits „des Sozialismus“ Solidarität in der Gesellschaft zu begründen, Menschen in prekärer Situation zu helfen. Er ist keine Zutat, er ist nicht weniger als die materielle Einlösung des Freiheitsversprechens, das einer demokratischen Gesellschaft zugrunde liegt. Der Sozialstaat ist eine tragende Säule der Demokratie, er ist ein Bürgerrecht. Freiheit realisiert sich erst dort, wo die ökonomischen Voraussetzungen selbstbestimmten Handelns gewährleistet werden. Jede Form der Halbierung von Freiheit, ob als Verweigerung von Rechtsstaatlichkeit oder Sozialstaatlichkeit ist eine Abkehr vom Grundrecht der Freiheit.

Ein Sozialstaat macht die Demokratie real, wenn er dafür sorgt, dass Menschen gegen die großen Lebensrisiken der Arbeitslosigkeit, der Krankheit, der Erwerbsunfähigkeit und des Alters abgesichert sind und er sichert Würde und Anerkennung jedes Einzelnen.

Dieses Sozialstaatsmodell ist aufgrund ökonomischer Globalisierung und demografischer Veränderung unter Druck geraten. Immer mehr der noch verfügbaren Arbeitsplätze setzen Spitzen- und Spezialwissen voraus, das in immer kürzerer Zeit erneuert werden muss. Die Zahl der Älteren und Alten, die aus dem Berufsleben ausscheiden, wächst und ebenso die Lebensdauer der Rentner und Pensionäre, bei gleichzeitigem Rückgang der Nachwachsenden, auf deren Leistungsfähigkeit der Generationenvertrag beruht.

Die Struktur der Familie hat sich verändert, Frauen fordern ihre gleichberechtigte Teilnahme am Erwerbsleben. All dies macht eine Anpassung des Sozialstaates notwendig. Dabei muss jedoch weiterhin das Prinzip der Vorsorge und Fürsorge gelten. Natürlich ist Eigenverantwortung im Sozialstaat erforderlich. Aber Eigenverantwortung kann eben nicht Individualisierung der Risiken, Privatisierung von öffentlicher Daseinsvorsorge und Ökonomisierung als Prinzip bedeuten. Mit den Arbeitsmarktgesetzen, die auf den Weg gebracht wurden, hat es einen fundamentalen Paradigmenwechsel der politischen Linken, auch z.T. der Gewerkschaften, beim Thema Arbeitslosigkeit gegeben. Seit den 70er Jahren, dem Beginn der Massenarbeitslosigkeit, haben Gewerkschaften und Sozialdemokratie die Frage thematisiert: Wo gibt es

eigentlich Systemversagen, ökonomisches Versagen, das korrigiert werden muss, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Durch die „Hartz-Gesetze“ ist etwas anderes geschehen: Sie haben zu einer Individualisierung des Problems geführt. Nun werden Motivationsprobleme und ein Qualifikationsproblem als zentrale Ursache von Arbeitslosigkeit unterstellt. Konsequenz daraus war, den ökonomischen Druck auf den Einzelnen zu erhöhen.

Über viele Jahre wurde bewundernd über das „Modell Deutschland“ gesprochen. Dieses Modell existiert nicht mehr. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich dramatisch verändert. Seit Mitte der 90er Jahre und beschleunigt in den letzten Jahren hat die Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland zugenommen. Etwa 1,5 Mio. Menschen verdienen in Deutschland heute weniger als 5 Euro die Stunde. Der Niedriglohnsektor ist jedoch kein Arbeitssegment für Geringqualifizierte, 75 % der dort Beschäftigten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. D.h. nur 25 % derjenigen, auf die die Harz-Reformen ursprünglich zielten, sind im Niedriglohnsektor beschäftigt. Für den Großteil hat es eine Verdrängung durch schlechtere Beschäftigungsformen gegeben: von der Vollerwerbstätigkeit in die Zeitarbeit, Teilzeitarbeit oder ähnliche prekäre Beschäftigungsverhältnisse. So lautet heute die Kaskade. Eine Antwort darauf ist sicher ein flächendeckender, gesetzlich geregelter Mindestlohn, wie es ihn in vielen europäischen und nichteuropäischen Ländern gibt, sogar in den USA. Notwendig ist allerdings darüber hinaus eine Erneuerung unseres Gesellschaftsvertrages, der das Versprechen „Leistung gegen Sicherheit und Aufstieg“ wieder ins Zentrum rückt. Das muss der Kern einer neuen Sozialstaatsreform werden.

Richtungsfrage *Chancen und Zugänge in der Gesellschaft*: Viele erinnern sich gar nicht mehr daran, dass erst in den 70er Jahren begonnen wurde, den Zugang zu den Bildungsstrukturen zu öffnen, die soziale Selektion beim Erwerb von Bildungsgütern aufzuheben. Wir wissen heute, dass trotz der Reformen der 70er Jahre die Klassenspaltung nicht überwunden wurde. Das deutsche Bildungssystem ist nach wie vor ein hoch sozial selektives Bildungssystem. Trotz Pisa-Test und empirischer Evidenz im internationalen Vergleich wird an der frühen Selektion in unterschiedlichen Schultypen festgehalten, obwohl genau darin eine wesentliche Ursache sozialer Selektion liegt. Bildung ist heute mehr

denn je Schlüssel für nahezu alles, den Fortschritt der Gesellschaft, Wachstums- und Innovationschancen, Emanzipations- und Entwicklungschancen des Einzelnen. Sie ist Hauptproduktivkraft der Wissensökonomie. Die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems stellt die Weichen für die Zukunft des Landes und die Grundlagen unseres Sozialstaates. Bildung ist die Zukunftspolitik und die Gerechtigkeitspolitik des 21. Jahrhunderts.

Deutschland gehört seit den 90er Jahren zu denjenigen Ländern, die im internationalen Vergleich am wenigstens in Bildung investieren. Weniger als 5 % unseres Bruttoinlandsprodukt geht in Bildung, die skandinavischen Länder investieren etwa 8 % ihrer Wirtschaftsleistung in Bildung. Im Durchschnitt der OECD-Länder werden sogar 13,4 % der öffentlichen Ausgaben für Bildung investiert. Wollte Deutschland diesen Wert erreichen, wären Mehrinvestitionen in der Größenordnung von 15 – 20 Mrd. Euro pro Jahr erforderlich. Diese Aufgabe wird ökonomisch und sozial zu einer Schlüsselfrage der nächsten Jahre. Gleichzeitig sind Strukturreformen erforderlich. Alle internationalen Vergleiche zeigen, dass eine frühzeitige Selektion nach der 4. Klasse in Haupt-, Real- und Gymnasialschüler zur Fortsetzung der Klassenspaltung des Bildungssystems führt. Deshalb brauchen wir ein integratives Schulsystem, das Kinder und Jugendliche gemeinsam fördert, statt sie voneinander zu separieren. Und es muss ein Recht auf Weiterbildung geben. Weiterbildung ist ein öffentliches Gut, auf das es einen Rechtsanspruch jedes Einzelnen geben sollte. Nur durch ein solches Maßnahmenbündel lässt sich der Zugangs- und Teilhabeanspruch in einer modernen Gesellschaft realisieren und die Chance auf Aufstieg.

Richtungsfrage Zivilisationspolitik und neuer Multilateralismus: Die Nachfrage nach Energie und nach Rohstoffen ist in den vergangenen Jahren gewachsen und sie wird weiter wachsen. In den kommenden vier Dekaden wird die Zahl der auf der Erde lebenden Menschen von jetzt gut sechs auf dann rund neun Milliarden Menschen steigen. Die Zahl derer, die in Industriegesellschaften leben, wird sich im gleichen Zeitraum auf rund vier Milliarden Menschen verdreifachen. Aber die Rohstoffe unseres Planeten sind ebenso begrenzt wie die zu bebauende und zu bewirtschaftende Fläche. Luft und Wasser sind kostbare Ressourcen, von deren Qualität wir abhängig sind. Und auch Energie ist nicht unerschöpflich vorhanden. Aber nicht nur knappe Ressourcen und steigende

Preise werden zu einem gesellschaftlichen Thema, auch die ökologischen Folgen des gegenwärtigen globalen Industrialisierungs- und Wachstumsschubs und deren finanzielle Folgen werden zu den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Nicholas Stern, der ehemalige Chefvolkswirt der Weltbank, hat die ökonomischen Kosten des Klimawandels auf bis zu 20 % des globalen BIP geschätzt.

Wir brauchen eine Politik, die dem veränderten Zusammenspiel von Umwelt und Wirtschaft Rechnung trägt, eine Politik, die aus ökonomischen Gründen die ökologischen Fragen aufgreift und ernst macht mit dem Gedanken der Nachhaltigkeit. Ökologische Industriepolitik setzt darauf, wirtschaftliches Wachstum vom Ressourcenverbrauch abzukoppeln. Märkte allein werden das nicht können. Und wir brauchen einen Ordnungsrahmen, um die ökologische Dimension beherrschbar zu machen. Wenn wir den Klimawandel stoppen wollen, brauchen wir eine Reduktion der CO₂-Emissionen in Deutschland und den Industriegesellschaften in der Größenordnung von 80 – 95 % bis zum Jahre 2050. Das setzt eine dritte industrielle Revolution voraus, die die Energie- und Ressourceneffizienz ins Zentrum ihres Wirtschaftens setzt.

Deutschland emittiert ca. 3 %, die USA ca. 20 % und die Industrieländer ca. 75 % der Welt-CO₂-Emissionen. Der Zuwachs an CO₂-Emissionen in den nächsten Jahren wird vor allem aus Ländern wie Indien und China kommen. Diese Länder haben einen gewaltigen ökonomischen Nachholbedarf um ihre enormen sozialen Probleme lösen zu können. Und diese Länder verweisen mit Recht darauf, dass ca. 90 % aller historischen Emissionen von den heutigen Industrieländern zu verantworten sind.

Ein Amerikaner ist heute für 22 Tonnen CO₂ ein Deutscher für 12 Tonnen CO₂, ein Chinese für 4 Tonnen CO₂ und ein Inder für 1 Tonne CO₂ verantwortlich. Deshalb fordern die Entwicklungsländer, dass die Industrieländer einem Grundprinzip der Umweltpolitik, dem Verursacherprinzip, Rechnung tragen. Die Industrieländer müssen als erste ihre Emissionen drastisch reduzieren und vor allem zeigen, dass ökonomisches Wachstum, soziale Entwicklung und nachhaltiges Wirtschaften zusammen gehen. Nur dann werden auch die Entwicklungsländer bereit sein, zu einem späteren Zeitpunkt ihre CO₂-

Emissionen zu senken. Sie erwarten von den entwickelten Ländern zu Recht, dass wir sie u.a. bei Themen wie Anpassung an den bereits stattfindenden Klimawandel und den Einstieg in eine CO₂-reduzierte Produktionsweise unterstützen. Dies erfordert eine Politik der neuen Solidarität zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern und eine Politik eines erneuerten Multilateralismus. Eine solche Politik braucht globale verbindliche Übereinkünfte beim Thema Klimawandel, Sicherung der Biodiversität und beim internationalen Waldschutz.

Es geht um einen fairen Interessenausgleich zwischen globaler Verantwortung, ökonomischem Wachstum als Grundlage für soziale Entwicklung und die Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Dazu sind neue institutionelle Strukturen und Verträge sowie ein Finanzausgleich erforderlich. Nur so werden wir unserer Verantwortung gerecht, und nur so kann es eine wirkliche Zivilisationspolitik geben.

Eine Linke ist dann stark, wenn sie in der Lage ist, diese Richtungsfragen zu thematisieren. Sie muss wieder ein Labor sein für das Verständnis der Gesellschaft und „ein Ort des politischen Raums“ (Noberto Bobbio: Ebd. S. 71).²² Dabei muss sie konkret sein und sich nicht verlieren in geschichtsphilosophischen Betrachtungen und Debatten. Sie braucht ein Reformprojekt, das gestaltet und Zukunftsoptionen sichert. Sie braucht auch einen utopischen Überschuss. Der Satz: „Wer Visionen hat, gehört ins Krankenhaus“, ist kein linker Satz, er ist zutiefst konservativ. Die Linke darf, wie Ernst Bloch es einmal formuliert hat, das „noch nicht“ nicht aufgeben. Eine Linke, die dies tut, hat sich aufgegeben.

¹ Peter Sloterdijk, *Im Weltinnenraum des Kapitals*, Frankfurt 2006.

² Peter Glotz, *Die Linke nach dem Sieg des Westens*, Stuttgart 1992, S. 52.

³ Dick Morris, *The new prince*, Los Angeles 1999.

⁴ vgl. u.a. Anthony Giddens, *Der dritte Weg, Die Erneuerung der Sozialdemokratie*, Frankfurt 1999.

⁵ vgl. Franz Müntefering, Matthias Machnig (Hrsg.), *Sicherheit im Wandel, Neue Solidarität im 21. Jahrhundert*, Berlin 2001

- ⁶ Norbert Bobbio, Rechts und Links, Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung, Berlin, 4. Auflage 2006, S. 71.
- ⁷ Chantal Mouffe, Über das Politische, Wider der kosmopolitische Illusion, Frankfurt 2007
- ⁸ Ulrike Schäfer, Der Crash des Kapitalismus, Frankfurt 2009.
- ⁹ Rüdiger Safranski, Wieviel Globalisierung verträgt der Mensch, München, Wien 2003, S. 19.
- ¹⁰ Ebd. S. 22
- ¹¹ George Lakoff, Elisabeth Wehling, Auf leisen Sohlen ins Gehirn, Politische Sprache und ihre heimliche Macht, Heidelberg, 2007, S. 67 f.
- ¹² Sigmar Gabriel, Links neu denken, Politik für die Mehrheit, München, Zürich, 2008, S. 66 f.
- ¹³ Roberto Mangabeira Unger, Wider den Sachzwang, Für eine linke Politik, Berlin 2007, S. 7/8
- ¹⁴ Peter Glotz, Die Linke nach dem Sieg des Westens, Stuttgart 1992, S. 96
- ¹⁵ Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt 2004
- ¹⁶ Hans Jonas, Das Prinzip Verantwortung, Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt 1984
- ¹⁷ Roberto Mangabeira Unger, ebd. S. 23
- ¹⁸ Robert B. Reich, Supercapitalism, The Transformation of Business, Democracy, and Everyday Life, New York 2007
- ¹⁹ BMU, Ökologische Industriepolitik, Berlin 2008
- ²⁰ DIW, Ergebnisse des sozioökonomischen Panels, Berlin 2009
- ²¹ Heinz Bude, Die Ausgeschlossenen, Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München 2008
- ²² Norberto Bobbio, ebd. S. 71.

Prof. Dr. Johano Strasser

WAS IST LINKS?

|

Dass es keinen Sinn mehr mache, links und rechts zu unterscheiden, gilt heute vielen als ausgemacht - den einen, weil sie den gesellschaftlichen Status quo in neuhegelischer Manier als das letzte Wort der Geschichte betrachten („das Wirkliche ist vernünftig“), den anderen, weil ihnen angesichts der Komplexität der modernen Gesellschaft die alten Richtungsbegriffe als allzu grob und durch die reale Entwicklung überholt erscheinen, einer dritten Gruppe, weil sie Linkssein als Parteinahme für jene Parteidiktaturen missverstanden, die seit dem Zerfall der Sowjetunion verschwunden sind. Vielleicht gibt es auch noch eine vierte Gruppe, die einfach keine Lust mehr hat, mit Not und Elend, mit gesellschaftlichen Konflikten und Fragen der Gerechtigkeit, überhaupt mit nervenden Unterscheidungen im Politischen behelligt zu werden.

Schon als in den 70ern die ökologischen Fragen sich dem politischen Bewusstsein aufdrängten, erklärten viele die Unterscheidung zwischen links und rechts für obsolet. Nach 1989 hat ihre Zahl noch einmal sprunghaft zugenommen, auch unter den früher sich als links definierenden Intellektuellen. Ob sie sich nun altersweise, sanft resigniert oder zynisch gewendet geben, als Linke möchten sich die meisten von ihnen heute nicht mehr einordnen lassen.

Und das kleine Häufchen derer aber, die sich dem Zeitgeist entgegenstemmen? Es strotzt auch nicht gerade vor Selbstbewusstsein.

Die alten Gewissheiten, die großen gesellschaftsstrategischen Entwürfe, das Bewusstsein, auf der richtigen Seite zu stehen und die Geschichte selbst zur

Verbündeten zu haben, all das ist bohrendem Selbstzweifel gewichen. Nicht erst seit 1989.

II

Die alte von Hegel auf Marx überkommene geschichtsmetaphysische Überzeugung, dass der Gang der Geschichte selbst, seiner inneren Logik folgend, auf die große Befreiung programmiert sei, kann Hoffnung nicht mehr nähren. Spätestens seit dem 5. August 1945, dem Tag, an dem die erste Atombombe abgeworfen wurde, wissen wir, dass die Geschichte auch in der kollektiven Auslöschung der Menschheit enden könnte, und seitdem sind weitere Gründe hinzugekommen, die den universalhistorischen Optimismus in Frage stellen. Wenn wir aber nicht mehr mit der Universalgeschichte paktieren können, müssen wir selbst Bilder einer lebenswerten Zukunft entwerfen. Für diejenigen, denen pragmatische Kleinarbeit nicht genügt, die sich als Akteure in einem universalgeschichtlichen Drama sehen möchten, kann dies das Ende ihres linken Engagements bedeuten.

III

Nach den historischen Verirrungen des Leninismus und erst recht nach der Katastrophe des Stalinismus kann eine ernst zu nehmende Linke meiner Meinung nach heute nur eine Bewegung sein, die sich vom Universalismus der Freiheit lenken lässt. Die Sozialdemokratie, so wie ich sie verstehe, stellt sich im Gegensatz zu erheblichen Teilen der Linkspartei ohne Vorbehalte in die freiheitliche Tradition des Westens, nicht um bei dem im Kapitalismus bisher erreichten Maß der Freiheit stehen zu bleiben, sondern um nach Möglichkeit darüber hinauszugelangen.

Das bedarf der Erläuterung, weil üblicherweise Freiheit eher mit den Liberalen assoziiert wird, und die Linke eher für Gerechtigkeit und Solidarität zuständig erklärt wird, wenn man nicht überhaupt mit Hinweis auf den Stalinismus und seine Folgen die Linke pauschal zu einer freiheitsfeindlichen Bewegung erklärt.

Bis weit ins 18. Jahrhundert hinein war von Freiheit so gut wie immer nur im Plural die Rede. Freiheiten waren im Grunde Privilegien: des Adels, der Zünfte, der reichsfreien Städte, die gegen die Zentralgewalt absolutistischer Staaten verteidigt werden mussten. Erst im 18. Jahrhundert wird Freiheit zum Singular: als Sammelbegriff von Rechten, die im Prinzip für alle Menschen gelten. Hier liegt das große historische Verdienst der Aufklärung und des politischen Liberalismus. Die Arbeiterbewegung knüpft in dieser Hinsicht durchaus an den politischen Liberalismus an, fragt aber darüber hinaus nach den Realbedingungen universeller Freiheit.

Die Pointe der Arbeiterbewegung gegenüber dem politischen Liberalismus besteht darin, dass sie den Blick auf die sozialen und kulturellen Voraussetzungen lenkt, die erfüllt sein müssen, damit alle Menschen von ihren Freiheitsrechten tatsächlich konkreten Gebrauch machen können. Wo Menschen alle ihre Zeit und Kraft aufwenden müssen, um ihre bloße Lebensfristung sicherzustellen wie in den Slums von Kalkutta, Rio oder Abidjan, bleibt die Proklamation der Meinungsfreiheit weitgehend folgenlos. Wo Menschen de facto keinen Zugang zu Bildung und Informationen haben und nicht über wirklich freie Zeit verfügen, können sie in aller Regel auch Partizipationsrechte nicht wahrnehmen. Bis heute besteht die Besonderheit des sozialdemokratischen Freiheitsverständnisses darin, dass es nicht nur, wie in der liberalen Tradition, universell gedacht ist, sondern auch die Verpflichtung enthält, die gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen und zu erhalten, unter denen möglichst alle Menschen von ihren Freiheitsrechten Gebrauch machen können. Die Orientierung an einer gesellschaftlich fundierten gleichen Freiheit markiert auch heute noch die Differenz zwischen links und liberal und links und rechts. Die Grundwerte des demokratischen Sozialismus, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bilden für Linke auch deshalb einen unaufhebbarer Zusammenhang, weil nur so das Ziel der gleichen Freiheit für alle erreichbar ist. Der Gleichheitsgedanke in dieser freiheitlichen Tradition hatte nie etwas mit öder Gleichmacherei zu tun. Ziel war nicht ein Gemeinwesen gleicher Individuen, sondern ein Gemeinwesen, in dem alle Menschen das gleiche Recht und die reale Möglichkeit haben sollten, ihre je unverwechselbare Individualität zu entfalten.

IV

Das Menschenbild, das dieser politischen Haltung zugrunde liegt, steht im deutlichen Gegensatz zu dem des heute vorherrschenden Ökonomismus. In der sozialistischen Tradition ist der Mensch stets zugleich Individuum und Sozialwesen. Als Individuum ist er mit unveräußerlicher Würde ausgestattet, er ist frei, sein Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, und für seine Handlungen verantwortlich. Entfalten kann er sich aber immer nur in der Auseinandersetzung mit seinen Mitmenschen, in Kooperation und Wettstreit mit ihnen. Der andere ist für mich nicht in erster Linie Konkurrent um knappe Ressourcen, sondern unentbehrlicher Spiegel meiner selbst, Partner und Bereicherung meiner Existenz. Es ist ein tragischer Irrtum, zu glauben, dass Menschen sich nur auf Kosten anderer entfalten könnten, dass es zu ihrem Besten ist, wenn sie möglichst viele Güter an sich reißen und sich die Zumutungen anderer möglichst vom Halse halten.

Der Mensch ist nicht nur Individual- und Sozialwesen, sondern auch Naturwesen. Er ist Teil der ihn umgebenden Natur und zugleich aus ihr herausgehoben als ihr Gestalter. In der bisherigen Geschichte hat der Menschen die außermenschliche und die menschliche Natur mit Hilfe von Wissenschaft und Technik dramatisch verändert – zu seinem Vorteil, aber zunehmend auch zu seinem Schaden. Erst die fortschreitende Zerstörung der Umwelt hat uns wieder in Erinnerung gerufen, was wir eigentlich immer wussten, dass wir als Menschen nur lebensfähig sind, wenn wir die uns umgebende und tragende Biosphäre bewahren.

V

Das historische Desaster der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Musters lehrt uns, dass komplexe Gesellschaften ohne das Instrument des Marktes nicht auskommen können. Wichtig ist aber, zu begreifen, dass Markt und Kapitalismus nicht dasselbe sind. Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, in dem allein oder vor allem das Kapital bestimmt, was, wo und unter welchen

Bedingungen produziert wird und wer wie viel vom Erwirtschafteten bekommt. Marktwirtschaft ist aber auch möglich, wenn die Interessen von Kapital und Arbeit, von Konsumenten und Bürgern gleichrangig berücksichtigt werden, wenn der Staat die Schwachen schützt und die Interessen der künftigen Generationen wahrnimmt. Marktwirtschaft ist nötig, weil nur so die wirtschaftliche Dynamik und Flexibilität erhalten werden kann, ohne die eine moderne Gesellschaft nicht zuverlässig mit einer großen Zahl von Gütern und Dienstleistungen versorgt werden kann, und weil sonst der wissenschaftlich-technische Fortschritt stagnieren würde. Eine Linke, die mit dem Kapitalismus auch gleich den Markt beseitigen will, hat aus der Geschichte nichts gelernt. Sie bringt die Quellen des gesellschaftlichen Reichtums zu versiegeln, den sie gerecht verteilen will.

VI

Seit den frühen 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts ist das Bewusstsein für die Gefährdungen der natürlichen Lebensbasis gewaltig angewachsen. Dennoch haben auf fast allen Gebieten die Zerstörungen der Umwelt weiter zugenommen. Der Klimawandel mit schon jetzt klar erkennbaren desaströsen Folgen macht eine ökologische Wende im Wirtschaften und im Lebensstil unabweisbar. Wer verhindern will, dass in großen Teilen Afrikas die Menschen ihre ohnehin prekäre Ernährungsbasis verlieren, dass Naturkatastrophen und Kriege um die versiegenden Rohstoffquellen immer mehr Opfer und Kosten verursachen, dass die Folgekosten des wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Fortschritts auch bei uns schließlich seine positiven Wirkungen bei weitem übersteigen, wer künftigen Generationen die Chance zu einem Leben nach eigenen Vorstellungen erhalten möchte, muss jetzt handeln, entschlossen handeln. Unseren Kindern und Enkeln die gewaltigen Gefahren der Kernenergie und der damit verbundenen ungelösten Entsorgungsfrage aufzubürden, ist unverantwortlich und ungerecht. Darum muss die Linke ohne Wenn und Aber am Ausstieg aus der Atomtechnologie festhalten und den Umstieg auf regenerierbare Energien betreiben. Die ökologische Frage, das zeigt sich immer deutlicher, ist auch eine soziale, eine Gerechtigkeitsfrage. Auch deshalb muss jede moderne Linke eine ökologische Linke sein.

Soweit die grundsätzliche Positionsbestimmung. Sie mag eine vorläufige und allgemeine Orientierung bieten, aber in den politischen Tagesfragen ist keineswegs immer eindeutig, was daraus folgt. Dennoch lässt sich die Unterscheidung von links, liberal und rechts an einigen zentralen politischen Herausforderungen der heutigen Zeit auf ihren Erklärungswert testen.

VII

Wie ist die Lage heute? Den einst mächtigen Ostblock gibt es nicht mehr. Europa ist dabei, wieder ein – konfliktreiches, aber auf Kooperation angewiesenes - Ganzes zu werden, und zum ersten Mal in der Geschichte gibt es einen Weltmarkt im strikten Sinn des Wortes. Zwei Jahrzehnte marktradikaler Experimente unter den Bedingungen der Globalisierung liegen hinter uns. Sie haben neue Fakten geschaffen, die wir nicht ignorieren können. Sie haben aber auch – zuletzt besonders nachdrücklich durch die Bankenkrise - gezeigt, dass der Markt, wenn er nicht politisch reguliert und eingehegt wird, zerstörerisch wirkt, das er ganze Volkswirtschaften ruinieren kann, dass er zur Spaltung der Gesellschaft und zur Schwächung der Demokratie, in Teilen der Welt sogar zur Zerstörung aller staatlichen Ordnung führt.

Die marktradikalistische Umwälzung, deren Zeugen wir in den letzten zwei Jahrzehnten geworden sind, ist einerseits das Ergebnis autoritärer Entscheidungen, an denen die Masse der betroffenen Menschen so gut wie keinen Anteil haben. Andererseits nutzen ihre Propagandisten geschickt das moderne Pathos von Freiheit und Selbstbestimmung, um die Ökonomisierung aller Lebensbereiche und die Selbstinstrumentalisierung der Menschen zu ökonomischen Zwecken mit der Zustimmung der Betroffenen voranzutreiben. Für immer mehr Menschen reduziert sich Freiheit einerseits auf die Zumutung zu flexibler Anpassung an Verwertungsbedingungen, auf deren Ausgestaltung sie keinerlei Einfluss haben, andererseits auf die Wahl zwischen vorgegebenen Kosumalternativen. Die aktive - politische - Seite der Freiheit, die kooperative Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse durch die Menschen, gerät dabei zunehmend aus dem Blick.

Heute sind es die Propheten des deregulierten globalen Kapitalismus, die einen neuen Menschen schaffen wollen, einen Menschen, der sich selbst nach dem Maßstab seiner ökonomischen Verwertbarkeit (employability) schnell und immer schneller wechselnden Anforderungen anpasst. Ziel der neoliberalen Menschendressur, wie sie sich in modernen Managementkonzepten und in der modernen Arbeitsorganisation niederschlägt, ist die Verinnerlichung der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten und Herrschaftsverhältnisse. Nicht mehr die aktive Gestaltung des eigenen Lebens durch die autonomen kooperierenden Individuen gilt als Lebensideal, sondern die umfassende Selbstinstrumentalisierung für fremd gesetzte Zwecke. Wo diese Tendenz sich durchsetzt, wird Leben zum Gebraucht-Werden-Können, d.h. zu einem Leben im Passiv.

Der 'Neoliberalismus' macht sich das moderne Pathos der Emanzipation und der Entgrenzung zunutze, um alles als beengenden Traditionalismus zu ver-teufeln, was dem von ihm propagierten 'Fortschritt' im Wege steht. In dieser Sicht behindert die Familie die Mobilität und damit die freie Entfaltung der Individuen, stellen die vielfältigen Formen nicht monetär vermittelter Arbeit wie Eigenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und nachbarschaftliche Kooperation nichts als ineffiziente Restformen früherer Produktionsverhältnisse dar, ist der Sozialstaat eine Vergeudung von Geld und eine unverantwortliche Modernisierungsbremse, die tradierte Moral ein ärgerliches Handelshemmnis. Das Ziel dieses totalitären Liberalismus ist es, die Gesellschaft als ganze der ökonomischen Rationalität zu unterwerfen, d.h. von der Marktwirtschaft zur Marktgesellschaft fortzuschreiten.

Im Marktstaat, wie ihn die Neoliberalen empfehlen (vgl. Philip Bobbitt, *The Schield of Achilles*), wird alles zur Ware: Kultur, Bildung, Absicherung gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit, Altersvorsorge, Schutz vor Verbrechen und Gewalt. Wenn aber alles zur Ware wird, läuft dies darauf hinaus, dass die Spaltung der Gesellschaft vertieft wird, weil einige sich Kultur, Bildung und Sicherheit leisten können und andere nicht. Darum muss jede Linke heute entschlossen gegen die Privatisierungswut der Neoliberalen antreten, die Rehabilitierung des öffentlichen Sektors betreiben und am Primat der Politik festhalten.

Zwei Jahrzehnte marktradikaler Experimente haben überall auf der Welt, auch bei uns in Deutschland, die Kluft zwischen Arm und Reich weiter aufgerissen und eine neue Unterschicht geschaffen, für die wir neuerdings den keimfreien Begriff des Prekariats erfunden haben. Eine freiheitliche Linke die für gleiche Lebenschancen für alle eintritt, muss angesichts dieser Entwicklung alle Maßnahmen unterstützen, die eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums fördern und die Lebenschancen auch des unteren Fünftels der Gesellschaft verbessern. Sie darf sich aber nicht als ausschließlich Interessenvertretung des unteren Fünftels der Gesellschaft verstehen, sondern muss ein breiteres gesellschaftliches Bündnis suchen, um die gefährliche Spaltung der Gesellschaft zurückzuführen. Die Linke steht für Solidarität und für den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft.

VIII

Zu den wichtigsten Ursachen der Armut gehören Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung. Ein zentrales Thema der Linken ist und bleibt daher die Zukunft der Arbeit. Dabei gilt: Wer über die Zukunft der Arbeit Aussagen machen will, muss zunächst klären, was die Arbeit der Zukunft ist. Rationalisierung und Automation nehmen im digitalen Zeitalter sprunghaft zu. Vermutlich werden auf lange Sicht – jedenfalls im Marktsektor - alle Arbeiten automatisiert, in denen die Arbeitsvollzüge vollständig definiert und berechnet werden können. Heißt dies, dass der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht? Keineswegs. übrig bleibt als von Menschen zu verrichtende Arbeit vor allem das, was nicht automatisiert werden kann, und das ist eine ganze Menge: leitende und beratende Tätigkeiten in Wirtschaft und Verwaltung, Marketing und Werbung, handwerkliche Arbeiten, künstlerische Produktion, Erfinden, Planen, Entwickeln, Warten, Reparieren, personenbezogene Dienstleistungen, Kommunizieren, Motivieren, Lernprozesse organisieren, schöpferisch sein, mit Menschen umgehen, sich kümmern, trösten, pflegen - alles das, was Maschinen nun einmal nicht können.

Alle diese Tätigkeiten sind ihrer Natur nach personalintensiv, nicht geeignet für Rationalisierung des üblichen Typs und für Automation. Die Ersetzung des Lehrers durch den Computer, der Pflegerin durch den Monitor ist keine

Rationalisierung, sondern Unsinn. Weil Rationalisierung im üblichen Sinn hier nicht greift, gelten diese Tätigkeiten heute als übermäßig kostspielig. In unserem System der sozialen Sicherung tragen sie, eben weil sie personalintensiv sind, darüber hinaus proportional weitaus mehr zur Finanzierung der sozialen Leistungen bei als der hoch rationalisierte Sektor. Denn die Sozialabgaben berechnen sich nach der Zahl der Beschäftigten, bzw. nach der Lohnsumme, nicht nach der Wertschöpfung.

Wer die Arbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen und die Erledigung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit sichern will, muss also dafür sorgen, dass die steuer- und finanzpolitische Privilegierung des Maschinensektors beendet, die Wertschöpfung in diesem Sektor mehr als bisher zur Finanzierung jener Aufgaben herangezogen wird, die nur mit menschlicher Arbeit geleistet werden können. Nur so können die Finanzmittel aufgebracht werden, ohne die gesellschaftlich notwendige menschliche Arbeit nicht erledigt werden kann; nur so kann durch Investitionen in Gesundheit, Pflege, Bildung und Forschung der große und wachsende Bedarf an personenbezogenen Dienstleistungen gedeckt werden; nur so kann auch die wachsende Binnennachfrage entstehen, die auch der Maschinensektor braucht, um seine Produkte abzusetzen.

IX

Eine moderne Linke muss bei den notwendigen Korrekturen der Marktverteilung darauf achten, das Funktionieren der Marktwirtschaft nicht zu gefährden. Denn auch das ist eine Lehre der Geschichte, die eine moderne Linke sich zu Herzen nehmen muss: In hochkomplexen Gesellschaften wie der unsrigen ist der Markt als Instrument der Feinsteuerung der Wirtschaft durch nichts zu ersetzen. Andererseits – und das ist in den letzten zwei Jahrzehnten eben auch deutlich geworden - wäre es grundfalsch, alle Lebensbereiche der Marktlogik zu unterwerfen. Die Marktgesellschaft, die den Neoliberalen vorschwebt, ist ebenso totalitär wie eine Gesellschaft, in der alle Lebensbereiche der politischen Logik oder religiöser Dogmatik unterworfen sind. Eine moderne Linke steht für die Einhegung des Marktes durch demokratische Willensbildung und sozialstaatliche Logik und für die Ergänzung des Marktsektors durch einen leistungsfähigen öffent-

lichen Sektor. Und sie besteht darauf, dass menschliche Aktivitäten und Beziehungen, erst recht politisches Handeln nicht auf ökonomische Vorteilskalküle und Tauschgeschäfte reduziert werden dürfen.

X

Viele Probleme, die sich uns heute stellen, sind auf der nationalen Ebene nicht oder nicht zufrieden stellend lösbar. Die Europäische Union als politischer Aktionsraum wird immer wichtiger. Linke müssen entschiedene Befürworter aller Schritte sein, die die Handlungsfähigkeit der sich herausbildenden europäischen Mehrebenendemokratie erhöhen. Damit die Brüsseler Bürokratie nicht mehr vordringlich neoliberale Freihandelsinteressen durchzusetzen versucht, sondern endlich dem Mehrheitswillen der Menschen Europas unterworfen wird. Damit das Kapital nicht mehr die Möglichkeit hat, die einzelnen Länder der EU gegeneinander auszuspielen. Was wir in Europa brauchen, ist eine Harmonisierung der Besteuerung und die Einigung auf ein Mindestniveau sozialer Sicherung, eine abgestimmte europäische Außenpolitik, auch um ein Gegengewicht gegen die zur Zeit höchst abenteuerliche Politik der USA zu bilden, eine europäische Energie-, Infrastruktur- und Industriepolitik und vor allem strenge europaweit gültige Maßstäbe für ökologisches Wirtschaften. Wir brauchen all dies, weil wir auf diesen und auf anderen Feldern im nationalen Rahmen an Grenzen der politischen Gestaltungsfähigkeit gelangen.

Gleichzeitig sollte die Linke sich entschieden gegen einen europäischen Zentralstaat aussprechen. Sie muss autonome Gestaltungsmöglichkeiten auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene verteidigen. Der Subsidiaritätsgedanke sollte für die Konstruktion der europäischen Mehrebenendemokratie leitend sein.

XI

Es ist eine traurige Tatsache, dass die Welt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation im Ganzen nicht friedlicher geworden ist. Alte, lange eingefrorene Konflikte sind wieder aufge-

brochen, neue sind hinzugekommen, in Afrika sind ganze Staaten zerfallen und zur Beute von Warlords und ihrer kapitalistischen Hintermänner geworden, der internationale Terrorismus hat sich zu einer weltweiten Bedrohung entwickelt und die allein verbliebene Supermacht USA hat sich in den letzten Jahren der gefährlichen Illusion hingegeben, mit ökonomischem Druck und militärischen Mitteln ohne Rücksicht auf die UNO und ihre europäischen Verbündeten die Welt nach ihren einseitigen Vorstellungen befrieden zu können. Die Linke in der SPD muss angesichts der labilen gegenwärtigen Weltlage auf eine aktivere Rolle Europas und eine Stärkung der Vereinten Nationen setzen. Ziel muss letztlich sein, weltweit gültige Rechtsnormen, eine ihnen entsprechende Gerichtsbarkeit und ein globales Gewaltmonopol unter der Ägide der UNO durchzusetzen. Nur so ist eine dauerhafte neue Weltordnung des Rechts möglich. D.h. für die Linke aber zugleich, dass sie, auch wenn das vielen, die wie ich in der pazifistischen Tradition aufgewachsen sind, schwer fällt, Frieden schaffende und Frieden bewahrende Maßnahmen der UNO, selbst wenn sie militärische Gewalt implizieren, unterstützen muss.

was ist?

liberal

Hans-Jürgen Beerfeltz

WAS IST LIBERAL?

Sehr gern bin ich heute als FDP-Vertreter zu Ihnen gekommen und zugleich auch außerordentlich selbstbewusst. Selten in unserer Geschichte hat die FDP besser dagestanden als heute. In den Umfragen sind wir stabil zweitellig, wir sind die einzige Partei mit Mitgliederzuwachs, allein 2008 sind mehr als 6000 Menschen neu in die FDP eingetreten, wir gewinnen von Wahl zu Wahl weiter dazu, über die Länderregierungen, an denen wir beteiligt sind, regiert die FDP mehr als 50 Mio. Deutsche mit.

Sehr gern bin ich hier, weil ich eine FDP vertrete, die in den letzten Jahren auch an Alleinstellung gewonnen hat. In dieser Alleinstellung sehen wir uns als einzig verbliebene Partei für mehr Freiheit und mehr Marktwirtschaft in Deutschland. Und „Neo-Liberale“ betrachten wir nicht als Schimpfwort sondern als Auszeichnung.

Manche behaupten, dass zuviel Liberalismus ein Mit-Verursacher der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise sei. Zuviel Liberalismus haben wir in Deutschland (leider) noch nie gehabt. Zuviel Konservatismus mit seinen reformfeindlichen Beharrungstendenzen hatten und haben wir in Deutschland und zuviel Sozialismus sowieso mit seinem prinzipiell stets freiheits-skeptischen Politikideal. Liberalismus ist nicht der Verursacher der Krise, sondern ein möglicher, ein guter Ausweg aus der Krise.

Und ich will generell deutlich machen, dass gerade unter den heutigen Bedingungen der Globalisierung wir in der FDP sehr selbstbewusst davon ausgehen, dass unsere mit dem Liberalismus verbundene Weltanschauung am besten dafür geeignet ist, dass Deutschland sich friedlich, rechtsstaatlich und

sozial weiterentwickeln kann. Nicht weniger, sondern mehr Freiheit wird jetzt in der Rezession wichtig sein.

Libérale Werte vertreten wir heute offensiver denn je. Vielleicht überzeichnen wir dabei auch manches und ich will hier auch gern überzeichnen – schon im Interesse von Unterhaltungswert und Aufmerksamkeit. Wenn ich sage, dass unser Land heute eher auf dem Rückweg in die DDR ist als auf dem Weg nach vorn ist, dann ist das eine ganz bewusst gewählte Überspitzung.

Soviel Alleinstellung gerade mit den Werten des Liberalismus hatte die FDP lange nicht mehr. Früher hatte sich die FDP oft damit begnügt, Partei zu sein für Mitte und Maß. Das war aber nicht Maß im Sinne von Mesotes bei Aristoteles. Es war eher Mittelmaß. Das große L des Liberalismus war sozusagen eingeklemmt zwischen Mitte und Maß. Die FDP war überall irgendwie dazwischen, zwischen den anderen Parteien, eine Art Kraft des Ausgleichs in der Gesellschaft und im politischen System, manchmal ein ganz wichtiger Faktor für die notwendige Stabilität und Kontinuität des politischen Systems auf der einen Seite und den notwendigen Reformen und Veränderungen auf der anderen Seite, aber für viele doch nichts anderes als ein „Waagsscheißerle“, welches mal der einen oder der anderen größeren Partei zum Regieren verhalf.

Die FDP hatte in vielerlei Hinsicht eine funktionale Nischenexistenz, sie wurde in den Augen der Menschen in erster Linie aus funktionalen Gründen zur Regierungsbildung gebraucht, viel weniger aber wegen ihrer Inhalte. Entsprechend war sie auch eine 6-Prozent-Partei, mal drinnen und mal draußen bei den Landtagswahlen, ohne ausreichend wahrnehmbares inhaltliches Profil und ohne ausreichende Eigenständigkeit.

Egal wie sehr uns manche mögen oder nicht: Alleinstellung hat die FDP heute mehr denn je – jenseits aller anderen Parteien und das zeigen auch Tiefen-Analysen aus dem Bereich Meinungs- und Sozialforschung.

Wie viel davon ist eigenes Verdienst der FDP durch stärkere Grundsatzzpositionierung oder in wie weit profitiert die FDP von der Schwäche der

anderen, insbesondere von der Staatsorientierung der Großen Koalition und vom so genannten Linksrutsch in Deutschland? Natürlich profitiert die FDP auch von einer Entwicklung, bei der die SPD der PDS hinterher läuft und die CDU der SPD. Da ist der Raum für marktwirtschaftliche und freiheitliche Politik fasst automatisch größer. Aber es ist wie im Fußball. Wenn die anderen Fehler machen, muss man trotzdem noch selbst die Tore schießen. Ganz offensichtlich jedenfalls – so die Umfrageentwicklung und die Wahlergebnisse – gefällt einer wachsenden Zahl von Menschen in Deutschland das politische Angebot der FDP. Und viele vermissen bei den anderen Parteien immer stärker das klare und geschlossene Konzept.

Die Grünen haben sich inzwischen inhaltlich und innerlich von Joschka Fischer verabschiedet, die SPD hat sich von Gerhard Schröder verabschiedet und Angela Merkel von sich selbst. Jemand wie Friedrich Merz ist bei der CDU im mentalen Exil, jemand wie Oswald Metzger bei den Grünen ausgetreten, jemand wie Wolfgang Clement aus der SPD herausgeekelt worden. Dahinter stehen gewaltige Verschiebungen der Parteienlandschaft, aber eben auch gewaltige innerparteiliche Verschiebungen, die sich auf die grundlegenden Konzepte und Visionen beziehen und Richtungsveränderungen markieren.

Sie erinnern sich noch an die zaghaften Reformschritte von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit der Agenda 2010? Wer hätte auch nur im Traum gedacht, dass diese kleinen Reformschritte eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers ausgerechnet von einer christdemokratischen Bundeskanzlerin rückabgewickelt werden. Wer hätte auch nur im Traum gedacht, dass eine christdemokratische Bundeskanzlerin Mindestlöhne einführt und mit den Sozialdemokraten freundlich über die Begrenzung von Managergehältern redet.

Und angesichts des heutigen erreichten Grades an Staatswirtschaft in Deutschland, an erreichter Bürokratie und an Reglementierungen – vom Antidiskriminierungsgesetz über den Gesundheitsfonds, vom BKA-Gesetz bis zur Computer-Durchsuchung, bis zur Höhe der Steuern und Abgaben, da hätte – polemisch ausgedrückt – Erich Honecker mit seiner Ehefrau Margot am häuslichen Kamin in Wandlitz gesessen, da hätten die Honeckers eine Flasche

Rotkäppchen aufgemacht und auf den Endsieg des Sozialismus getrunken. Aber wer jetzt Angst bekommt vor der zunehmenden Ver-Ostung unserer Republik, dem sei Trost gespendet, Rettung naht, und das natürlich durch eine FDP, die sich eben wie selten zuvor sehr klar an liberalen Grundsätzen ausrichtet.

Natürlich wäre es jetzt hier viel zu einfach, sich nur an aktuellen politischen Entwicklungen abzuarbeiten. Ich will natürlich tiefer begründen, warum der Liberalismus in Deutschland und seine Partei, die FDP, dazu gewinnt. Wir haben an Breite gewonnen, weil wir an Tiefe gewonnen haben. Liberalismus ist für uns in der FDP heute zu allererst eine Geisteshaltung. Wir begreifen jedermanns individuelle Freiheit als normative Grundlage unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Wir stellen das Individuum in das Zentrum unserer politischen Philosophie. Wir wollen die Freiheiten des einzelnen Menschen stärken, wir wollen jede Form geistiger, sozialer, politischer oder staatlicher Zwänge bekämpfen. Wir stehen für das Recht auf Selbstbestimmung, wir stehen für die Beschränkung politischer Macht, wir stehen für die Freiheit des Einzelnen auch gegenüber dem Staat und wir stehen für die soziale Marktwirtschaft – übrigens in klar neo-liberaler Tradition geprägt von Erhard/Müller-Armack.

Auch Liberale stehen selbstverständlich für die Grundwerte der französischen Revolution, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Aber für uns haben Gleichheit und Brüderlichkeit eine dienende Funktion gegenüber der Freiheit. Und in den unzähligen Spannungsfeldern z. B. zwischen Freiheit und Gleichheit, da gilt für uns immer „in dubio pro libertate“. So hat das Werner Maihofer als Mitautor der früheren Freiburger Thesen der FDP von 1971 formuliert. Wir wenden Freiheit wie eine Messlatte auf jedes politische Problem an. Wir fragen uns, ob mit möglichen Lösungen eines Problems Freiheit erweitert wird oder nicht. Wir sind natürlich zutiefst davon überzeugt, dass die größtmögliche Freiheit des Einzelnen auch die größtmögliche Freiheit und den größtmöglichen Wohlstand aller schafft.

Was bedeutet das heute angewendet auf die wichtigsten Rahmenbedingungen menschlicher Existenz in Deutschland? Fünf Punkte möchte ich nennen und daran auch die wachsende Zukunftsbedeutung des Liberalismus deutlich machen:

1. Der Liberalismus ist für eine wachsende Zahl von Menschen eine außerordentlich einleuchtende Antwort auf die Globalisierung. Große Mehrheiten mögen dazu neigen, sich in Zeiten zunehmender Globalisierung noch enger an die Staatssozialisten zu kuscheln. Aber eine wachsende Minderheit will genau das Gegenteil: gerade wegen der Schnelligkeit der Entwicklung und dem damit automatisch verbundenen zunehmenden Staatsversagen, gerade wegen des Gefühls der wachsenden Ohnmacht, in der sich der einzelne Mensch in den weltweiten Entwicklungen immer kleiner fühlt. Da will eine wachsende Minderheit eine politische Kraft, die den Einzelnen endlich wieder größer macht, die ihn wichtig macht mit seinen Leistungen, seinen Talenten, seinen Chancen. Liberalismus macht den Einzelnen größer.

2. Zwei Drittel der Deutschen glauben ganz stabil, dass unsere heutigen Probleme wegen zuviel Marktwirtschaft und zuviel Freiheit bestehen. Und die erliegen nur allzu gern den „Versuchungen der Unfreiheit“, wie das Ralf Dahrendorf (München 2006) genannt hat. Diese zwei Drittel in Deutschland haben mit ihrer Staatsgläubigkeit Hochkonjunktur, sie begegnen einer liberalen Kultur der Freiheit weitgehend mit Misstrauen und flüchten sich geradezu in eine Unkultur der Verbote. Hier entwickelt sich die heutige Wertediskussion eher weg vom Grundwert Freiheit. Da steht man als FDP dann scheinbar mit der Fahne der Freiheit ganz einsam und allein in der Ecke und müsste angesichts solcher Rahmenbedingungen chancenloser denn je sein. Aber es gibt eben nicht nur jene zwei Drittel, die meinen, von zuviel Marktwirtschaft enttäuscht sein zu müssen. Es gibt auch das andere Drittel, das in der Zukunft zu allererst Chancen sieht und nicht Risiken, das sich Freiräume wünscht für eigene Gestaltung, die sich geradezu gefoltert fühlen von zuviel Staat, Steuern, Bürokratie und Reglementierung. Deshalb gilt: wenn alle anderen Parteien immer sozialdemokratischer werden, dann muss es erst recht eine Partei für mehr Marktwirtschaft geben. Und wenn alle anderen Parteien immer stärker auf den Staat setzen, dann muss es erst recht eine Partei für mehr Freiheit geben in Deutschland. Liberalismus hat eine prinzipiell wachsende Eigenständigkeit.

3. In Deutschland nimmt die Bindungswirkung gesellschaftlicher Institutionen – gerade auch der Parteien – weiter ab. Die durchaus wachsende Wertesehnsucht der Menschen wird mit dem vorherrschenden politischen Pragmatismus aber eher erstickt, wachsende Orientierungslosigkeit begünstigt, mit zugleich sinkendem Konsens über zentrale gemeinsame Grundannahmen der westdeutschen Demokratie der Nachkriegszeit. Dieser Entwicklung begegnet die FDP mehr als andere Parteien mit nachhaltiger Programmarbeit. Die FDP hat in den letzten Jahren immer stärker programmatische Substanz aufgebaut und immer sehr konkret politische Lösungen angeboten, was offensichtlich in der liberalen Bürgergesellschaft, die wir wollen, zunehmend Menschen fasziniert und übrigens aus allen gesellschaftlichen Schichten in die heutige FDP bringt. Und diese Werte-Diskussion, die damit verbunden ist, darf eben nicht dem Zeitgeist folgen. Es kommt heute nicht darauf an, möglichst gut dem Geist der Zeit zu entsprechen, sondern der Zeit endlich wieder mehr Geist zu geben. Liberalismus bietet konzeptionelle Substanz unabhängig von populistischen Mode-Erscheinungen.

4. Der wachsende Sozialismus in Deutschland hat noch einen ganz anderen Nährboden, nämlich einen historischen durch die Geschichte des Calvinismus in Preußen. Viele haben ja 1990 bei der deutschen Einheit vorhergesagt, dass Deutschland insgesamt protestantischer werde und sozialdemokratischer. Und das hängt bei der großen Mehrheit der Osis mit einem tief verwurzelten Glauben an den fürsorglichen Obrigkeitsstaat zusammen. Und diesen Glauben gab es durch die preußischen Traditionen schon weit vor der DDR und er bricht sich eben heute Bahn in ganz Deutschland. Am Ende des 18. Jahrhunderts entstand in Preußen sogar ein ganz eigener Begriff von Freiheit, kurz gesagt: die Untertanen galten dann als frei, wenn sich der Staat optimal um sie gekümmert hatte. Preußen gibt es nicht mehr, aber dieser verquere Freiheitsbegriff vergiftet bis heute die Köpfe der Deutschen. Diese Freiheitsperversion einer Freiheit zu allererst durch den Staat führt wiederum beim Fanclub der Liberalen zur fast radikalisierten Gegenbewegung eines noch stärkeren Freiheitsdenkens im Sinn von Freiheit vom Staat. Das geht bis hin zur Frage, wie Freiheit, individuelle Freiheit, angesichts wachsender staatlicher Ohnmacht immer mehr in

der Bürgergesellschaft ohne Staat organisiert werden kann. Liberalismus ist Freiheitsbewegung, Liberale sind Freiheitskämpfer.

5. Die FDP hat mit ihrer Orientierung an der Freiheit des Einzelnen eine neue Chance für die bestmögliche Übereinstimmung von Inhalt und Form. Prof. Sarcinelli hat in einem neuen Beitrag zum Thema Kommunikationsreform sehr schön die Probleme der Parteiendemokratie in diesem Zusammenhang beschrieben: Im politischen Prozess seien die Parteien immer situations- und darum auch kommunikationsabhängiger geworden. Das stimmt natürlich. Und wer dabei auf bessere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und weiterhin auf die Medien in Deutschland setzt, der wird nicht ausreichend erfolgreich sein. Die FDP geht deshalb schon seit längerem einen anderen Weg. Wir untertunnel die Medien. Keine andere Partei macht soviel Dialog-Marketing wie wir, keine andere Partei versucht, die Menschen so direkt wie möglich zu erreichen. Unser Internet-Programm ist ein Erfolgsmodell, bei dem wir genauso viel Zugriffe haben wie CDU oder SPD, aber noch wichtiger sind unsere Kommunikationsplattformen und jeder hier kann sich selbst ein Bild darüber machen. Wir folgen damit dem so genannten Consumer Generated Campaigning und machen immer mehr Dinge interaktiv und ermöglichen zensurfreien Dialog. Bei uns können Sie über Slogans mitentscheiden oder über Kampagnen, sich über Hobbys austauschen oder über politische Themen, wir setzen ein breites Konzept zur Parteireform um. Deshalb ärgert es uns nicht, dass wir in der klassischen Medienberichterstattung aus unserer Sicht viel zu wenig vorkommen. Wir untertunnel die Medien und liegen damit im Trend der immer größer werdenden Bedeutung der neuen Medien. Die klassischen Medien verlieren nicht nur in der Info-Vermittlung an Bedeutung, sie verlieren mehr und mehr auch an Deutungshoheit.

Für die FDP als Partei für die Freiheit des Einzelnen heißt das natürlich, dass sie sich sowieso mehr als andere auch ganz besonders um den einzelnen Menschen kümmern muss. Deshalb ist für uns der neue direkte Dialog auch ein Stück Philosophie, jedenfalls mehr als ein Instrument. Das schafft eine hohe Übereinstimmung zwischen Form und Inhalt und trägt damit wiederum zur gewachsenen Glaubwürdigkeit bei. Liberalismus braucht und will nicht Massen-Medien sondern persönliche Ansprache.

Warum die FDP angesichts solcher wunderbarer Voraussetzungen nicht inzwischen noch viel größer ist, hat auch wichtige prinzipielle liberalismusbezogene Gründe. Einer der Gründe ist die dem Liberalismus immanente Verpflichtung zum Minderheitenschutz einschließlich eines sehr grundlegenden Misstrauens gegenüber Mehrheiten. Wer sich sehr prinzipiell avantgardistisch orientiert, der ist schwerlich allein mehrheitsfähig.

Eine entscheidende Wachstumsbarriere ist und bleibt der Charakter des Liberalismus. Wir machen Politik zum Wohl von Mehrheiten, aber wir sind nicht bereit, Politik an der Meinung von Mehrheiten auszurichten. Man kann vielleicht auch einfach so größer werden, mit attraktivem Personal, mit guten politischen Konstellationen, schönen Slogans aber man darf das niemals um jeden Preis wollen. Gerade in der Zeit von 2002, verbunden mit dem Namen Möllemann, war das doch ein Lackmuss-Test für die FDP gewesen. Größer werden ja, aber nicht durch Aufgabe liberaler Prinzipien. Wir wollen größer werden, aber mit unseren Werten, für unsere Werte und eben nicht, indem wir diese verstecken oder verbiegen.

Zum Schluss will ich unseren Freiheitsbegriff noch etwas mehr im Detail erläutern und mich dabei vor allem auf das nach wie vor gültige Grundsatzprogramm der FDP, die Wiesbadener Grundsätze von 1997, beziehen. In der FDP gibt es durchaus eine Diskussion, dieses Grundsatzprogramm heute weiter zu entwickeln. Das bezieht sich aber auf die Anwendung der Fundamente des modernen Liberalismus, nicht auf die Grundsätze selbst. Sie wären wenig wert, wenn sie nicht zeitlose Gültigkeit beanspruchen würden.

Ich habe dieses Grundsatzprogramm der FDP damals mitschreiben dürfen und drei Punkte sind mir zur liberalen Freiheitsdefinition besonders wichtig:

- 1. Freiheit ist Verantwortung.** Liberalismus will die größtmögliche Freiheit des Einzelnen, aber je größer die Freiheit, desto größer ist auch die Verantwortung des Einzelnen. Aus unserer Sicht begründet nur das Prinzip „Freiheit durch Verantwortung“ eine Bürgergesellschaft, in der Selbstorganisation und Mitmenschlichkeit das republikanische Gemeinwesen prägen. Liberalismus will in diesem Sinne immer Freiheit zur Verantwortung und

nicht etwa Freiheit von Verantwortung. Da hat die Politik in den letzten Jahren ein Trugbild gezeichnet, wonach der Staat Freiheit und Sicherheit in allen Lebenslagen garantieren könne, ohne dass die Menschen dafür selbst Verantwortung übernehmen müssen. Verantwortung wurde verstaatlicht, Solidarität zur staatlichen Dienstleistung gemacht. Und diese Trennung von Freiheit und Verantwortung macht eben aus Staatsbürgern Staatskunden. Liberale muten damit den Bürgern viel zu, aber Liberale trauen den Bürgern eben auch mehr zu als andere.

2. Freiheit ist Vielfalt. Das gilt für Gesellschaft und Wirtschaft wie für uns gleichermaßen. Vielfalt in der Marktwirtschaft heißt für uns Wettbewerb. Vielfalt in der Gesellschaft heißt für uns Toleranz. Für uns entfaltet sich die Dynamik der Freiheit gleichermaßen auf dem Markt der Ideen, der Entwürfe und der Lösungen wie auch auf dem Markt der Interessen und der Güter. Deshalb halten wir gesellschaftliche und wirtschaftliche Freiheit für unteilbar. Sie bedingen einander und fördern sich gegenseitig. Und deshalb wollen Liberale anstatt einer Staatswirtschaft der besten sozialen und ökologischen Absichten eine Marktwirtschaft mit besseren sozialen und ökologischen Ergebnissen. Nur mit Marktwirtschaft ist soziale Sicherheit auf hohem Niveau zu verwirklichen.

Liberale treten übrigens massiv dem Vorurteil entgegen, das wirtschaftliche Freiheit für rechts hält und gesellschaftliche Freiheit für links. Für Liberale verläuft die politische Grenze eben nicht zwischen rechts und links sondern zwischen freiheitlich und autoritär.

3. Freiheit ist Fortschritt. Für uns liegt das größere Risiko heute nicht darin, das Bestehende zu verändern, sondern darin, es nicht zu tun. Natürlich heißt Veränderung immer auch Risiko. Wer aber alle Risiken ausschließen will, der zerstört auch alle Chancen. Wir wollen Fortschritt durch Vernunft. Deshalb setzten Liberale gegen alle bestehende Zukunftsangst eine Zuversicht, die Zuversicht, durch Wandel neue Möglichkeiten zu eröffnen und gegen die rückwärtsgewandte Nostalgie der Modernisierungsverweigerer neue Chancen des Fortschritts zu schaffen. Aus unserer Sicht kann sich die Dynamik der Freiheit nur mit der Bereitschaft für Verände-

rungen entfalten. Und auch noch wichtig: Liberale setzten dem obrigkeitsstaatlichen Grundsatz „Was nicht erlaubt ist, ist verboten“ das rechtsstaatliche Prinzip entgegen „Was nicht verboten ist, ist erlaubt.“ Freiheit ist für uns auch Zukunftsverträglichkeit. Freiheit umfasst für uns auch die Freiheit jeder Generation, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Dazu gehört die Verpflichtung, auch die Freiheitschancen der Nachgeborenen zu bewahren und nicht durch Verbindlichkeiten und Verbrauch z. B. von natürlichen Lebensgrundlagen zu riskieren.

Mit diesen drei Punkten will ich unser Freiheitsverständnis weiter konkretisieren, denn so stellt sich die Ausformung der liberalen Freiheitsdefinition für uns in der liberalen Bürgergesellschaft dar. Und vielleicht dazu noch ein Kernsatz aus den Wiesbadener Grundsätzen, der m. E. wiederum die vielfach falschen Mentalitäten in Deutschland berührt und sich gegen alle richtet, die unseren Staat in erster Linie als Erziehungsanstalt für die Menschen betrachten. Es lautet: „Nicht der Staat gewährt den Bürgern Freiheit, sondern die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen ihrer Freiheit.“

Und zum Schluss noch ein Zitat: „Das Wort „liberal“ gehört zu den schönsten Begriffen, die unsere Sprache zu bieten hat, aber heutzutage wird es als Synonym für geistige Nachlässigkeit und schuldhafte Verantwortungslosigkeit missbraucht. Es hätte Besseres verdient, denn schon sein Klang hüpf über die Zunge wie Quellwasser über Kieselsteine, es atmet frische Luft und freien geistigen Austausch“ (Sir Peter Ustinov, Das Wunder von Winnipeg, 1996).

Prof. Dr. Hans Vorländer

WAS IST LIBERAL?

Selten ist in den letzten Jahren eine politische Strömung dermaßen in das Kreuzfeuer der Kritik geraten. Mit dem Crash auf den globalen Finanzmärkten ist auch der so genannte „Neoliberalismus“ kollabiert. Dieser „Neoliberalismus“ galt als der Inbegriff von Deregulierung der Märkte, Zurückdrängung des Staates im Bereich der Wirtschaft, von Steuersenkungen, kurzum mit ihm wurde die „Entfesselung des Kapitalismus“ identifiziert. Die Kritik an diesen Strategien einer ökonomischen Liberalisierung und Globalisierung hatte schon früh eingesetzt. Teilweise wurde schon in den 1980er Jahren, zu Zeiten von Ronald Reagan und Margaret Thatcher kritisch von einer „Neoliberalisierung“ der Wirtschaftspolitik gesprochen. Vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten wurden dann die wirtschaftsfreundlichen Politiken des Globalisierungszeitalters, insbesondere die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, die Steuersenkungen und die Deregulierung der Finanzmärkte, mit dem Begriff „Neoliberalismus“ belegt und kritisiert. Wenn sich nun die Weltgesellschaft mit einem in seinen vollen ökonomischen und sozialen Konsequenzen längst nicht absehbaren Zusammenbruch der Finanzmärkte konfrontiert sieht, so sehen sich die Kritiker und Mahner ins Recht gesetzt: Der „Neoliberalismus“ hat sich selbst endgültig diskreditiert. Von hier bis zu einem Abgesang auf den Liberalismus ist es dann nicht mehr weit. Im Folgenden soll indes argumentiert werden, dass „Neoliberalismus“ und Liberalismus nicht einfach ineinander aufgehen, nicht deckungsgleich sind, die Tradition des Liberalismus vielmehr eine sehr komplexe und umfassende Strömung in der Moderne ist und eine Reflektion dieser Tradition wieder Denkräume zu öffnen versteht, die über die „neoliberalen“ Engführung von „liberal“ weit hinausweisen.

I

Der Liberalismus ist eine der erfolgreichsten politischen Ideen gewesen, die seit dem 18. Jahrhundert die westlichen Gesellschaften geprägt hat. Er war ursprünglich ein spezifisches Anliegen des dritten, des bürgerlichen Standes, der sich gegen Feudalismus und Absolutismus, gegen ständisch strukturierte, gesellschaftliche Hierarchien und despotische Willkürherrschaft auflehnt und die großen Revolutionen des 18. Jahrhunderts bewirkt hat. Wenngleich der Liberalismus als soziale und politische Bewegung schon früh, nämlich in der Mitte des 19. Jahrhunderts, an politischer Dynamik einbüßen sollte, wurde er doch zu einer der erfolgreichsten und mächtigsten politischen Traditionen in (West-)Europa und der westlich geprägten Welt. Er gehört heute zur überparteilichen, konstitutionellen Grundausrüstung westlich geprägter Demokratien und hat in den kapitalistischen Gesellschaften die ökonomischen und weltanschaulichen Verhaltensnormen der Menschen nachhaltig geprägt. Dazu gehört die repräsentative, liberale, auf Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit basierende Demokratie genauso wie ein System freier und auch sozialer Marktwirtschaft, das in der Lage ist, wirtschaftlichen Wohlstand zu entwickeln und sozialen Ausgleich zu ermöglichen. Natürlich ist der Liberalismus keineswegs allein der Ahnherr von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft. Die Ideen und Strukturen haben sich in einem konfliktreichen, auch krisenhaften Prozess, an dem viele politische Kräfte und Bewegungen beteiligt waren, etablieren müssen. Doch waren liberale Denker maßgeblich an ihrer Formulierung und Ausgestaltung beteiligt.

Der Liberalismus war historisch und programmatisch immer sehr viel mehr als das, was heute unter einem ökonomischen „Neoliberalismus“ verstanden wird. Die liberale Programm- und Ideengeschichte kann als eine auf gemeinsamen Merkmalen beruhende Tradition beschrieben werden. Welche Wege die Liberalismen in ihren jeweiligen Epochen und nationalen Unterschieden auch immer nahmen, sie gehen, erstens, alle vom Vorrang individueller Freiheit aus. Dieser Vorrang gründet sich auf die Überzeugung von der moralischen Autonomie und der Vernunftfähigkeit des Einzelnen. Freiheit ist, in einer Formulierung von John Stuart Mill, zu allererst der „Abwesenheit von Zwang“, wobei

Zwang zunächst mit der Willkürherrschaft von Despoten oder absoluten Herrschern, im Zuge der Herausbildung einer demokratischen Massengesellschaft dann aber auch mit einer egalitären, demokratischen oder über die öffentliche Meinung vermittelten „Tyrannei der Mehrheit“ identifiziert wurde.

Gegenstand der ausgeübten Freiheit ist einmal die Verfolgung des eigenen Interesses, die schottischen Moralphilosophen und die englischen Utilitaristen argumentierten dementsprechend. Mit der Idee von Freiheit und Individualismus ist aber auch, so die humanistische und idealistische Strömung innerhalb des Liberalismus, die Möglichkeit individueller Entfaltung und Selbstvervollkommnung enthalten. Der Freiheitsbegriff gewinnt, so bei Kant, eine ethische Komponente. Freiheit bedeutet die aus Pflichtgefühl erfolgte Unterwerfung unter den kategorischen Imperativ und damit unter das Sittengesetz. So findet sich also beides, die Freiheit als die Abwesenheit von Zwang, der von außen auferlegt und als Einengung der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten erfahren wird, und die Freiheit als Bedingung einer Verantwortungsethik, die sich aus den eigenen moralischen Überzeugungen und deren freiwilliger Befolgung ergibt. Die Emanzipation, die „Fähigkeit, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen“ (Kant) gehört zum liberalen Freiheitsverständnis wie auch die Bereitschaft zu verantwortlichem Handeln, das die legitimen Belange der Mitmenschen einbezieht und „zur Grundlage einer allgemeinen Gesetzgebung“ (Kant) macht. Beide Freiheitskomponenten sind, so die Vorstellung, in einer Balance zu halten.

Das Gleiche gilt für den Bereich des Politischen. Es gibt keinen Zwang, sich an der Politik beteiligen zu müssen, die Grundrechte schützen den Einzelnen vor staatlicher Inanspruchnahme. Zugleich aber ist der Staatsbürger Herr der Gesetze, Teil des Souveräns und deshalb gut beraten, sich an Politik und Gesetzgebung, der er ja auch unterliegt, zu beteiligen. Nicht immer hat der Liberalismus diese Balancen gehalten.

Den Liberalismus hat, zweitens, immer ein restriktives Staatsverständnis ausgezeichnet. Der Staat erhält in der liberalen Programmtradition eine sehr begrenzte Aufgabenzuweisung. Die Hauptaufgabe des Staates besteht darin, Freiheit und Frieden im Inneren zu sichern. Zugleich beruht der Staat auf der

Zustimmung der Individuen. Hierdurch erfährt er seine Legitimität. Seine Machtausübung ist nach liberaler Auffassung streng limitiert und durch Verfassungen und rechtsstaatliche Verbürgungen eingehegt. Der Staat muss sich an die individuellen Freiheits-, Grund- und Bürgerrechte halten, sie markieren die Grenze der staatlichen Eingriffsgewalt. Dass ein solches Verständnis nicht unproblematisch ist, vor allem, wenn es darauf ankommt, mit Hilfe des Staates und seiner Institutionen erst die Voraussetzungen zu schaffen, um Freiheitsausübung zu ermöglichen, gegenläufige Interessen der Bürger gewaltfrei zum Ausgleich zu bringen und Toleranz unter dem Vorzeichen tiefgreifender religiöser, kultureller und sozialer Unterschiede zu garantieren, versteht sich von selbst, ist für den Liberalismus in seinen verschiedenen historischen Epochen auch oft zu einer politischen Sollbruchstelle geworden.

Drittes wesentliches Merkmal der liberalen Programmtradition ist die Überzeugung von der Rationalität und Effizienz des Marktes. Der Markt sorgt über seine Mechanismen von Angebot und Nachfrage für eine ausreichende Produktion, vermag aber auch eine effiziente und gerechte Verteilung von Waren und Gütern zu bewirken. Voraussetzung für marktgerechtes Wirtschaften sind die freie ökonomische Betätigung des Einzelnen und die Garantie des Eigentums. Dabei ist der Liberalismus davon überzeugt, dass die Verfolgung des individuellen Interesses einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen hat. Sie sorgt vor allem für wirtschaftlichen Wohlstand. Neben dieser Prosperitätserwartung war mit dem Marktgedanken auch immer die Erwägung verbunden, dass Arbeitsteilung, Wettbewerb und Handel gute Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft und das Verhältnis von Gesellschaften zueinander haben. Markt und freier Handel schufen, so die Überzeugung des Liberalismus, ein Geflecht zwischengesellschaftlicher und zwischenmenschlicher Beziehungen, das vielen Menschen innewohnende Gewaltpotentiale einhegt – nach dem Motto: Wer Handel miteinander treibt, schießt nicht aufeinander.

Viertens proklamierte der Liberalismus immer die Trennung von Staat und Gesellschaft, weil er in den engen Grenzen staatlicher Interventionsmöglichkeit die Gewähr für die volle Entfaltung individueller und gesellschaftlicher Potentiale erblickte. Damit setzten Liberale Vertrauen in den Selbstlauf von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie waren sich aber von Anfang an auch immer dar-

über im Klaren, dass dieser „Selbstlauf“ zu Problemen, auch zu Marktversagen führen konnte. So intendierten sie mit dem viel zitierten Laissez faire-Prinzip nicht grundsätzlich den so genannten Nachwächterstaat. Schon beim Begründer des modernen Wirtschaftsliberalismus, bei Adam Smith und in seinem „Wohlstand der Nationen“ von 1776 (An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, London 1776), aber auch bei John Stuart Mill und seine „Grundsätze politischer Ökonomie“ von 1848 (Principles of Political Economy, London 1848), hat der Staat immer auch Funktionen im Bereich öffentlicher Aufgaben zu übernehmen, in der Infrastruktur, bei Erziehungs- und Dienstleistungsaufgaben sowie bei der sozialen Existenzsicherung verarmter Bevölkerungsgruppen. Der Staat hat also eine Sicherungsfunktion. Allerdings, so die Faustregel, spricht die Vermutung der besseren und effizienteren Problemlösung für die Kompetenz von Individuum und Gesellschaft gegen die staatliche Intervention als Regelfall.

II

Der hier rekonstruierte liberale Programmbestand war Kennzeichen der politischen und sozialen Bewegungen des Liberalismus im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert. Der Liberalismus war ein politisches Emanzipationsprogramm, und er dachte die kommerzielle Gesellschaft voraus. Mit der um die Wende ins 20. Jahrhundert erfolgenden Ausbildung des Industriekapitalismus gaben sich aber soziale und ökonomische Auswirkungen zu erkennen, die den Liberalismus als politische und soziale Bewegung vor enorme Schwierigkeiten stellte. Hier wurden Schwächen und Grenzen des Liberalismus deutlich, die ihn als politische Partei an Bedeutung und Einfluss verlieren ließen und die liberale Theorie dort zu Reformbemühungen zwangen, wo der Liberalismus nicht zu einer den Status quo verteidigenden Klassenideologie werden wollte. Reformliberale Bewegungen formierten sich deshalb an der Wende in das 20. Jahrhundert, reagierten auf das Anwachsen von sozialistischer und Arbeiterbewegung und hatten dort, wo sie früh die Anpassung an die veränderten Verhältnisse zu vollziehen suchten, großen, allerdings nur zeitlich begrenzten Erfolg. In England, in Nordamerika waren solche Reformbewegungen des Liberalismus zu beobachten, Reformbemühungen des deutschen Liberalismus

hinkten, nicht zuletzt in ihrem Erfolg, hinterher. Wie reagierte der Liberalismus programmatisch auf die aufbrechenden Probleme von Marktversagen, sozialer Ungleichheit und Freiheitsbedrohung?

Der reformorientierte, soziale Liberalismus öffnete Wirtschaft und Gesellschaft dem – begrenzten – politischen Zugriff, um auf diese Weise die sozialen und materiellen Voraussetzungen individueller Freiheitsausübung sicherzustellen und die Effizienz des marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systems zu erhöhen. Zu diesem Zweck gab der Reformliberalismus auch das bis dahin gehütete Tabu einer politischen Intervention in die Produktions- und Distributionssphäre des Marktes auf. Das konnte zum einen dann die Rückführung oder, wo dies nicht gelingen konnte, die Begrenzung wirtschaftlicher Konzentrations-, Trust- und Kartellbildung intendieren – ein Modell, das noch für den parteipolitischen Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er Jahren wegweisend blieb. Das konnte aber auch, mit der Forderung nach ökonomischer Demokratie, Unternehmensmitbestimmung und Betriebsparlamentarismus, auf die innere Organisation von Industrieunternehmen und die Begrenzung von Eigentümerposition abziehen. Solche Forderungen erhob in Deutschland zuerst Friedrich Naumann in der Wende vom 19. ins 20. Jahrhundert. Sie fanden sich später in den „Freiburger Thesen“ der FDP von 1971 wieder. Es konnte auch bedeuten, dass Liberale eine progressive Einkommenssteuer stützten, deren Aufgabe es war, Mittel für den sozialen Ausgleich und nicht nur für infrastrukturelle oder Bildungsmaßnahmen des Staates bereitzustellen.

Mit der sozialen und gesellschaftspolitischen Neuorientierung des Liberalismus eröffneten sich zugleich auch weiterführende Perspektiven. Dass sich nun auch Liberale über Industriepolitik den Kopf zerbrechen konnten, bewies der aus der so genannten liberalen Sommerschule stammende Reformbericht der englischen New Liberals von 1928, die für lange Zeit als „liberale Bibel“ der englischen Liberalen galt. Und der in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise wieder oft zitierte John Maynard Keynes entwickelte in seiner „General Theory“ eine – antizyklische – Beschäftigungs- und Nachfragepolitik (*The General Theory of Employment, Interest and Money*, Cambridge 1936). Er erweiterte damit das wirtschaftspolitische Instrumenta-

rium der Regierungen des 20. Jahrhunderts und vermochte sich gleichwohl, in seiner bekannten Rede „Am I a Liberal?“, als Liberaler zu definieren. Damit war es möglich, dass sich auch Liberale zu einer nachfrageorientierten Wirtschafts- und Geldpolitik bekennen konnten. Schließlich gingen auch die englischen Liberalen voran, als sie Programme entwickelten für einen britischen Wohlfahrtsstart, der sich zwar von der deutschen, von Bismarck begründeten Tradition der Sozialstaatlichkeit unterschied, aber sehr wohl zu zeigen vermochte, dass Liberalismus und Sozialpolitik keine unversöhnlichen Gegensätze waren.

Die Tradition des sozialen Reformliberalismus war sicherlich ein Reaktionsphänomen und als solches nur von begrenzter Wirkungsmächtigkeit. Sozialliberale blieben in der liberalen Traditionslinie, weil sie an den zentralen liberalen Werten von Individualismus und Freiheit festhielten. Gleichwohl sahen sie in der Gefährdung der Freiheit auch die Notwendigkeit, soziale Existenzsicherung des Einzelnen, individuelle Freiheit und das Verhältnis von staatlicher Intervention sowie ökonomischem Selbstlauf neu auszugleichen. Ein liberaler Wohlfahrtsstaat und ein gemischtes Wirtschaftssystem konnten so in der sozialliberalen Programmtradition fest verankert werden.

III

Am Ende des 20. Jahrhunderts indes zeigten sich zwei Entwicklungen, die den sozialen Liberalismus wieder zurückdrängten und die umfassende Programmtradition zugunsten einer wirtschafts- und finanzliberalen Ausrichtung vernachlässigten. Die erste Etappe war der sich in England und den USA, teilweise auch in Deutschland, erneuernde Wirtschaftsliberalismus. Dieser stellte das begriffliche und politische Instrumentarium bereit, um die Modernisierung veralteter Industriestrukturen und die Zurückdrängung staatlicher Wirtschafts- und Sozialinterventionen durch eine Politik der Privatisierung, der Subventionskürzungen, der Steuersenkungen und der Freisetzung unternehmerischer Initiative zu fordern. Mit diesem erneuerten Wirtschaftsliberalismus ging eine Wende von staatlichen zu marktwirtschaftlichen Problemlösungen einher. Die alte liberale Programmformel, dem Einzelnen innerhalb einer freien Gesellschaft ein optimales Maß an persönlicher, politischer und wirtschaftlicher

Entfaltung zu garantieren, konnte hier, in einer wohlwollenden Lesart, als Konzept neuer wirtschaftlicher Entfaltungen in Zeiten knapper Ressourcen verstanden werden. Dieser erneuerte Wirtschaftsliberalismus zeigte aber zunehmend eine harte, doktrinaire Seite, die darin bestand, dass er seine umfassende Programmtradition absprengte und sich schließlich als ein rein ökonomisches Modernisierungsprogramm verstand. In dieser Linie war es dann auch konsequent, dass sich der Liberalismus für die Deregulierung der Finanzmärkte einsetzte. Damit war die zweite wesentliche Etappe der Liberalisierung, nicht nur der Güter-, Waren- und Arbeitsmärkte, im Zeichen der Globalisierung vollzogen worden. Nunmehr sollte auch der Kapitalverkehr grenzenlose, vor allem unregulierte Freiheit genießen. Dass diese Politik in Deutschland ironischerweise von einer Koalition aus Sozialdemokraten und Grünen umgesetzt wurde, ist fast in Vergessenheit geraten, zeigt aber dass „neoliberale“ Politik von allen demokratischen Kräften gemacht worden ist, eben nicht – nur – von Parteien des organisierten Liberalismus.

Die große, auf Aufklärung und bürgerliche Revolutionen zurückgehende Programmtradition des Liberalismus schrumpfte also auf einen radikalen Wirtschaftsliberalismus. Es war ein leichtes, vor allem für seine Kritiker, ihn als Philosophie der Ellbogengesellschaft, als rücksichtsloses Programm des „Neoliberalismus“ zu brandmarken. Nun sind alle großen politischen Strömungen nicht vor Verunglimpfung geschützt, immerhin ist die Auseinandersetzung um die Begriffe, Paradigmen und Deutungen, mit denen Politik gemacht wird, Teil des politischen Kampfes um Macht. Aber gerade der Blick auf die große, umfassende, sich historisch immer wieder erneuernde und verändernde Programmtradition des Liberalismus macht deutlich, dass ein ökonomistisch verkürzter Liberalismus wesentliche Zusammenhänge ignoriert: Es mag ja stimmen, dass der Markt von einer „unsichtbaren Hand“ zu einer „spontanen Ordnung“ gefügt wird, dass für eine effiziente Allokation von Ressourcen und eine ausreichende Produktion und Verteilung von Gütern, Waren und Dienstleistungen gesorgt wird. Doch regelt der Markt erstens nicht alles, zweitens neigt er zu Kartellen und vermachteten Strukturen, drittens ignoriert er nicht-marktfähige, soziale und kulturelle Bedürfnisse und viertens wohnt ihm die Tendenz inne, seine eigenen Mechanismen, nämlich die Regelung von Angebot und Nachfrage, zu unterlaufen – und dies vor allem dann, wenn die Märkte

unreguliert bleiben, also genau jene staatliche oder transnationale Rahmenordnung fehlt, die die „Neo“- oder „Ordo“-Liberalen forderten, die an der Wiege der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland standen (Röpke, Müller-Armack, Erhard u.a.) und die wenig gemein haben mit den „Neoliberalen“ des ausgehenden 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts.

Im Übrigen war auch der Liberalismus immer mehr als nur eine Strömung ökonomischen Denkens und Handelns. Auch das haben die deutschen Ordo-liberalen gezeigt, als sie auf einer kulturellen Einbettung des modernen Liberalismus bestanden. So wird auch in der Krise des reinen Wirtschafts- und Finanzliberalismus ein anspruchsvoller, politisch um Rehabilitation ringender Liberalismus eine gesamtliberale Perspektive wiedergewinnen müssen. Die liberale Programmtradition stellt hierfür historische Exempla, Antworten auf Krisensituationen bereit. Ein sich seiner Wurzeln bewusst werdender, die eigene Tradition kritisch reflektierender, erneuerter Liberalismus, der wirtschaftsliberaler Einseitigkeit und finanzkapitalistischem Hasardeurtum abschwört, wird auch eine Zukunft haben.

was ist ?

grün

Reinhard Bütikofer

WAS IST GRÜN?

Meinen Beitrag zur Beantwortung der Frage „Was ist grün?“ will ich leisten, indem ich auf vier spezifische Fragen eingehe: Was sind die Wurzeln der Grünen? Was ist die Wertorientierung der Grünen? Was sind oder waren die Metamorphosen der Grünen? Und, das wurde schon mehrfach beim Vorredner angesprochen: Sind heute eigentlich nicht alle grün?



Die Grünen sind zum ersten Mal zu einer Wahl angetreten, als es sie als Partei noch gar nicht gab, vor jetzt ziemlich genau 30 Jahren, zur Europawahl 1979. Im Vorfeld dieser Europawahl und bei der Erarbeitung der Liste, die damals Furore gemacht hat, haben die Gründungsmütter und Gründungsväter durchaus den Mund vollgenommen. Also da war z. B. die Rede davon, es ginge für diese noch gar nicht existierende Partei um eine wirkliche Neugestaltung unseres Lebens. Oder es ginge darum, so der Künstler Josef Beuys, die Kultur des nächsten Jahrhunderts vorzubereiten.

Die, die sich so große Ziele gesetzt haben, waren eine ziemlich bunte „Truppe“; auch davon war bereits die Rede. Es gibt manche, die sich heute noch gerne ein wenig darüber lustig machen, dass die Grünen aus einer Mischung entstanden sind. Ich erinnere mich z. B. an einen Lieblingspruch von Franz Müntefering: Grün, das sei ja nur eine Mischfarbe aus blau und gelb, nicht wie rot eine Primärfarbe; dann hat er versucht, daraus so etwas wie eine Überlegenheit der Grundorientierung der SPD abzuleiten. Ich glaube, dass es gerade umgekehrt ist. Was die Grünen so besonders gemacht hat, war genau diese

außerordentliche Mischung, dieses Amalgam, das da zusammengewachsen ist. Inzwischen ist die Partei aber nicht mehr ein Gefäß, in dem verschiedene Ingredienzien einfach nebeneinander liegen und vielleicht ein bisschen umgerührt werden, sondern aus der Mischung ist tatsächlich etwas eigenständig Neues entstanden. Feministinnen waren dabei, libertäre und anthroposophische und anarchistische Strömungen, Sozialdemokraten und Konservative, Antikriegskräfte und Pazifisten. Ich lege allerdings Wert auf den Hinweis, dass die Grünen nie eine radikale pazifistische Partei waren. Zur selben Zeit, als man den Grundsatz der Gewaltfreiheit in die Grundprinzipien der Grünen aufgenommen hat, hat man bei den Grünen für Waffen für den Befreiungskampf in El Salvador gesammelt. Das Prinzip der Gewaltfreiheit war ursprünglich ein Prinzip, mit dem sich die Grünen gegen die Gewaltbereitschaft bestimmter Gruppen der radikalen Linken der 70er-Jahre innenpolitisch abgrenzen wollten. Aber es gab natürlich immer und es gibt heute noch entschiedene Pazifisten bei den Grünen. Es gab auch, und da ist nicht zuletzt Petra Kelly Mit-Übermittlerin gewesen, eine gewisse Tradition und Einfluss aus den USA, sozusagen, eine amerikanisch-individualistische Politiktradition, die es vorher so in Deutschland gar nicht gegeben hat. Es waren nicht wenige antikapitalistische Linksradikale, dazu Linksliberale, also Leute, die vielleicht 10 Jahre vorher bei der Freiburger FDP gewesen wären, Religiöse und Spirituelle der verschiedensten Sorten.

Drei Traditionslinien kann man benennen, aus denen den Grünen wenig zugewachsen ist. Die eine ist die der affirmativen Konservativen, also derjenigen, die noch jede Idee, mit der man einen vermeintlichen Fortschritt verfechten kann, automatisch für richtig und trotzdem sich für konservativ halten; zweitens die staatssozialistische Strömung der DDR-Provenienz; da ist den Grünen auch wenig zugewachsen. Also es gab viele Linksradikale mit maoistischer oder, weiß der Kuckuck, anarchistischer Vergangenheit bei den Grünen. Aber es gibt nicht viele, die vorher bei der DKP waren; drittens sind nicht viele gekommen von dem, was man die Ruhrgebiets-SPD nennt, also strukturkonservative Sozialdemokraten. Diese drei Strömungen, denen gemeinsam ist, dass sie in einer besonderen Weise verschlossen waren für reflektierte Kritik des Fortschritts, diese drei haben bei den Grünen keine besonders große Rolle gespielt.

Zur Frage des Verhältnisses von Ökologie und anderen Orientierungspunkten möchte ich eine These aufstellen, die ein wenig über das hinausgeht, was Professor Probst gesagt hat: Ich kenne keine grüne Partei, und ich meine das ganz generell, europäisch oder darüber hinaus, ich kenne keine erfolgreiche grüne Partei, die nicht im Kern ökologisch wäre. Aber ich kenne auch keine erfolgreiche grüne Partei, die nur ökologisch wäre. Das heißt, die Grünen waren nie ein ausschließlich ökologisches Projekt oder ein Projekt, das nur durch die Ökologie zusammengehalten wurde. Aus meiner Sicht bestanden die Grünen immer aus einem zentralen Spannungsbogen oder waren geprägt durch einen zentralen Spannungsbogen, der auf der einen Seite die ökologische Verantwortung ganz zentral stellte und auf der anderen Seite die individuelle Freiheit. Herr Probst hat Recht, wenn er sagt, dass die Grünen lange Zeit Schwierigkeiten hatten, mit dem Begriff der Freiheit umzugehen. Dazu sage ich gleich noch einmal etwas, und trotzdem sind sie immer und in ihrer ganzen Geschichte, und das ist ein Teil ihrer Produktivität, vom Streben nach Freiheit geprägt gewesen. Das ist auch ein entscheidender Grund dafür, dass die Grünen nicht abgerutscht sind in Strömungen, die meinten, die ökologische Katastrophe sei so groß, jetzt könne man nicht mehr auf die Mitwirkung aller warten, jetzt brauche man ökodiktatorische Perspektiven oder es brauche etwa einen Rat der Weisen, der entscheidet, wofür die Demokratie zu lange braucht. So etwas hatte bei den Grünen keine Chance, weil es immer auch dieses Element einer freiheitlichen Orientierung gab. Inzwischen hat sich dies balanciert. Oder so sollte ich sagen: Die Grünen waren erfolgreich, solange sich das gut balanciert hat.

Es gibt einen interessanten Punkt in der Grünen-Parteigeschichte, etwa 11 Jahre ist es her, wo diese Frage anders angepackt wurde. 1998, ein halbes Jahr bevor die Grünen dann schließlich in die Bundesregierung gewählt worden sind, hat ein Parteitag, und viele von Ihnen werden sich vielleicht erinnern, diese berühmte Forderung aufgestellt: 5 DM für einen Liter Benzin. Manche waren seinerzeit unheimlich stolz auf diese vermeintliche Radikalität. Ich war damals wie etliche andere Realos und Linke dagegen, aber der Beschluss war nicht zu verhindern, weil sich Joschka Fischer und Jürgen Trittin vorab darauf geeinigt hatten, und deren Truppen standen dann auf dem Parteitag. Es hieß: damit bringen wir doch unsere ökologische Entschlossenheit wunderbar zum Ausdruck.

Es war eine der größten Pleiten und hätte uns fast das Genick gebrochen. Warum? Weil nicht begriffen worden war, dass das von vielen Menschen als Bedrohung, und zwar nicht nur als soziale Bedrohung, sondern als Bedrohung ihrer Freiheit verstanden wurde. Wie kann ich mich überhaupt noch mobil bewegen, wenn die Kosten so in den Himmel schießen, dass ich es mir gar nicht mehr leisten kann? Also: der Zusammenhang von sozialer Sensibilität und Wahlfreiheit im Lebensstil wurde durch unsere Forderung verletzt. Niemand will sich mit erhobenem grünen Zeigefinger demonstrieren lassen, wie er oder sie zu leben hat. Es darf nicht so etwas geben wie einen vorgeschriebenen, ökologischen Lebenswandel oder einen grünen Lebensstil, sondern allenfalls so etwas wie einen Appell an jeden, seinen eigenen Lebensstil ökologischer zu gestalten. Das ist eine wichtige, grundsätzliche Erfahrung aus dieser Fast-Katastrophe der Grünen-Parteigeschichte.

II

Zur Wertorientierung ist klar, dass die ökologische Verantwortung, nach allen Umfragen, die man kennt, die klare Nummer 1 ist. Dann kommt immer, solange ich Grünen-Umfragen kenne, als Zweites die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Ich gebe Professor Probst Recht: dabei wird von Grünen-Wählerinnen und -wählern und von Grünen-Aktiven die Frage der Teilhabe-Chance stärker gewichtet als die Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Nicht, dass die Verteilungsgerechtigkeit keine Rolle spielte. Es gibt aber z. B. Umfragen, in denen gefragt worden ist: Wenn soundsoviele Milliarden ausgegeben werden sollen für soziale Zwecke, was ziehen Sie vor, dass bestimmte Transferleistungen erhöht werden oder dass das Bildungswesen besser ausgestattet wird, damit die Kinder eine bessere Chance haben? Bei Grünwählern kommen immer die besten Zahlen heraus für soziale Infrastruktur, damit allen eine Teilnahme ermöglicht wird. Das ist anders als bei den anderen Parteien, nicht nur anders als bei der Linkspartei.

Der Wert der Freiheit findet sich nicht erst, wie Lothar Probst meinte, in dem Bundestagswahlprogramm 2005, sondern schon ganz zentral im Grund-

satzprogramm von 2002, und der von ihm zitierte Satz aus dem Bundestagswahlprogramm ist original übernommen aus diesem Grundsatzprogramm. Wenn jetzt im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes in der Grünen Spitze von einem Dreiklang: Klima, Gerechtigkeit, Freiheit die Rede ist, dann nicht etwa, weil der eine Begriff den Grünen gehört, Klima, und der zweite den Sozialdemokraten, Gerechtigkeit, und der dritte der FDP, Freiheit. – Und deswegen machen wir die Ampel. Das ist vielmehr ein Dreiklang, mit dem wir Grüne uns selbst beschreiben. Ich glaube, dass das eine zutreffende Selbstbeschreibung der Grünen ist.

Schließlich, Demokratie ist der vierte zentrale Grundwert. An der Stelle sind wir Grüne, nachdem wir uns viele Hörner abgestoßen haben und bestimmte Dummheiten wieder haben sein lassen, immer noch etwas Besonderes. Das sagt man mit einem gewissen Schmunzeln, wenn man, ich weiß nicht, wie viele Parteitage organisiert hat und immer leben muss mit der Gewissheit, man weiß nicht ganz genau, an welchem Punkt die Mehrheit des Parteitages einem sagt: Ihr seid zwar die Parteiführung, aber wir sehen es anders. Aber dass es passieren würde, und zwar bei jedem Parteitag, irgendwie und möglicherweise mehrfach passieren wird, das war immer klar beim Grünen-Parteitag. Diese Art der Querköpfigkeit und Selbstständigkeit, des Selberdenkens, des Selberentscheidens und in diesem Sinne basisdemokratische Orientierung, zeichnet die Grünen immer noch aus.

Ich will das aufgreifen, was Lothar Probst gesagt hat zur Marktwirtschaft. Da hat sich in den letzten Jahren bei uns, und daran haben wir erheblich gearbeitet, eine Grundorientierung durchgesetzt, die ich bezeichnen würde als einen ökologisch aufgeklärten Ordo-Liberalismus. Damit meine ich eine Grundorientierung, die weiß: Marktwirtschaft ist kreativ und produktiv, aber sie braucht einen staatlich gesetzten Rahmen, und dieser staatlich gesetzte Rahmen muss nicht nur soziale Standards, Ziele und Kriterien vorgeben, sondern natürlich auch ökologische. Diese wirtschaftspolitische Orientierung wird wichtiger im politischen Profil der Grünen. Das ist etwas Neues. Die erste Wahl, bei der ein relevanter Teil der Grün-Wähler gesagt hat, die wirtschaftspolitische Position der Grünen war für uns ein Grund, sie zu wählen, war meiner Erinnerung nach 2006 die Landtagswahl in Baden-Württemberg. Jetzt, bei

der Hessen-Wahl dieses Jahr im Januar haben 20 % der Grün-Wähler gesagt: Für mich war ein Grund, die Grünen zu wählen, ihre wirtschaftspolitische Position. Also, da entwickelt sich in einem Punkt, in dem die Grünen traditionell nicht so stark waren, ein neues Profil.

III

Es ist offenkundig, wir haben uns ziemlich geändert. Wir konnten uns ändern, weil es uns gelungen ist, diese Gesellschaft ein ganzes Stück mit zu ändern; aber hätten wir uns nicht geändert, dann wären wir heute nicht mehr erfolgreich.

Ich glaube, man kann versuchen die Entwicklung der Grünen Partei in das Bild einer Bewegung in drei Wellen zu fassen: Ganz am Anfang, in dieser schrillen Zeit, die schon beschrieben worden ist, als wir als „Antiparteipartei“ aufgetreten sind und als Alternative zum System usw., in dieser Zeit wäre es gar nicht möglich gewesen, einen Durchbruch zu schaffen und durchzusetzen, dass die Fragen, für die wir standen, irgendwie als relevant anerkannt wurden, wenn wir nicht so schrill gewesen wären. Wären wir da richtig höflich aufgetreten und hätten immer bitte gesagt, nie einen Bundestagspräsidenten beleidigt usw., es hätte niemand ernst genommen, dass sich da eine neue Grundorientierung durchsetzen will.

Der erste Punkt, an dem uns wirklich gelungen ist, die Meinung einer Mehrheit zu repräsentieren, war 1986, nach Tschernobyl, nach dem großen Atomunfall: dass der Atomausstieg kommen muss! Aber auch in anderen Bereichen konnten wir durchsetzen, dass wenigstens bis zu einem gewissen Grad die Relevanz der von uns gestellten Fragen anerkannt wurde. Am Ende dieser Phase gab es eine Art, ja, fast gesellschaftlichen Konsens: irgendwie haben die schon Recht mit ihren Fragen, die Grünen. Ich erinnere mich noch an viele Gespräche mit Konservativen, mit Priestern und Wirtschaftsleuten, die sagten: Wir haben euch ja nicht wirklich ernst genommen, aber zugegeben, ihr stellt schon wichtige Fragen.

Dass die Fragen, die zunächst einmal, als wir anfangen, einen Außen-seitercharakter hatten und nicht im Zentrum der Gesellschaft stehende Fragen gewesen waren, dass die anerkannt wurden, das wurde dann aber verbunden mit dem Hinweis: Vielen Dank, ihr Grünen, das war's nun; jetzt haben wir es selber begriffen; tschüs Grüne, jetzt übernehmen wir.

Tatsächlich würde ich von heute aus sagen: Hätten wir damals darauf bestanden, so weiterzumachen, wie bis dahin, dann hätten wir uns längst auch überlebt; denn weiter darum zu kämpfen, dass die eigenen Fragen relevant sind, wenn alle einem schon sagen, es sei so, macht offensichtlich keinen Sinn. Also mussten wir in der zweiten Welle uns eine neue Aufgabe stellen, und diese neue Aufgabe hieß: Haben wir denn außer wichtigen Fragen auch etwas beizutragen zu den Antworten? Wenn wir diese Frage wirksam beantworten wollten, konnten wir nicht so weitermachen wie vorher. Da kam es auf etwas Anderes an. Es konnte nicht mehr um den möglichst effektvollen Auftritt gehen, sondern um hohe Expertise. In den ersten Jahren waren die berühmtesten Grünen die, die sich am besten mit den anderen streiten, den Etablierten Contra geben konnten. Selbst die bekanntesten Realos waren die, die den Schwarzen am meisten eingeheizt haben. In der zweiten Phase waren die bekanntesten Grünen die, denen man am meisten zugetraut hat, dass sie auch etwas beitragen können zu konkreten Lösungen. Das war die Zeit der ersten Rot-Grünen Regierungskoalitionen, eine Zeit mit einem anderen politischen Stil. Das war eine Zeit, in der wir lernen mussten, Lothar Probst hat es beschrieben, Kompromisse zu machen. Nicht Kompromisse zu machen, um uns abschleifen zu lassen, sondern Kompromisse zu machen, um mehr Wirkung zu erzielen. Und deswegen bin ich an der Stelle ganz anderer Meinung als mein Vorredner, der diese Metamorphosen beschrieben hat als einen Abschleifprozess; ich meine, es war ein Prozess der Anreicherung. Ich meine, es war ein Prozess, der davon lebte, dass man zunächst einen Boden geschaffen hat dafür, jetzt mit Leuten kooperieren zu können, die am Anfang gar nichts von uns wissen wollten. Und plötzlich gab's welche, die hörten zu und sagten, na, vielleicht geht's doch. Ich erinnere mich, in der Mitte der 80er-Jahre, im Heidelberger Gemeinderat, an meine ersten ganz vorsichtigen Versuche, ob man auch mal mit den Schwarzen was im Gemeinderat gemeinsam abstimmen kann; das war ein ziemlich schwieriges Unterfangen. Es hat aber an verschiedenen Punkten

dann doch funktioniert, und es lief immer über einen anderen Stil, den zu nutzen wir lernten. Die Grünen waren nicht mehr unbedingt nur die Lauten. Diese zweite Phase der grünen Parteigeschichte, in der wir Pragmatismus lernten, ging bis zum Ende der Rot-Grünen Regierungszeit. Und wir kamen noch einmal an eine Stelle, an der wir uns neu besinnen mussten.

Wenn man mal in ziemlich vielen Landesregierungen gesessen hat und auch in der Bundesregierung sieben Jahre durchaus erfolgreich war, dann kommt wieder so ein Punkt, wo die Leute sagen: O.K., vielen Dank, wir haben noch einmal von euch gelernt; ihr habt da ein paar gute Sachen gemacht, das Erneuerbare Energien Gesetz und noch ein paar andere, aber danke, das war's; jetzt sind wir dran und ihr inzwischen überflüssig; jetzt machen wir auch konkrete ökologische Politik; deswegen braucht es Euch nicht mehr. Vielleicht erinnern Sie sich, das war in vielen Medien die Tonart gegenüber unserer Partei nach dem Ausscheiden aus der Bundesregierung 2005. Und ich will sagen: in einer bestimmten Weise zeigte das wieder, dass wir uns weiter entwickeln mussten. Regierungsfähigkeit zu beweisen, zu beweisen, dass wir beitragen konnten zu konkreten Lösungen, das alleine konnte nicht mehr unsere Aufgabe sein. Den Test hatten wir schon bestanden.

Seither sind wir, glaube ich, in einer neuen, in der dritten Phase, und in dieser Phase, in der jetzt alle wenigstens ein bisschen grün sind und alle auch auf dem ökologischen Klavier spielen müssen, in dieser Phase, in der ein Herr Söder sagt: Die CSU ist eine bürgerlich-ökologische Partei, in der Phase sind die Herausforderungen für uns Grüne noch mal anders. Mich hat es unglaublich gefreut, muss ich Ihnen sagen, als ich den Satz von Herrn Söder gehört habe; nicht, weil ich für einen Moment geglaubt habe, er würde entsprechend handeln, das hat er ja auch nicht gemacht, sondern weil ich es als Eingeständnis sah, dass diese grüne Grundorientierung inzwischen so mächtig geworden war, dass niemand mehr einfach daran vorbei konnte. Das war insofern ein Sieg; aber dass alle jetzt einfach grün sind, stimmt auch wieder nicht, weil viel von dem, was als grüne Politik von allen jetzt verkündet wird, ist doch – mit Verlaub, gefühlte grüne Politik. Nehmen Sie den VDA, den Verband der deutschen Automobilbranche. Am Anfang des Jahres 2007 wollten sie Renate Künast fast noch aus dem Land jagen, weil sie gewagt hatte zu sagen, solange die

Deutschen keinen Hybrid bauen, muss man halt die japanischen kaufen. Bei der Automobilausstellung in Frankfurt, ein halbes Jahr später, hatten sie mit Hilfe der Werbeagentur, die jahrelang für uns Grüne gearbeitet hatte, eine grüne Show hingelegt; da konnte man sich nur die Finger ablecken, und Herr Wissmann, der Präsident des VDA, hielt eine grüne Rede, erste Sahne. Es war ein grüner Bundestagsabgeordneter vom linken Flügel mit mir bei der Eröffnung der IAA, der wusste gar nicht gleich, wo er den Herrn Wissmann überhaupt noch kritisieren sollte, so grün hatte der gesprochen. Aber natürlich ist es nicht so, dass daraus jetzt grüne Praxis geworden ist. Doch diese Verschiebung in der Rhetorik spiegelt eine Veränderung in unserer Gesellschaft und ist insofern mehr als reiner Schein.

IV

Es gibt inzwischen, das wäre meine These hier, nicht mehr nur ein CDU-CSU-FDP-Lager – ich scheue mich, zu sagen: bürgerliches Lager, weil das ein *nom de guerre* für das Bündnis dieser Parteien ist, mit dem sie sich selbst mehr erheben, als ich ihnen zugestehe. Es gibt also nicht mehr nur dieses Lager und das linke. Es gibt inzwischen gesellschaftlich auch ein grünes Lager. Es gibt dieses grüne Lager in der Gesellschaft viel stärker als in der Politik. Ich behaupte, was sich da politisch widerspiegelt, zeigt, dass diese Gesellschaft insgesamt viel grüner ist, als sie sich eingesteht. Das heißt nun aber für die grüne Partei, dass sie nicht mehr damit zufrieden sein kann, einen Nebenton zu bilden. Lange haben wir uns immer nur mit der SPD verbündet in Regierungskonstellation. Ich habe 2005, unmittelbar nach der Bundestagswahl, angefangen, davon zu reden, dass wir uns nicht als Bindestrich-Grüne verstehen, egal ob Rot-Grün oder sonst irgendwie, auch nicht Schwarz-Grün. Das haben wir zum ersten Mal im Dezember 2005 beschlossen und letztes Jahr hat es die Partei als gemeinsame Grundlage angenommen. Lothar Probst hat davon gesprochen, dass wir nicht mehr das Grüne als eine Nebenidee begreifen, sondern inzwischen als eine Leitidee. Begriffen haben wir das eigentlich schon lange so. Jetzt kommt es darauf an zu verstehen, dass es eine Chance gibt, entsprechend zu handeln. Und ich glaube, das ist die neue Herausforderung der grünen Partei.

Natürlich sind wir ganz praktisch die Partei, die eine klare Antwort gibt auf die Frage: Wer bleibt wirklich beim ökologischen Thema, wenn Frau Merkel, weil die Wirtschaftskrise gerade einen anderen Wind wehen lässt, wieder von ihren ökologischen Versprechen den Rückzug macht? Auf dieser Ebene allein will ich aber die Diskussion um unsere Rolle nicht ausfechten. Ich will sie wesentlich ausfechten über die Frage: Wer ist eigentlich die Kraft, die eine grundsätzliche, ökologische Neuorientierung dieser ganzen Gesellschaft vorantreibt?

Ich glaube, dass hier die zentrale neue Aufgabe der Grünen liegt. Es gibt einen Begriff dafür, mit dem wir versuchen, das zu theoretisieren und auch real anzupacken, der heißt: Green New Deal. In diesem Begriff verbinden wir die Frage nach ökologischen Erneuerungen unserer Industriegesellschaft mit sozialer Gerechtigkeit und auch mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Das ist ein hegemoniefähiges Projekt.

Noch ein Gedanke bezüglich dessen, was einmal ganz am Anfang bei den Grünen hieß: Anders leben! Da komme ich auch noch einmal auf den Beitrag von Lothar Probst zurück und darauf, was damals das Programm einer kleinen, randständigen Avantgarde war. Heute heißt es auch wieder: Anders leben! Aber es ist nicht mehr das Programm einer Avantgarde, sondern die Herausforderung an die ganze Gesellschaft. Wenn Sie so wollen, kann man diese Entwicklung beschreiben wie die Entwicklung des Hegel'schen Begriffs. Die erste Negation hebt das, was zunächst einmal die Ausgangsposition war, auf. Man kommt aber später per Negation der Negation darauf zurück. Aber nicht, indem man einfach zu den Ursprüngen zurückkehrt. Deswegen glaube ich, alle die, die jetzt vermuten, wir Grüne würden irgendwie ad fontes wandern, also zu den Ursprüngen zurückkehren, verkennen völlig, was los ist. Wir kehren nicht dahin zurück, wo wir einmal waren, sondern wir entwickeln uns weiter. Aufhebung des Früheren im dreifachen Sinne der Absage, des Bewahrens und der Höherentwicklung. Es ist vielleicht unzeitgemäß, die Entwicklung der Grünen mit einem Rückgriff auf Hegel zu beschreiben. Aber ich finde, in seinem Denken vom Widerspruch kann man das gut fassen. Ich weiß natürlich nicht, wie weit die Partei in der Lage ist, zu leisten, was ich ihr da zuschreibe, aber ich glaube, das ist die Aufgabe, die sie hat.

Prof. Dr. Lothar Probst

WAS IST HEUTE NOCH GRÜN?

Die politisch-weltanschauliche Entwicklung der Grünen im Zeichen neuerer Entwicklungen des Parteiensystems der Bundesrepublik

VORBEMERKUNG

Fast 30 Jahre nach der Gründung der „Grünen“ scheint unklarer denn je zu sein, was die Öko-Partei im Sinne eines Alleinstellungsmerkmals heute noch ausmacht. Das Wort „Grün“ wird inzwischen in allen möglichen und unmöglichen Kontexten und Wortkompositionen verwendet, so dass angesichts des inflationären Gebrauchs die Konturen dessen, was mal mit „Grün“ assoziiert wurde, immer mehr verschwimmen. Auch Unternehmen haben längst entdeckt, dass man mit einem Öko-Image erfolgreich Werbung betreiben kann. So wirbt Airbus für den Riesenvogel A 380 mit dem Wort „Greener“ und der VW-Konzern stellte sich im letzten Jahr auf dem Pariser Autosalon mit dem Slogan „VW ist grün!“ vor. Hinzu kommt, dass alle Parteien Umweltthemen in ihre Programmatik integriert und grüne Wähler als Zielgruppe entdeckt haben. Man könnte also provokativ fragen, ob die Grünen nicht in der Gefahr stehen, an ihrem Erfolg zugrunde zu gehen bzw. ob sie langsam aber sicher ihre Existenzberechtigung verlieren?

Dennoch scheint der Siegeszug, den das grüne Label in der medialen Massengesellschaft und bei den Mitkonkurrenten davongetragen hat, die Chancen der Grünen, im politischen Wettbewerb der Parteien bestehen zu können, nicht grundsätzlich geschmälert zu haben. Wenn in den regelmäßig stattfindenden Umfragen danach gefragt wird, welche Partei in Fragen der Umweltpolitik

am glaubwürdigsten ist und welcher Partei man am ehesten zutraut, Umweltprobleme tatsächlich anzupacken, liegen die Grünen kontinuierlich weit vor allen anderen Parteien. Die Öko-Partei zehrt also bis heute von ihrem grünen Markenkern, um es in der Sprache des modernen Marketings auszudrücken. Gleichwohl ist dieser Zuspruch kein Ruhekitzel für die Grünen, denn der Stellenwert von Umweltthemen unterliegt politischen und medialen Themenkonjunkturen und kann bei einer Wahl in den Wählerpräferenzen nach unten rutschen. Diese Gefahr ist in einem Wahljahr, in dem die Wirtschafts- und Finanzkrise die öffentliche Agenda dominieren wird, besonders groß. Es wird deshalb für die Grünen darauf ankommen, ob sie ihren ökologischen Markenkern erfolgreich mit anderen Werten und Kompetenzfeldern verbinden können, wenn sie ihre Position im Parteiensystem verteidigen und behaupten wollen. Dazu ist aber zunächst zu fragen, was eigentlich den grünen Markenkern ausmacht.

DER WACHSTUMS- UND FORTSCHRITTSKRITISCHE URKONSENS DER GRÜNEN

Nicht nur in der öffentlichen Diskussion, sondern auch bei den Grünen selber droht manchmal die Beziehung zu dem ökologischen Urkonsens, der die Partei zusammengeführt hat, verloren zu gehen. In der Einladung zu dem heutigen Gespräch heißt es: „Grün ist die politische Farbe einer eigentlich bunten Truppe sozialer Bewegungen und Initiativen von Umweltschützern, Feministinnen, Pazifisten, die sich in der Folge der 68er zusammengeschlossen haben.“ Diese Beschreibung ist nicht ganz falsch, aber sie trifft trotzdem nur zur Hälfte zu, weil sie unterschlägt, dass sich die Entstehung des grünen Projekts eines gesellschaftlichen Diskurses in den 1970er Jahren verdankt, der weit über die genannten Gruppen hinausging. In dieser Zeit wurde als Reaktion auf die fortschreitende Industrialisierung und deren Folgen eine Reihe von Büchern publiziert, in denen eine ideenpolitische Wende artikuliert wurde. Es sollen an dieser Stelle nur einige davon kurz aufgezählt werden: 1972 der Bericht des Club of Rome mit dem deutschen Titel „Die Grenzen des Wachstums“; 1975 das Buch von Herbert Gruhl, damals noch CDU-Bundestagsabgeordneter, mit dem Titel „Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik“;

ebenfalls 1975 eine Publikation von Ivan Illich mit dem Titel „Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik“; 1977 Rudolf Bahros Buch „Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“ und 1979 das Buch des ehemaligen Atommanagers Klaus Traube „Müssen wir umschalten?“. Es gab also längst vor der Gründung der Grünen eine fundamentale Kritik an der aus dem Ruder laufenden industriellen Moderne mit ihren unkalkulierbaren Risiken, die sich besonders an der Atompolitik festmachte. Aus diesem Diskurs, der sich mit einer Kritik an den verkrusteten Strukturen der damaligen Parteien und ihrer Ignoranz gegenüber den neuen Herausforderungen mischte, entstanden die Impulse für eine neue politische Artikulationsform – die Grünen. Zu ihren Gründern gehörten wertkonservative Kräfte genauso wie geläuterte und weniger geläuterte Marxisten, Sozialdemokraten und Kirchenvertreter, kritische Gewerkschafter und sogar einzelne Unternehmer. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang auch die Rolle von Einzelpersonlichkeiten wie Petra Kelly, die aus den USA eine neue Form des Campaigning mit nach Deutschland brachte, Rudolf Bahro, dessen Erfahrungen als Kritiker des realsozialistischen Industrialismus Eingang in die Gründungsphase der Grünen fanden, weiterhin Rudi Dutschke als Symbolfigur der 68er sowie Herbert Gruhl, der als Wertkonservativer seine Vorstellungen mit einbrachte.

Ihre politische Karriere verdankten die Grünen in ihren Gründerjahren nicht etwa ihren politischen Problemlösungsvorschlägen, die ziemlich weit weg von der politischen Realität der Bundesrepublik lagen, sondern ihrer Rolle als Seismograph und Katalysator einer kulturellen Umprogrammierung der Gesellschaft. Sie verkörperten gewissermaßen das organisierte Unbehagen gegen die blinde Fortschrittgläubigkeit einer Moderne, die mit ihren Risikotechnologien die Welt unbewohnbar zu machen drohte. Gleichzeitig vermittelte grüne Politik, mit ihrem Bezug zu expressiven autonomen Lebensformen, einen Hauch von Abenteuer, Revolte und Widerständigkeit in dem eingespielten Politikbetrieb der „Bonner Republik“. Das machte einen großen Teil ihrer Attraktivität vor allem für jüngere Wähler aus.

Der Platz, den die Grünen im Parteiensystem einnehmen, geht bis heute auf diesen Gründungsimpuls zurück, weil er einen klaren Gegenpol zu den fortschritts- und wachstumsfixierten Ideologien des wirtschaftlichen Liberalismus,

des Konservatismus, des Sozialdemokratismus und des Marxismus markierte. Das ökologische Paradigma war also weit mehr als eine Variation der bereits existierenden politisch-weltanschaulichen Strömungen, es war vielmehr das Grundelement einer sich neu konstituierenden Strömung, die nicht nur die vorherrschende, auf wirtschaftliche Expansion und Ausbeutung der Natur gerichtete industrielle Produktionsweise, sondern die Lebensweise in den Industriegesellschaften überhaupt in Frage stellte.

METAMORPHOSEN DER GRÜNEN UND DIE REVITALISIERUNG IHRES GRÜNEN MARKENKERNS

Im Folgenden soll nur kurz gestreift werden, welche verschiedenen Schichten sich im Laufe der Zeit über den ursprünglichen Grundkonsens der Grünen gelegt haben und welche Metamorphosen die Grünen seit ihrer Gründung durchlaufen haben. Während sich die Grünen in ihrer Gründungsphase noch als Antiparteien-Partei (Petra Kelly) verstanden und ein eher ambivalentes Verhältnis zum Parlamentarismus hatten (parlamentarische Arbeit als Spielbein, soziale Bewegungen als Standbein), haben sich solche antiinstitutionellen Impulse im Laufe der Zeit immer weiter abgeschliffen. Bereits Anfang der 1990er Jahre, nach den Höhepunkten des Fundi-Realo-Konflikts, der die 1980er Jahre bestimmt hatte, und ihrer Wahlniederlage bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, begannen die Grünen ihr Verhältnis zum Parlamentarismus, zum staatlichen Gewaltmonopol und zu Regierungsbeteiligungen zu klären. Ein wichtiger Impuls war in diesem Zusammenhang das Zusammengehen mit den ostdeutschen Bürgerbewegungen, denen die demokratiekritischen Positionen vieler Grüner fremd waren. So formulierte man in dem 1993 gemeinsam erarbeiteten Assoziationsabkommen, dass sich Bündnis 90/Die Grünen nicht als Alternative zum System, sondern als politische Alternative im System verstehen. Diese Aussage implizierte ein klares Bekenntnis zum Parlamentarismus und seinen Spielregeln – also auch die Bereitschaft, an Regierungen mitzuwirken und Koalitionen einzugehen. Weitgehende Veränderungen vollzogen sich auch in der Positionierung der Grünen zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, als sie nach ihrer Regierungsbeteiligung 1998 über Kriegseinsätze der Bundeswehr mitentscheiden mussten.

Teile der Basis erlebten diese Veränderungen als Verrat an den pazifistischen Traditionen der Gründungsjahre und verließen die Partei. In Bezug auf wirtschaftspolitische Positionen hörte man in den letzten Jahren ebenfalls neue Töne von den Grünen. Ökologische bzw. grüne Marktwirtschaft wurde zum Stichwort einer langsamen Annäherung an die Vorzüge einer marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftsweise.

Wie ist es vor diesem Hintergrund um den ursprünglichen ökologischen Grundkonsens heute bei den Grünen bestellt? Der fortschritts- und wachstumskritische Impuls der Gründerjahre taucht heute bei den Grünen zwar nur noch in modifizierter und abgeschwächter Form auf, aber er ist keinesfalls vollkommen verschwunden. Seit der Bundestagswahl 2005 betonen die Grünen wieder stärker ihren ökologischen Kern. So heißt es zum Beispiel in der im Januar 2009 verabschiedeten Frankfurter Erklärung der grünen Bundestagsfraktion, die als eine Art Vorprogramm des noch zu verabschiedenden Wahlprogramms für die kommende Bundestagswahl angesehen werden kann: „Wir brauchen einen neuen, grünen Gesellschaftsvertrag. Anders leben, das heißt anders wohnen, anders transportieren und anders produzieren“. In diesen Sätzen findet man noch einen Widerhall des ersten Grundsatzprogramms von 1980, in dem steht: „Ein völliger Umbruch unseres kurzfristig orientierten wirtschaftlichen Zweckdenkens ist notwendig. Wir halten es für einen Irrtum, dass die jetzige Verschwendungswirtschaft noch das Glück und die Lebenserfüllung fördere; im Gegenteil, die Menschen werden immer gehetzter und unfreier“.

ÖKOLOGIE, GERECHTIGKEIT UND FREIHEIT:
DIE WELTANSCHAULICH-POLITISCHE POSITIONIERUNG
DER GRÜNEN IM VERÄNDERTEN PARTEIENSYSTEM

Trotz der stärkeren Wiederhinwendung zum ökologischen Paradigma ist den Grünen durchaus bewusst, dass man mit einem rein ökologischen Profil im heutigen Parteienwettbewerb nicht bestehen kann. Das ökologische Paradigma als regulative Leitidee muss mit anderen regulativen Leitideen verbunden werden – einerseits, um den geschichteten Wertpräferenzen, die es auch

in der grünen Wählerschaft gibt, gerecht zu werden, andererseits um Bündnisse mit anderen Parteien zu ermöglichen. Richtungsbestimmung im Parteienwettbewerb zeichnet sich in der Regel durch die Verbindung von grundlegenden Wertorientierungen mit machtpolitischen Optionen aus. 2002 war die Situation für die Grünen in dieser Hinsicht einfach. Sie konnten „als Regierungspartei einen Regierungswahlkampf mit einer Regierungsoption“ (Robert Heinrich) führen, der ihrem programmatischen Anspruch, eine ökologisch-soziale Reformpartei zu sein, gerecht wurde. Bereits 2005 war diese eindeutige Richtungsbestimmung aufgrund des eigenständigen Wahlkampfes der SPD aber brüchig geworden. Die gezielte Zweitstimmenkampagne für Joschka Fischer war zu diesem Zeitpunkt eher ein Hilfskonstrukt, weil eine rot-grüne Machtperspektive de facto obsolet geworden war. Dass sie dennoch mobilisierend wirkte lag daran, dass es im Lager der rot-grünen Wähler immer noch den Wunsch nach einer Fortsetzung der Koalition aus SPD und Grünen gab. Bei der Bundestagswahl 2009 kann man mit diesem Hilfskonstrukt nicht noch einmal auf Stimmenfang gehen. Angesichts der veränderten bündnispolitischen Konstellationen im nationalen Fünf-Parteien-System stehen die Grünen vor der Frage, ob und wenn wie sie ihren Wählern glaubhaft machen können, dass es eine realistische Option gibt, an der Regierungsbildung mitzuwirken. Ein reiner Oppositionswahlkampf würde besonders die ökologisch und sozial orientierten Mittelschichten aus dem kritischen Bürgertum, die ihr Votum für die inhaltlichen Ziele der Grünen mit der Erwartung verbinden, dass sich dadurch auch Gestaltungsoptionen im Rahmen von Regierungsbeteiligungen eröffnen, nicht mobilisieren. Die beiden Spitzenkandidaten, Renate Künast und Jürgen Trittin, haben vor diesem Hintergrund mehrfach öffentlich betont, dass die Grünen gewillt sind, die sich eventuell bietenden Möglichkeiten zur Regierungsbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 auch zu nutzen. Das Problem besteht darin, wie man unter den veränderten Bedingungen des Parteienwettbewerbs die eigene Wertebasis für neue Mehrheiten jenseits der traditionellen Lager öffnet und dies der Parteibasis vermittelt.

Die Verknüpfung des ökologischen Paradigmas mit Gerechtigkeitsfragen kann auf eine lange Tradition in der grünen Partei zurückbleiben und stellt die Verknüpfung zu sozialdemokratischen und linkssozialdemokratischen Positionen dar. Aus der Perspektive der ökologischen Kritik ging es dabei aber nie

allein und in erster Linie um Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, sondern immer auch um Teilhabe und Chancen. In ihrem 2002 verabschiedeten neuen Grundsatzprogramm haben die Grünen einen erweiterten Begriff von Gerechtigkeit entwickelt. Es geht dabei zwar auch um Verteilungsgerechtigkeit angesichts der Zunahme der sozialen Spaltung der Gesellschaft, aber gleichzeitig um Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Chancengerechtigkeit, wie sie sich etwa im Zugang zu Bildung und Kultur manifestiert. Ein noch nicht ausgestandener Grundsatzstreit betrifft die Frage, ob man das Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens oder einer besser ausgestatteten Grundsicherung, also eine Weiterentwicklung des bestehenden Systems der sozialen Sicherung, favorisiert. Aber grundsätzlich besteht in der grünen Partei Konsens, dass Fragen der Gerechtigkeit einen zentralen Platz in der Programmatik einnehmen müssen. Nicht zuletzt beruhte auf diesem Konsens das lange Zeit verfolgte rot-grüne Projekt als sozial-ökologisches Reformbündnis.

Eine der interessantesten Entwicklungen spielt sich gegenwärtig im Hinblick auf eine andere wichtige Leitidee innerhalb der Grünen ab. Im partei-internen Diskurs tauchte der Begriff „Freiheit“ in den 1980er und 1990er Jahren nur selten auf. Die erprobte Formel, mit der man seit den Gründerjahren demokratische Anliegen artikuliert, hieß „gesellschaftliche Demokratisierung“. So findet man noch in der Präambel des Wahlprogramms von 2002 die Trias aus ökologischer Modernisierung, sozialer und wirtschaftlicher Erneuerung sowie gesellschaftlicher Demokratisierung als Ziel grüner Politik. In dem im selben Jahr verabschiedeten neuen Grundsatzprogramm wird jedoch zum ersten Mal eine Formulierung benutzt, die einen etwas anderen Akzent setzt, wenn es heißt: „GRÜNE Politik zielt auf Freiheit und Selbstbestimmung“. Diese Formulierung rückte auch im Bundestagswahlprogramm 2005 ganz nach vorn in die Präambel. Damit wurde Freiheit zum ersten Mal in einem Wahlkampf explizit als ein Ziel grüner Politik artikuliert.

Während diese Akzentverschiebung 2005 keine größeren Diskussionen in der grünen Partei auslöste, stößt der Versuch der beiden grünen Spitzenkandidaten, Renate Künast und Jürgen Trittin, die Trias aus „Ökologie, Gerechtigkeit und Freiheit“ zur politischen Leitformel im Bundestagswahlkampf 2009 zu machen, dieses Mal parteiintern auf größere Widerstände. Die

Abwehrreaktionen dürften vor allem der Tatsache geschuldet sein, dass man dahinter die Öffnung für neue machtpolitische Optionen in Richtung FDP und Union vermutet – eine Vermutung, die nicht ganz unbegründet ist. Zugleich rückt der Begriff „Freiheit“ angesichts solcher Optionen stärker ins Zentrum der innerparteilichen Diskussion und mobilisiert – im Unterschied zum unverfänglicheren Begriff „gesellschaftliche Demokratisierung“ – mentale Reserven, weil „Freiheit“ im grünen parteiinternen Diskurs immer noch in erster Linie mit wirtschaftsliberalen oder konservativen Positionen assoziiert wird. Die vorsichtige Art und Weise, in der die Parteispitze versucht, den Freiheitsbegriff als eine Leitidee neben Ökologie und Gerechtigkeit programmatisch stärker zu verankern, zeigt, dass man sich der Widerstände in der Partei bewusst ist. So ist die bereits erwähnte Frankfurter Erklärung folgendermaßen überschrieben: „Grün 2009. Klima und Arbeit – Gerechtigkeit und Freiheit“. Substantielle Ausführungen dazu, was mit Freiheit aus grüner Sicht gemeint ist, sucht man in der Erklärung allerdings vergeblich. Ganz am Ende gibt es einen kurzen Absatz, in dem unter der Überschrift „Freiheit statt Angst“ das Grundrecht auf Privatheit angesichts der Überwachungs- und Datenskandale verteidigt wird. Man fragt sich angesichts dieser „schlanken“ Version von Freiheit natürlich, welchen Stellenwert dieser Begriff als regulative Leitidee bei den Grünen tatsächlich hat. Die Verteidigung der Privatsphäre des Einzelnen gegenüber den Zugriffen des Staates und der Überwachungsmanie von Unternehmen ist sicherlich ein berechtigtes Anliegen, mit dem die Grünen ihre Tradition als Bürgerrechtspartei schärfen können; dennoch kann man mit einem derart „dünnen“ Freiheitsbegriff, wie er in die Frankfurter Erklärung aufscheint, kaum den Boden für neue machtpolitische Optionen bereiten. Die Frage wird deshalb sein, ob es den grünen Spitzenakteuren mit der richtigen Dosierung gelingt, die mentalen Reserven in der Partei gegenüber einem politisch fundierten Freiheitsbegriff aufzubrechen und damit den Grünen als ökologische Freiheits- und Gerechtigkeitspartei neue Perspektiven zu eröffnen. Wenn man sich nicht durch permanente Abgrenzung von FDP und CDU in eine machtpolitische Sackgasse manövrieren will, dann müssen die Grünen einen Freiheitsbegriff entwickeln, der Anschlussmöglichkeiten an wirtschaftsliberale und konservative Freiheitskonzeptionen ermöglicht sowie eine eigene politisch essentielle Vorstellung von Freiheit untermauert. Bisher haben die Grünen es jedenfalls versäumt, das politische Versprechen der Freiheit, wie es sich histo-

risch in der Französischen und Amerikanischen Revolution Bahn gebrochen hat, in das eigene Selbstverständnis zu integrieren.

Gleichwohl dürfte es der Parteispitze so oder so schwer fallen, die Partei von einem politischen Bündnis mit CDU/CSU und FPD zu überzeugen. Eine Jamaika-Koalition auf Bundesebene wäre de facto eine Vierparteienkoalition aus CDU, CSU, FDP und Grünen, in der die Grünen zwischen drei Parteien eingeklemmt wären, die auf der Ebene wichtiger Politikfelder über einen Grundbestand an Gemeinsamkeiten verfügen. Insbesondere in den für die Grünen elementaren Politikfeldern Innere Sicherheit sowie Zuwanderung und Atomausstieg wäre das Konfliktpotenzial in einer solchen Koalition außerordentlich groß. In einer Linkskoalition aus SPD, LINKEN und Grünen würden die Grünen wiederum entweder nur der „grüne“ Appendix von zwei etatistisch orientierten Sozialstaatsparteien sein oder sie müssten, um dem Etatismus der beiden Koalitionspartner etwas entgegenzusetzen, ein Stück weit in die undankbare Rolle einer „grünen FDP“ schlüpfen und damit jenen Teil ihrer Wählerschaft verprellen, für die soziale Gerechtigkeit ein hohes Gut ist. Hinzu kommt, dass die außen- und europapolitischen Positionen der Partei DIE LINKE selbst für den linken Flügel der Grünen nicht akzeptabel sind. Blicke schließlich die Ampel-Koalition, die deshalb einen realistischen Kern hat, weil auch der SPD außer der Fortsetzung der Großen Koalition de facto keine andere Alternative zur Verfügung steht. Aber auch in dieser Koalition gehen die Grünen Risiken ein und würden einen hohen Preis zahlen. Um die FDP zum „Lagerverrat“ zu bewegen, müssten SPD und Grüne Guido Westerwelle das Amt des Außenministers und Vizekanzlers andienen sowie der FDP erhebliche Zugeständnisse in der Steuer- und Wirtschaftspolitik machen – und das angesichts vollständig konträrer Positionen bei der Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Optionen für einen offensiven Koalitionswahlkampf sind also verstellt. Man hat sich deshalb für eine Art Verhinderungs-Wahlkampf entschieden: Schwarz-Gelb und die Fortführung der Großen Koalition sollen verhindert werden. Tatsächlich bleibt den Grünen angesichts dieser Ausgangssituation wohl kaum eine andere Alternative, als an ihrer Eigenprofilierung als ökologische Partei zu arbeiten, ohne eine der möglichen Koalitionsoptionen völlig auszuschließen.